D 20930E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 26
Oktober '71 DM 1,20

Bild: Rose

Der lange Marsch zum Volkskapitalismus

Die ungleiche Verteilung von Eigentum und Vermögen ist weithin ein Stein des Anstoßes, den es aus Gründen der Gerechtigkeit, Stabilität und Sicherheit zu beseitigen gelte. „Vermögenspolitische Offensiven" folgen sich auf dem Fuße. Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände stimmen ein in das „Ja zur Vermögensbildung". Gehört sie zu den Parolen der verschiedensten sozialen Gruppen und verbinden sich mit ihr unterschiedliche besondere Interessen, so kommen sie doch alle überein in dem Gemeinplatz, daß nur eine weitgestreute Vermögensbildung soziale Unzufriedenheit auffangen, mehr Gerechtigkeit verwirklichen und auf die Dauer die Sicherheit der gesellschaftlichen Ordnung garantieren könne. Ist die Zauberformel gesellschaftlicher Übereinstimmung gefunden? Wie der Herr, so der Knecht?

Soweit wir aus Meinungsumfragen entnehmen können, ist die offenkundig gewaltige Ungleichheit von Besitz und Einkommen in der Bundesrepublik der Konfliktstoff, der die Massen, was ihr heute ausgesprochenes Bewußtsein angeht, am meisten berührt. Die Kluft zwischen der Propaganda von Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit der Leistungsgesellschaft und allgemeinem Wohlstand auf der einen, den tatsächlichen Resultaten der „sozialen Marktwirtschaft" und dem demonstrativen Konsum der „Erfolgreichen" auf der anderen Seite ist groß genug, um als „ungerecht" empfunden zu werden. Was für die einen zum „Skandal der Vermögensverteilung" stilisiert wird, gibt den anderen Gelegenheit, „nicht länger nur über die Verunsicherung der sozialen Marktwirtschaft" zu klagen, sondern „auch etwas dagegen zu unternehmen", näm-

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Kommentare

Gert Schäfer: Volkskapitalismus 1

P. C. Walther: Vorsorgemaßnahmen 5

SBK-Kollektiv Deutscher Kohlenbergbau 5

Andreas Buro: Wehrpflicht und Kampfkraft 6

Parteien

Mathias Walter: Wie man Kapitalismus verkauft 7

Strategie

Angela Davis: Schwarzer Befreiungskampf und politische Gefangene 10

Spanien

Karl Kuhn, Lothar Maier: Arbeiterkommissionen 13

Aktionen

Für ein befreites Persien 17

Organisationen

Merve-Verlag 18

Basis-Verlag 19

Linker Digest

Organisation des ökonomischen Kampfes und Parteiaufbau 21

Interview mit Lukács 23

Beilagenhinweis

Einer Teilauflage dieser „links"-Ausgabe liegen bei: je ein Prospekt des Suhrkamp Verlages Frankfurt, der EVA Frankfurt und des „Angela Davis Solidaritätskomitee".

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 295680

Informationen

Entspannung und Klassenkampf

Die „soziale Marktwirtschaft" in der Bundesrepublik ist nach Ansicht des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Otto A. Friedrich in den nächsten Jahren gefährdet. Die Gefahr drohe vom Wandel der weltpolitischen Szene und von der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung. Die Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ebenso wie die erste Hinwendung der USA zu China und der Abschluß eines Freundschaftspaktes zwischen der Sowjetunion und Indien hätten eine weltpolitische Verschiebung eingeleitet. Dieser Prozeß erscheine von Deutschland aus gesehen auch außenpolitisch wohlbegründet. Innenpolitisch jedoch werde die Unruhe, die seit Jahren von „anarchistischen, demokratiefeindlichen und auf Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeitenden Kadern" ausgehe, neue Nahrung erhalten. Um dieser Gefahr zu begegnen, sprach sich Friedrich für das „deutsche Modell" eines „reformierten und fortschrittlichen Kapitalismus" aus.

Überwachung von Ausländern

Im Herbst 1971 soll der Verfassungsschutz durch Gesetz die formelle Möglichkeit erhalten, die politische Betätigung von Ausländern in der Bundesrepublik zu überwachen. Im Zusammenhang mit dem 1965 erlassenen Ausländergesetz wird damit die „Duldung" der politischen Betätigung — eines der im Grundgesetz garantierten Grundrechte — der ausländischen Arbeiter und Studenten weiter eingeschränkt und in das Ermessen untergeordneter Verwaltungsbehörden gestellt.

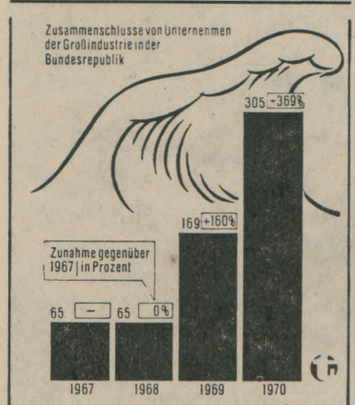
Einheit gefährdet

Der jugoslawische Präsident Tito richtete einen beschwörenden Appell an seine Landsleute, die Einheit des Staates gegen äußere und innere Feinde zu verteidigen. Vor über 50 000 Menschen erklärte er in einer von Rundfunk und Fernsehen übertragenen Rede, „verschiedene Geheimdienste im Ausland arbeiten gegen unseren Zusammenhalt", ebenso „einige Leute, die während des Krieges an unserer Seite gekämpft haben". Der Präsident sagte weiter, „selbst in historischen Dokumenten" würden „Lügen und Unwahrheiten" über die jugoslawische Partisanen-Bewegung verbreitet.

Linke Abenteurer?

Ein Streit zwischen polnischen und italienischen Kommunisten erregte in Italien Aufsehen. Die polnische Jugendzeitung „Standyr Mlodych" veröffentlichte einen kritischen Artikel über die italienischen Gewerkschaften, denen sie die Schuld an der Wirtschaftsstagnation gab. Die Warschauer Zeitung sieht in den italienischen Gewerkschaften „ein Instrument in der Hand linker Abenteurer". Der polnische Journalist gibt zwar zu, daß die Vertreter der Arbeiterschaft Erfolge in der Lohnpolitik errungen hätten. Sie sähen hingegen nicht ein, daß Italiens Industrie nicht alle Anforderungen erfüllen könnte. „Die Exzesse der falschen Linken", schreibt das Blatt, „haben der Arbeiterschaft erheblichen Schaden zugefügt." Die KPI äußerte ihr Befremden darüber, „daß in einem sozialistischen Land ein Artikel erscheint, der aus der reaktionären westlichen Presse stammen könnte".

Die Konzentrationswelle rollt



Die rasant ansteigende Zahl von Unternehmenskonzentrationen in der Bundesrepublik führt zunehmend zur Marktbeherrschung durch Monopolbildung. Mitte 1969 wurden schon rund 1400 Monopolunternehmen gezählt, zum Beispiel in den Branchen Kalidünger, Fensterglas, Autobremsen, Elektrokabel und Stahlrohre.

Nationalitäten-Frage

Die Äthiopische Studenten-Union in Europa (ESUE — Ethiopian Students Union in Europe) hielt in Berlin-West ihren 11. Jahreskongreß. Arbeitsthema des Kongresses war die „Nationalitäten-Frage in Äthiopien". „In dem Kampf des äthiopischen Volkes gegen den feudalen Absolutismus gewinnt die zentrale Nationalitäten-Frage immer mehr Aktualität" heißt es in einem Aufruf. Dies werde aus der historischen Entwicklung des äthiopischen Staates und seiner heutigen Zusammensetzung verständlich. Äthiopien sei kein Nationalstaat, sondern eine Verwaltungseinheit mit vielen Völkern, Kulturen und Religionen. — Die ESUE bildet zusammen mit ESUNA (Ethiopan Students Union in North America) und NUES (National Union of Ethiopian Students — zur Zeit verboten) die WWUES (World Wide Union of Ethiopian Students). Unter den politischen Bedingungen in Äthiopien — die Bildung von politischen Parteien ist zwar gesetzlich erlaubt, aber in der Praxis verboten — stellen die obengenannten studentischen Organisationen neben der ELF (Eritrean Liberation Front) und den spontanen Bauernaufständen die einzige organisierte politische Opposition gegen die herrschende feudale Ordnung dar. —

Streiks in Israel

Die sozialen Schwierigkeiten in Israel vertiefen sich. Rechte Gruppen verlangen in der „Knesset" das Verbot jeglicher Streiks in den für das Land lebenswichtigen Bereichen. General Dajan fordert die Inhaftierung aller Arbeiter, die an wilden Streiks teilnehmen.

Die herrschenden Politiker sind vor allen Dingen durch den zum Teil regierungsfeindlichen Charakter der Streiks beunruhigt. Proteste werden besonders gegen die Erhöhung der Lebenskosten und der Grundnahrungsmittel (Fleisch, Öl, Milch, Zucker, Eier) laut, die von der Regierung infolge der Abwertung des israelischen Pfundes beschlossen wurden.

Die Arbeiter sind die ersten Leidtragenden der Abwertung. Speziell die orientalischen Juden, die gegenüber anderen ethnischen Gruppen traditionell unterprivilegiert sind, sind von den Preiserhöhungen betroffen.

Trotz einer offiziell zugegebenen Erhöhung der Preise um 5 % (inoffizielle Schätzungen bewegen sich um 9 %) seit der Abwertung sind die Löhne und Gehälter „eingefroren", und nur in äußersten Notfällen wird eine Erhöhung gewährt.

Waffenschieber und Kanonenhändler

Eine Meinungsumfrage in Frankreich nach dem Recht, Waffen in die Dritte Welt zu verkaufen, beantworteten mit Ja: 21 %, Nein: 62 %, ohne Meinung: 17 %. Im Gegensatz zu diesem Meinungsbild steht der französische Waffenexport: Für das Jahr 1970 registrierte die Zeitschrift „alerte atomique" Waffenbestellungen für 7,232 Milliarden Franc. Das sind 8 % des Gesamtexports oder ein Viertel der als „Ausrüstungsgüter" eingestuften Exportwaren. Die von der französischen Regierung genehmigten Waffenlieferungen gehen an mehr als 90 Länder, darunter Ekuador (27 Panzerwagen für den Anti-Guerilla-Kampf), Brasilien (Mirage III) und Südafrika. Frankreich ist damit der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

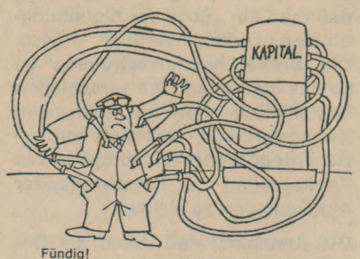
Der lange Marsch zum Volkskapitalismus

lich den „zugegeben langen Marsch zum Volkskapitalismus“ als ein Instrument zu propagieren, um die Massen enger an das kapitalistische System zu binden.

Nun mag dieser lange Marsch eine Ewigkeit dauern oder vielmehr abgebrochen werden. Ist jedoch heute der Komplex der Vermögensbildung tatsächlich der Ort, wo die Abhängigen am stärksten mit dem kapitalistischen System in Konflikt gerieten, so ist es auch nicht zu verwundern, daß die Herrschenden gerade hier versuchen, die angeschlagene Massenloyalität wieder zu sichern, zumindest breitere Bevölkerungsschichten auch mit Hilfe neuer Formen materieller Interessiertheit an das System zu binden und zugleich jene Charaktereigenschaften zu stärken, die der rechte Sohn dieser Gesellschaft benötigt, um angepaßt funktionieren zu können. Denn das Empfinden der Ungerechtigkeit, das so verbreitet ist, drückt sich selbst noch in Vorstellungen aus, die an den Regeln und Werten des Kapitalismus gewonnen wurden. Auch wenn die „Leistungsgerechtigkeit“ des Systems, die Verteilung der Resultate gesellschaftlicher Arbeit als ungerecht empfunden wird, so bleiben doch die propagierten „idealen“ Werte der „sozialen Marktwirtschaft“ selbst Maßstab des Urteils: ungerecht erscheint die zu große Diskrepanz zwischen oben und unten, nicht aber die soziale Hierarchie selbst. Ungerecht ist nicht die soziale Klassenbildung als solche, sondern die mangelnde Gleichheit der Startchancen. Ungerecht ist nicht die universale Konkurrenz der einzelnen, sondern ihr Resultat und die Ausgangsbedingung. Ungerecht ist nicht das unterschiedliche Vermögen, sondern die Größe des Unterschieds oder die Vermögenslosigkeit der meisten. So ist es auch keineswegs erstaunlich, daß breite Teile der Bevölkerung „mehr Sozialismus“ wollen, aber darunter mehr sozialpolitische Leistungen und - Vermögensbildung verstehen. Fast gänzlich unangefochten bleibt die Überzeugung, daß Eigentumsbildung wünschenswert ist, Freiheit und Sicherheit verbürgt, daß „normaler Weise“ lediglich das Streben nach Eigentum, Macht und Ansehen (die zu einer Einheit verschmelzen) Leistungen hervorbringe und folglich Leistung derart belohnt werden müsse.

Es ist für uns ein leichtes, diese Vorstellungen als Ausdrücke von Widersprüchen und Werten des Kapitalismus nachzuweisen und die damit verbundenen Hoffnungen als kleinbürgerliche Illusionen zu „entlarven“. Wir mögen, ein Wort von Marx aufgreifend, dieser Art von „kleinbürgerlichem Sozialismus“, der den Kapitalismus ohne die Konsequenzen des Kapitalismus will, entgegenhalten: ebensowohl könnte man den Papst abschaffen und den Katholizismus bestehen lassen. Doch immerhin führen diese vorherrschenden Bewußtseinsformen verbreitet bereits zu dem Empfinden, daß das persönliche Privateigentum an Produktionsmitteln, wenn es eine bestimmte Größenordnung überschreitet, nicht mehr zu rechtfertigen sei. Auch hier handelt es sich freilich lediglich um einen kleinbürgerlichen Sozialismus, der sich in seiner sozusagen avancierten Position zu der Forderung steigern kann: Marktwirtschaft ohne Kapitalisten. Die Abneigung gilt aber allein den Vorteilen und Funktionen des privaten Großeigentümers, nicht etwa dem Kapitalverhältnis als solchem. Die ideale Vorstellung ist stattdessen eine Art von Gruppenkapitalismus, bei dem die Abhängigen am Betriebsvermögen beteiligt sind und ein nach wie vor im kapitalistischen Sinn handelndes Management sachgerecht das Unternehmen leitet, also die fungierenden Kapitalisten an die Stelle des als überflüssig angesehenen gesetzlichen individuellen Privateigentümers treten.

Die kritischen Momente des vorherrschenden Bewußtseins, zweifellos durch die teilweise Erneuerung sozialistischer Bewegung in der Bundesrepublik und durch die anderen aufbrechenden gesellschaftlichen Konflikte beeinflußt, sind zumal den notorisch verunsicherten Unternehmern Grund genug, um ihre „vermögenspolitische Offensive“ (Wirtschaftswoche 34/1971) gegen die „Diffamierung des Unternehmers als Kapitalist oder als Ausbeuter“ (FAZ 8. 6. 71) voranzutreiben und die Unternommenen mit Hilfe „echter Vermögenserlebnisse“ (siehe „links“ Nr. 24) bei der Stange zu halten. Gerade diese für eine kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Werte und Charaktereigenschaften possessiver Verdinglichung bilden so auch den Ort, wo die mit dem System Unzufriedenen am leichtesten wieder für seine Zwecke eingefangen werden können. Das haben die Vertreter des Kapitals durchaus verstanden. Im Hinblick auf die für Oktober und November angesetzten Parteitage von FDP und SPD sind sie daher aufgebrochen, in einer „Vorwärtsverteidigung“ (FAZ, 8. 6. 71) auf dem Terrain der Vermögensbildung, „vor einem sozialpolitisch stürmischen Herbst“ (BDA-Hauptgeschäftsführer Eichler), ihre „Argumente zu streuen“. Das millionenfach verteilte „Moment-Extrablatt der Unternehmer“, dessen goldene Worte wir zum Studium empfehlen, ist der Auftakt zur „Öffentlichkeitsarbeit an allen Fronten“. Obwohl sie bei ihrem Geschäft besondere Interessen gegenüber politischen Parteien und Gewerkschaften vertreten — was sogleich erläutert werden soll — treffen sie sich mit diesen in der Propaganda des Besitzfetischismus. Selbst jene, die vom Skandal der Vermögensverteilung reden, ohne die Begriffe Vermögen, Eigentum und die damit verknüpften Lebensmöglichkeiten selbst zu kritisieren, um



Fündig!

die Welt des Kapitalismus begreifbar zu machen, bestärken oft genug Fesseln und Illusionen der Massen. — Dies freilich hängt wiederum häufig mit einem Verständnis zusammen, das im wesentlichen eine bessere Versorgung mit Konsumgütern aufgrund höherer technischer Leistungsfähigkeit und das Verschwinden einer Klasse von rechtlichen Privateigentümern als Sozialismus ausgibt und deshalb mit einer personalistischen und selbst kleinbürgerlichen Agitation noch einmal den Bewußtseinsstand der Massen befestigt.

„Vermögensbildung“ als systemimmanente Konsequenz

In einer kapitalistischen Gesellschaft erscheint das Streben nach Vermögen und Besitz, erscheint die Verfügung über Eigentum als vernünftig und lebensnotwendig; erst sie verschafft die Möglichkeit, Bedürfnisse zu befriedigen. Die Ideologie der Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit, als Ausdrucksformen der kapitalistischen Basisideologie der Äquivalententauschs, muß deshalb beim heutigen Stand kapitalistischer Akkumulation abgesichert werden: nichts scheint folgerichtiger zu sein, als nicht über Produktionsmittel verfügende, objektiv eigentumslose Massen durch eine gewisse „Vermögensbildung“ in die Gesellschaft fester zu integrieren, ihnen jenes Maß an relativer Sicherheit und Verfügungsgewalt zu verleihen, das sich hier mit Sach- und Geldvermögen verbindet. Die durch den gesellschaftlich notwendigen Schein der Zirkulationssphäre, des Austauschs zumal zwischen Kapital und Arbeitskraft, vermittelten Formen von „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Demokratie“ gerieten mit dem fortschreitenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesses des Kapitals — trotz sozialpolitischer Kompensationen und demokratischer Ideologie — in eklatanten Widerspruch zur wirklichen gesellschaftlichen Machtverteilung, die sich vorab in der Verfügung über Kapital ausdrückt. Wolfgang Abendroth hat in seiner Kritik der Denkschrift des Rats der evangelischen Kirche zur Eigentumsbildung aus dem Jahr 1962 die systemimmanente Konsequenz aus diesem Tatbestand klar bezeichnet: „Den Ausweg aus diesen Widersprüchen, die unvermeidlich entstehen müssen, wenn man einerseits an der Ideologie der ewigen Geltung des Privateigentums und des Verzichtes auf jede Unterscheidung zwischen Eigentum an Konsumgütern und an Produktionsmitteln festhält, aber andererseits den Tatbestand der Konzentration des Kapitals und des Ausschlusses der breiten Volksmassen von jedem Anteil an dem durch sie produzierten Kapital erkennt, sucht die Denkschrift in der Gedankenwelt der breiten Streuung des Produktivvermögens durch Aktienerwerb auch der Arbeitnehmer“. Dieser Gedanke des „Volkskapitalismus“, heute verbreitet akzeptiert, ruft nun, wie nicht anders zu erwarten, die unterschiedlichen Interessen der sozialen Gruppen aufs Feld. Sie vereinigen sich in dem konzertierten Bemühen, die ideologische Ratsamkeit der „breiten Vermögensbildung“ mit ihren jeweiligen besonderen Interessen — als ideologische Instanzen und ökonomische Konkurrenten — zu verknüpfen. Die Chimäre des Volkskapitalismus dient ihnen dazu, erneut dem Prinzip „wenn du nehmen willst, so gib“ Gestalt zu verleihen, — wobei wir annehmen können, daß schließlich eine Hand die andere waschen und den Unternommenen aus der linken Tasche gezogen wird, was die „Vermögensbildung“ in ihre rechte steckt.

Auf der Oberfläche der kapitalistischen Produktionsweise, im Schein des Äquivalententauschs, erscheinen die Tugenden der Arbeitsamkeit, Fleiß, Sparen und Konsumverzicht, als die einzigen „rechtmäßigen“ Wege, Kapital zu bilden. Der „Produktionsfaktor Arbeit“ soll nun mit staatlicher Hilfe in die schöne Lage versetzt werden, am „Produktionsfaktor Kapital“ teil zu haben. Gegenüber dem — angesichts des heute notwendigen demonstrativen Konsums — vollends grotesken Rückgriff auf die unsterblichen Tugenden des Schatzbildners und der „protestantischen Ethik“ seligen Angedenkens, können zwar realistischere bürgerliche Zeitgenossen nicht umhin (trotz ihrer ökonomischen Wissenschaft), es als eher unwahrscheinlich anzusehen, daß es dem „Sparwillen der Arbeitnehmer“ gelingen könnte, beim heutigen Stand der Kapitalkonzentration genug Kapital anzusammeln, um „freie Eigentümer“ zu werden — das „akkumuliert, akkumuliert, das ist Moses und die Propheten!“ wollen sie jedoch gleichwohl nicht gänzlich zum unmodernen Eisen werfen. So propagieren sie eine ausgleichende Gerechtigkeit genügsamer „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Ihre gewerkschaftlichen Partner stimmen in den Ruf nach „gerechtem Lohn“ und einem „gerechten Anteil am Sozialprodukt“

entschlossen ein — auf bürgerlicher Basis gewiß die einzig denkbare, wenn auch weiß Gott utopische Vorstellung von Gerechtigkeit. Die kolossale Idee des Volkskapitalismus (die zu Ende gedacht immerhin einen Kapitalismus ohne Lohnarbeit, also ohne „Arbeitnehmer" annehmen müßte, wozu sich freilich nicht einmal der Höhenflug eines Sonntagsredners versteigen mag) hat derart wohl das staatspolitische Verdienst, auf ihre Weise das Klassenverhältnis von Kapital und Lohnarbeit, die unbezahlte Aneignung von Arbeit durch das Kapital im Produktionsprozeß — eherne Bedingung kapitalistischer Produktionsweise — „aufzuheben"; sie verfolgt aber auch bescheidenere Zwecke, für die absurde Illusionen gerade recht scheinen.

Besondere Interessen

Das Interesse der Unternehmer ist offenkundig: sie betrachten die „Vermögensbildung" nicht allein als ideologische Notwendigkeit, sondern darüber hinaus als ein Mittel, die Unternommenen durch materielle Anreize in einem an die Wohlfahrt der Unternehmen zu binden und über einen Teil der „Lohnkosten" als Investitionsmittel zu verfügen. „Die Arbeitnehmer müssen ein Interesse daran erhalten, daß 'ihre' Unternehmen wachsen und Gewinn erzielen" (FAZ, 8. 6. 71 — Herr Kannengießer ist aufrichtig genug, das 'ihre' hervorzuheben). Im Extra-Blatt heißt es: „Jetzt sagen die Unternehmer: Warum sollen uns unsere Mitarbeiter kein Geld zu Verfügung stellen? Gute Zinsen zahlen wir ihnen ja auch! Deshalb soll der Gesetzgeber dafür sorgen, daß ein Arbeitnehmer eine vermögenswirksame Leistung seines Arbeitgebers prämienbegünstigt als Arbeitnehmerdarlehen im eigenen Betrieb anlegen kann ... Später kann das Darlehen unter Umständen in eine Beteiligung umgewandelt werden". Sie versprechen als „Endziel" 12 Milliarden DM pro Jahr — mehr als die Regierungspläne im Sinn haben —, was bei 22 Millionen Lohnarbeitern (Arbeitern und Angestellten) 624 DM pro Jahr wären. Bei einem üblichen Zinssatz beträgt dies nach 10 Jahren ungefähr 11 000 DM je Unternommenen — wer würde da nicht zugreifen? Im Laufe eines Arbeitslebens kämen für einen fleißigen Sparer über 100 000 DM zusammen. Davon kann er sich ein Haus kaufen. Der Pferdefuß ist nur, daß er nicht allein, wie sich versteht, die „Risiken" tragen muß, sondern selbstredend das Geld vom ausbezahlten Arbeitslohn abrechnen kann. Das Wort von der „Verbindung der Vermögenspolitik mit der Lohnpolitik" ist ein vornehmer Ausdruck dafür.

Wie sich ein solcher faktischer Investivlohn für die Verwertung des Gesamtkapitals auswirken würde, sei hier dahingestellt. Wir können jedoch mit Sicherheit annehmen, daß die gesamte Lohnquote keineswegs ansteigen, daß vielmehr der „private Verbrauch" gedrosselt werden soll. Herr Schmücker, der ein offenes Wort liebt, hat auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU 1969 verraten, „daß die Kapitalbedürfnisse der deutschen Wirtschaft sich potenzieren und der Zwang zur Kapitalbildung so stark" sei, daß man ihn „über die Eigentumsbildung lenken werden" müsse. Die „breite Eigentumsstreuung" ist so das Instrument, mit verschieden bemäntelten Formen faktischen Zwangssparens, verknüpft mit systemintegrierenden Ideologien, den Kapitalbedarf fortschreitender Akkumulation zu sichern.

Die Annahme, daß durch die Beteiligung der Unternommenen am Produktivvermögen diese „Unternehmerfunktionen" erhielten, mag zwar für deren Bewußtsein leidlich zutreffen, doch nimmt keiner ernstlich an, daß sie die Unternehmenspolitik bestimmen könnten. Spätestens die Erfahrung mit den Volksaktionären hat jedem vor Augen geführt, daß eine breite Streuung der Aktien lediglich die Macht der Unternehmensvorstände stärkt. So nimmt es nicht Wunder, daß vor allem auch die Manager, als fungierende Kapitalisten, an der „breiten Streuung des Eigentums" interessiert sind, um ihr Eigengewicht und ihre Entscheidungsbefugnis gegenüber den nominellen Kapitaleignern zu stärken.

Ein ähnliches Interesse besitzen auch die Banken. Die bei ihnen gelagerten Spareinlagen dienen ohnehin dazu, mit Hilfe des übertragenen Stimmrechts faktisch als Großaktionäre zu handeln. Sie sind so, im Gegensatz zu den Einzelunternehmen, weniger an einer unmittelbaren Begünstigung der Eigenfinanzierung interessiert und werden deshalb für die „Freiheit des Aktienerwerbs" plädieren, um ihre Handlungsfreiheit auszubauen.

Der dritte im Bunde ist schließlich der „Staat". Gegen ihn richtet sich daher auch das Extrablatt der Arbeitgeber. Die Repräsentanten des „öffentlichen Eigentums" versprechen sich nämlich von der „breiteren Eigentumsstreuung" eine Stärkung ihrer finanziellen Mittel. Sie soll auf dem Wege der Zertifikatsausgabe bei Kapitalgesellschaften unter staatlicher Aufsicht geschehen, wovon die Einzelkapitalisten nicht grundlos eine Stärkung des Staatseinflusses auf die Investitionspolitik befürchten. „Hier würde sich in wenigen Jahren eine ungeheure Kapitalakkumulation vollziehen, die unsere marktwirtschaftliche Ordnung auf längere Sicht entscheidend verändern würde" (FAZ, 8. 6. 71). Die Unternehmer drohen denn auch in ihrem Extrablatt unverblümt: „Kommt die Zwangsabgabe, dann ist es aus mit weiteren freiwilligen Leistungen und Tarifverträgen zugunsten der Vermögensbildung der Arbeitnehmer".

Sind für die politischen Parteien die verschiedenen Vermögensbildungspläne Mittel, um Wählergruppen zu gewinnen und — je nach gesellschaftlicher Interessenbindung — die „private" oder die „öffentliche" Investitionstätigkeit zu begünstigen und die „Sparquote" zu erhöhen, so sind sie für die Gewerkschaften das Vehikel, größere Attraktivität, mehr Mitglieder, stärkeren ökonomischen Einfluß und ein Ziel zu erhalten, das vorm Zurückweichen in anderen Fragen ablenken soll. Vermögensbildung ist für sie das Gefährt der „Umverteilung" geworden, nachdem sozialistische Ziele aufgegeben oder in eine ferne Zukunft geschoben wurden und über die traditionelle Tarifpolitik offensichtlich die verlangte Umverteilung der Einkommen nicht zu erreichen war. Vermutlich werden sich in absehbarer Zeit die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften im wesentlichen auf die stärkere Repräsentanz in den Unternehmungsführungen mit Hilfe von ihnen vertretener Beteiligungen reduzieren. Unwahrscheinlich scheint es angesichts der bestehenden Machtverhältnisse aber zu sein, daß die Gewerkschaften insgesamt als Vertreter des „Arbeitnehmerproduktivvermögens" eingesetzt werden, sofern dieses überhaupt nennenswerte Ausmaße annehmen sollte.

Aber handelt es sich überhaupt um eine Beteiligung der Unternommenen am Produktivvermögen? Wird der Lohnarbeiter ein Kleinkapitalist? Die absurde Idee mag schon die einfache Tatsache ins rechte Licht rücken, daß Einzelaktien faktisch lediglich Obligationen — nicht mit gesichertem Zinsfuß, sondern mit den jeweils durch die Entscheidung der Herrschenden festgesetzten Dividenden — sind. Lohnarbeiter, die Aktien erwerben, bleiben nicht nur Lohnarbeiter, sondern darüber hinaus bloße Sparer, die Forderungsrechte erheben. Im übrigen ist natürlich unter den heutigen Bedingungen kapitalistischer Reproduktion eine Zentralisierung der „Vermögen" und Verfügungsgewalt unaufhebbar. So sehr die verschiedenen Kategorien der herrschenden Klasse selbst nur Agenten des Kapitals sind — soweit sie sich nicht subjektiv über ihre Funktion im gesellschaftlichen Prozeß erheben —, so sehr werden sie weiterhin einen unerhörten Machtvorteil genießen und ihn mit handfesten gesellschaftlichen Privilegien verbinden.

Den Unternommenen aber, die mehr Gerechtigkeit wollen, wird durch die Zwecke und Illusionen der Vermögensbildung weiterhin ihr Vermögen geraubt, selbst über sich und ihr Leben zu bestimmen. Die zur „Vorwärtsverteidigung" aufrufenden Herren vom Kapital versichern uns: „Jeder Mensch hat bei seiner Arbeit vor allem einmal den eigenen Vorteil im Auge; warum soll das nicht auch für den Unternehmer gelten?" Sie nennen das den „Ausdruck der natürlichsten und menschlichsten Eigenschaft, des Bemühens um den eigenen Vorteil" (Herr Fertsch-Röver, FAZ 8. 6. 71) — sonntags pflegen sie natürlich anderen „Materialismus" vorzuwerfen. Die Herren müssen dies, soweit sie von sich reden, wissen. Würden alle so handeln, hätten sie je-

Goldene Unternehmerworte

Seit Jahren stiften Gesellschaftskritiker mit dem bösen Wort von der „skandalösen Vermögensverteilung" Verwirrung und Unfrieden. ... Immer wieder nörgeln Sozialkritiker am Vermögensbildungsgesetz herum... Einen Haufen Geld, wer hätte den nicht gern... Den können auch die Nörgler vom Dienst nicht herbeizaubern... Politiker bekommen glänzende Augen, Gewerkschafter eine faltige Stirn und APO-isten geballte Fäuste... Millionen von Bundesbürgern bekommen nichts dergleichen... Denn: sie bilden Vermögen. Sie haben den — zugegeben langen — Marsch zum Volkskapitalismus längst angetreten... Von wegen: Gespart haben nur die „Reichen"... Richtig ist, daß am produktiv arbeitenden und gleichzeitig haftenden Kapital in der Wirtschaft nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung beteiligt ist... Der Grund: Bis heute sind noch nicht allzu viele bereit, ihr Geld tagtäglich den Risiken und Wagnissen des Wettbewerbs auszusetzen... Mini-Clique hat Millionen — ein Urteil, das den Vorteil für alle verschweigt... Stolze Bilanz: Arbeitnehmer-Taschen immer dicker... Ja zur Vermögensbildung... So legen Sie Ihr Geld an — und liegen goldrichtig. Anruf oder Postkarte genügt, und der Fachmann kommt ins Haus... Schritt für Schritt zur großen Lösung... Aber die Marktwirtschaft wird auch das schaffen... Mit und ohne Risiko... Und das alles bei einem Höchstmaß an persönlicher Freiheit... Daß die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern eines Tages volle 624,— Mark im Jahr zuwenden können. Zwölf Milliarden DM pro Jahr — das ist das Endziel!.. Endlich Ruhe vor politisch eingefärbten Plänen... Die das Eigentum aufweichen oder beseitigen wollen... Sie kommen von Linksextremisten und Kommunisten... Aber auch von naiven Gesellschaftspolitikern... Wer die Abschaffung des Eigentums an Produktionsmitteln verlangt, der bereitet das Ende unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung vor... Sparen Sie, es lohnt sich! Ihr Chef muß investieren — helfen Sie ihm dabei!

aus: MOMENT, Extrablatt der Arbeitgeber

denfalls keinen mehr, der sich mit dem Linsengericht der „Vermögensbildung“ abfände und bei ihnen Arbeit „nimmt“.

Doch keine Besorgnis: Vermögensbildung wird zum Schlager der Saison. Auch die Gewerkschaften werden sie — nach dem Debakel der Lohnpolitik, von Mitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz und Steuerreform — in den Mittelpunkt ihrer „Gesellschaftlichen Reformen als gewerkschaftliche Aufgabe“ rücken, und manche mögen sich sogar versprechen, mit Hilfe der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ den Kapitalismus aus den Angeln zu heben. Eine Karikatur? Gewiß.

GERT SCHÄFER

Vorsorge-maßnahmen

Eine Law-and-order-Kampagne überzieht das Land. Mit Sensationsberichten, in denen möglichst detailliert jedes Verbrechen geschildert wird, und mit der Verteufelung politischer Opposition als wilden „Anarchismus“ wird dem Bürger das Gruseln beigebracht — um ihn dann nach „harten Maßnahmen“ rufen zu lassen.

Die CDU/CSU legt einen Gesetzentwurf zur Ausweitung der Haftgründe vor. Die Länderinnenministerkonferenz votierte für ähnliche Absichten und zusätzlich für einen ganzen „Maßnahmekatalog“. Bundesinnenminister Genscher, der auf der gleichen Welle reitet, legte bereits einen fertigen Gesetzentwurf vor, nachdem der Bundesgrenzschutz als militärische Polizeitruppe künftig auch im Inneren eingesetzt werden soll.

Man will wieder schneller und „auf Verdacht“ verhaften lassen. Das Wort vom „Serientäter“ macht die Runde. Ist in diesen Augen nicht auch der Demonstrant, der sich an mehreren Tagen hintereinander auf die Schienen setzt, um gegen Fahrpreiserhöhungen zu protestieren, ein „Serientäter“? Nach den ersten Protesten gegen die neuen „Vorbeugehaft“-Pläne versicherte man eilfertig, es sei nicht an politische „Delikte“ gedacht. Doch bei genauerem Hinsehen sieht es anders aus. Die Initiatoren der CDU/CSU-Gesetzentwürfe nennen „bestimmte politische Straftaten“ (FAZ vom 8. 9. 71). Und auch der „Maßnahmenkatalog“ der Innenministerkonferenz vom 10. 9. 71 führt eine durchaus politisch anzuwendende „Straftat“ auf, nämlich die sogenannte „Aufforderung zur Gewalt“. Nach BGH-Definition ist darunter unter Umständen schon die Aufforderung zum Streik zu verstehen und das Besetzen von Strassenbahnschienen eine „Gewalttat“. So unpolitisch ist das neugeplante Vorbeugehaft-Gesetz also doch nicht. Die Bekämpfung der Kriminalität ist weitgehend nur ein Vorwand.

Denn die Ursachen sind primär gesellschaftspolitischer Natur, und daß Strafmaßnahmen die Kriminalität weder eindämmen noch beseitigen, ist unter Fachleuten unbestritten. Es geht also um ganz andere Absichten, die man, auf der Law-and-order-Welle reitend, durchsetzen will.

Die Kritik- und Protestentschlossenheit von Bürgern greift um sich. Kaum noch ein Sektor, ob Verkehrs-, Bildungs- oder Wohnprobleme, wo sich nicht Protestaktionen, Bürgerinitiativen, kritisches Nachdenken und Alternativen bemerkbar machen. So etwas kann eine wohlgeordnete, „repräsentativ“ verwaltete Ordnung schon durcheinander bringen.

In Zeiten, in denen wirtschaftliche Rückschläge drohen oder Mißstände sich zu Katastrophen auswachsen, könnten die bisher erfolgreichen Manipulationsmittel versagen. Für diese unsicheren Zeiten muß vorgesorgt werden.

P. C. WALTHER

Aus: FR

Das große Geschäft im deutschen Kohlenbergbau

Neue Hiobsbotschaften aus dem Kohlenpott machen das Desaster des westdeutschen Steinkohlenbergbaus deutlich. Wieder einmal soll der Steuerzahler den „schwarzen Riesen an der Ruhr “vor der Pleite bewahren und Profite sichern. Staatsbürgschaften von Bund und Ländern — sprich Steuergelder — werden aufgebracht, um eine verfehlte Wirtschaftspolitik der Kohle- und Stahlbosse zu vertuschen. Man spricht von 1 Mrd. DM erneuter Subventionen.

Die Geschichte des westdeutschen Kohlenbergbaus von 1945 bis zum heutigen Tag ist geradezu ein klassisches Beispiel dafür, wie engstirnig kapitalistische Unternehmer Profite machen und Verluste durch Steuergelder bezahlen lassen. Noch nie in der Geschichte des deutschen Kapitalismus hat ein Industriezweig so viel finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen, so auf Kosten der Steuerzahler gelebt, wie der westdeutsche Steinkohlenbergbau.

Als nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus der kapitalistische Wiederaufbau der deutschen Industrie begann, war Kohle der wichtigste Energieträger. Alles schrie nach Kohle. Aber die Investitionsmittel zur Steigerung der Kohleförderung wurden nicht von den Bergwerkseigentümern aufgebracht, sondern bereitwillig von den damaligen Regierungen aus dem öffentlichen Haushalt gegeben. Ein enormer Geldstrom floß in die Kassen der Zechenherren. Selbst der umfangreiche Bergarbeiter-Wohnungsbau, von den Zechenherren als soziale Leistung gefeiert, mußte von öffentlichen Steuergeldern finanziert werden. Später hat sich übrigens erwiesen, daß diese Wohnungen die besten Bindungen waren, um die Bergarbeiter an den Pütt zu fesseln. Jeder Kumpel, der den Pütt verlassen wollte, wurde rücksichtslos auf die Straße gesetzt.

Allein im Jahre 1963 sind — in Millionen Mark — folgende Summen für den Bergbau von der öffentlichen Hand aufgebracht worden:

Zuschüsse und Beihilfen zur Rationalisierung 176

Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen 225

Bürgschaften vom 1. 9. 63 für Rationalisierungsverbesserungen 1500

Bewertungsfreiheit für gewisse Investitionen 65

Bergmannsprämie von DM 2,50 pro Mann und Schicht 1450

Zuschüsse an die knappschaftliche Krankenversicherung 35

Entlastung bei der gesetzlichen Unfallversicherung 75

Beitragsfreiheit zur Arbeitslosenversicherung 57

Soziale Hilfsmaßnahmen lt. Montanunionvertrag 31

Frachthilfen für die Beförderung von Kohlen 98

Zinsverbilligte Darlehen zum Bau von Blockheizwerken 45

Steuerliche Erleichterungen für die Stillegung von Zechen 12

Gleichzeitig wurden auf der anderen Seite dem Kohlenbergbau ohne Rücksicht auf die Rentabilität enorme Gewinne entnommen. Aber Anfang bis Mitte der 60-er Jahre kam die berühmte Kohlenkrise. Der neue Energieträger Erdöl begann das Feld zu beherrschen. Sinnigerweise waren es aber auch die Herren der Bergwerksgesellschaften, die gleich in diesem neuen Geschäft mit dabei waren. Ohne langfristige wirtschaftliche Planungsperspektive begannen sie, „ihre Zechen“ dicht zu machen und die Kokereien zu verschrotten.

Vor 20 Jahren gab es in der Bundesrepublik 179 Steinkohle fördernde Zechen; heute sind es nur noch 50. Als in den Jahren 1960 bis 1965 18 Millionen Tonnen Kohle auf Halden lagen, als die Belegschaften des Gesamtbergbaus von 420 000 auf 200 000 zurück gingen, als in Dortmund 15 000 und in Gelsenkirchen 10 000 Bergarbeiter unter roten und schwarzen Fahnen gegen die Zechenstillegungen protestierten, machten die Zechenherren mit den verbliebenen Gruben dennoch weiter gute Geschäfte.

Ohne eine Mark zu investieren, ohne eine Tonne Stahl, ohne Holz und anderes Material zum Ausbau der Kohleadern in die Zechen zu schaffen, ohne einen Pfennig mehr Lohn zu zahlen, kassierten die Zechenbosse für jede Tonne Kohle, die nicht gefördert wurden, 25 DM. Diese Gelder wurden aus Bonns Steuerkassen gezahlt.

In dieser Zeit, als eine große Anzahl älterer Bergleute im Rahmen eines sogenannten Sozialplanes abgefunden wurde und eine dürftige Rente bekamen, als jüngere Bergleute von einer Zeche zur anderen (manche Kumpel drei- bis viermal) verlegt wurden, kauften die Banken- und Börsenhaie Bergbauaktien. Sie wußten sehr gut, daß auch an diesem niedergehenden Industriezweig gut zu verdienen war.

Nachdem die Kohlenkrise Ende 1966 mit über 24 Millionen Tonnen auf Halden ihren Höhepunkt erreicht hatte, die Unruhe unter den Bergarbeitern größer war, schlossen sich, auf Bonner Veranlassung, 25 Bergwerksunternehmen zu einem Mammutkonzern zusammen. Schiller, der Wirtschaftsminister der Großen Koalition, erklärte damals: „Damit ist das Fundament für eine nachhaltige Gesundung des Ruhrreviers gelegt“.

Das war Schillers Meinung, aber vielleicht haben die Mitglieder des Hauptvorstandes der IG Bergbau und Energie ebenfalls an Schillers Prognose geglaubt. Kenner nannten die neue Ruhrkohlen AG ein „nacktes Unternehmen“, ein „Skelett ohne Fett und Fleisch“. Das Unternehmen vereinigte 52 Schachtanlagen, 29 Kokereien und

5 Brikettfabriken, in denen seit Jahren nicht mehr investiert wurde als notwendig war, um die Produktion aufrecht zu erhalten.

Aber nur die ausgepokerten Anlagen wurden in die neue Gesellschaft eingebracht. Die lukrativen Kraftwerke, die gewinnträchtigen Wohnungsbaugesellschaften, die Chemieanlagen und Grundbesitz von unvorstellbarem Ausmaß wurden den alten Besitzern, in der Regel den Stahlkonzernen, zugegliedert; denn die Herren, die entscheiden, sitzen zugleich in den Aufsichtsräten und Vorständen von Kohle und Stahl. Auch ist bekannt, daß die jetzt unrentablen Zechen langfristige Konzernschulden aus der vorangegangenen Zeit in die neue Gesellschaft mit eingebracht haben. Allein die Zechen des Rheinstahl-Konzerns brachten 70 Millionen DM Verluste mit, um sie, wenn möglich, nach altem Vorbild wieder durch staatliche Subventionen ausgleichen zu lassen. Auch wußten die Herren vom Stahl diese von ihnen konzipierte neue Ruhrkohlen AG folgendermaßen zu nutzen: Thyssen, Krupp, Hoesch, Salzgitter und Ilseder Hütte haben vier Vertreter im Vorstand der Ruhrkohlen AG. Die Vertreter der Stahlindustrie haben der Ruhrkohlen AG den sogenannten Hüttenvertrag aufgezwungen. Mit diesem Vertrag haben sich die Stahlbosse das Recht gesichert, für ihren Eigenbedarf erheblich verbilligten Koks und Kokskohle zu kaufen. Während Kokskohle normalerweise 111 DM kostet, bezahlen die Bosse nur 68,50 DM. Für Hüttenkoks, der 128 DM kostet, nur 80 bis 85 DM. Während für die Industrien und für den Verbraucher die Kohlenpreise in den letzten Jahren um 3 Mark erhöht wurden, waren die Stahlkonzerne nicht bereit, auch nur einen einzigen Pfennig mehr zu zahlen als sie damals bei der Gründung der Ruhrkohlen AG ausgehandelt hatten. Und das ist unter anderem die Folge dieser cleveren Politik: Mit Betriebsverlusten von 400 Millionen DM im Jahre 1970 und einem Verlust von 300 Millionen Mark aus dem Jahre 1969 ist mehr Geld verwirtschaftet worden, als das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von 553 Millionen DM ausmacht.

Trotz der enormen Verluste brauchen sich die Aktionäre der Ruhrkohlen AG keine Sorgen zu machen. Mit Bilanztricks, Finanzspritzen, mit Besserungsscheinen und Staatsgarantien werden die Besitz- und Gewinnforderungen der Aktionäre auf jeden Fall gesichert. Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen haben ohnedies für die Begleichung alter Schulden der Gründungsgesellschaft jetzt rund zwei Millionen DM zur Verfügung gestellt So stürzt und finanziert der Staat kapitalistische Verfaulung und rechtfertigt das mit dem Argument, daß ja die Arbeitsplätze für 180 000 Arbeiter und Angestellte gesichert werden müssen.

SBK-REDAKTIONSKOLLEKTIV

Verkürzung der Wehrpflicht - Aufbau der Kampfkraft

Wehrpflichtige werden in Zukunft nicht mehr viel Zeit mit militärisch überflüssigen Aufgaben vertrödeln. Die Ausbildung soll zügig erfolgen, deshalb kann die Wehrpflichtzeit auf 15 Monate verkürzt werden. Jeder Wehrpflichtige wird das zu schätzen wissen. So erfreulich dieser Aspekt für einzelne auch ist: Die wahlchancenträchtige Reform hat auch andere Aspekte, die nicht übersehen werden sollten, und die mehr auf Aufrüstung als auf militärischen Abbau deuten. Schließlich handelt es sich bei diesem Schritt in erster Linie um eine Rationalisierung des bestehenden Ausbildungssystems, das in der gegenwärtigen ineffektiven und damit kostspieligen Form nicht mehr tragbar war. Hintergrund dieser Art von Reform ist die Tatsache, daß in 18 Monaten Wehrpflichtzeit ohnehin Spezialisten und Führungskräfte nicht ausgebildet werden können, denn deren komplizierte Aufgaben erfordern eine weit längere Einübung, die sich nur lohnt, wenn der Betreffende anschliessend längere Zeit der Bundeswehr als Soldat auf Zeit oder Berufssoldat zur Verfügung steht. Die Wehrpflichtigen dagegen können nur für militärische Hilfsaufgaben ausgebildet werden. Die Reform führt konsequent die weitere Arbeitsteilung innerhalb des Militärs fort, wobei der Wehrpflichtige — Soldat oder Milizionär — zum Fleisch (Menschenmaterial) am Knochen der Spezialisten wird. Eine solche Entwicklung ist freilich nirgendwo, wo Wettrüsten betrieben wird, zu vermeiden. Nur eben mit militärischem Abbau hat sie nichts zu tun, sondern vielmehr mit Fortsetzung eines zielbewußten militärischen Aufbaus.

Dazu kommt der nicht unwichtige Effekt der Wehrdienstpflichtminderung, der uns unter dem Stichwort höhere Wehrgerechtigkeit verkauft werden soll. Die durchschnittliche jährliche Einberufungsquote wird durch diese Reform von 195 000 auf etwa 240 000, rund also um 1/4 steigen. Die Zahl der Ungedienten kann so kräftig reduziert — von jedem Jahrgang rücken dann statt 60 % nun 75 % in die Kasernen — und die militärische Potenz für den Fall aller Fälle kräftig erhöht werden. Kombiniert man mit dieser Entwicklung die verstärkten Anstrengungen des Hauses Schmidt um moderne psychologische Einwirkung auf die Rekruten durch Schulung in jeder Hinsicht, so wird auf einmal des Pudels Kern sichtbar: Die rebellische Jugend soll in verstärktem Maße in die Schule der Nation einbezogen werden, die auch bei den Sozialdemokraten, wenn man die Bemühungen Brandts und Schmidts um die „richtige" Behandlung der Bundeswehr in den Schulen richtig deutet, auch bei den Sozialdemokraten das Militär ist. Die Ausbildungsstätten für die Lehrer dieser Schule der Nation befinden sich schon in der Planung: Die Bundeswehr wird eigene Universitäten eröffnen. In dem von dem 'liberalen' (technokratisch-modernen) Politologen Professor Thomas Ellwein geleiteten 'Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften' wird bereits mit Elan an Einzelheiten des Projektes gearbeitet.

Bleibt nur nachzutragen, daß selbstverständlich die NATO keine Bedenken gegen die so konzipierte Verkürzung der Wehrdienstzeit vorzubringen hatte und nach diesen Vorbereitungen auch eine leichte Truppenreduzierung, sollte sie im ost-westlichen Dialog beschlossen werden, leichter zu verschmerzen ist; ferner, daß Kriegsdienstverweigerung in ihrer politischen Bedeutung nun erst recht nicht unterschätzt werden sollte, besonders wenn sie sich öffentlich politisch ausweist, und ebenso nicht die politisch scharf artikulierte Diskussion von kritischen Wehrpflichtigen in der nationalen Schule Bundeswehr. Hierbei Hilfestellung zu leisten, könnte zu einem wichtigen Aspekt sozialistischer Strategie werden.

ANDREAS BURO

Schulen, Universitäten . . .

Wir müssen mit Sorge die innere Abwendung eines Teils der heranwachsenden Generation von den Pflichten sehen, die ihnen von Staat und Gesellschaft abverlangt werden. Ich glaube zwar, daß dies eine vorübergehende Erscheinung ist. Aber das Ansteigen der Zahl der Militärdienstverweigerer kann die Regierung nicht unbeteiligt lassen.

Friedenspolitik und Sicherheitspolitik, darauf ist mehrfach hingewiesen worden, bilden eine Einheit. Sie als Grundtatsache unserer politischen Situation gerade den jungen Menschen einsichtig zu machen, ist eine wichtige, eine der wichtigen Aufgaben der Schulen.

Der Verteidigungsminister hat heute vormittag schon erwähnt — ich darf mich noch einmal darauf beziehen —, daß ich kürzlich in einem Brief an den Vorsitzenden der Ministerpräsidenten-Konferenz die Bitte ausgesprochen habe, diesem Thema im Sozial- und im Gemeinschaftskunde-Unterricht die notwendige Beachtung zu schenken. Aus diesem Grunde möchte ich aber gerade auch die Universitäten, die Forschungsstätten auffordern, die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu pflegen oder dort, wo dies schon der Fall ist, sie noch besser zu pflegen.

Bundeskanzler Willy Brandt während der Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung in der 111. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 1971.

. . . und Bundeswehr

Darüber hinaus stehen die Jugendoffiziere der Bundeswehr zur Verfügung, um den Auftrag der Bundeswehr und ihre Rolle im Rahmen der Sicherheitspolitik in den Schulen sachkundig darzustellen. Einige Länder haben auf dem Erlaßwege die Arbeit der Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere ermöglicht und erleichtert. Ich würde es begrüßen, wenn auch die anderen Länder diesen Beispielen folgen würden. In jahrelanger Praxis hat sich gezeigt, daß diese jungen Offiziere informieren und nicht werben.

Für den Lehrer, der es vorzieht, sich selbst und seiner Klasse ein Urteil durch Augenschein zu ermöglichen, stehen die Kasernen der Bundeswehr offen. Die Dienststellen des Territorialheeres, Verteidigungs-, Kreis- und Bezirkskommandos vermitteln derartige Besuche gern.

Ich wäre dankbar, wenn die Ministerpräsidenten-Konferenz darauf hinwirken könnte, daß die Notwendigkeiten und Probleme der Landesverteidigung in den Schulen allgemein mehr Beachtung finden.

Aus Brandts Brief an den Vorsitzenden der Ministerpräsidenten-Konferenz, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl, vom 19. November 1970.

Aktionen Kongresse Seminare

Genossen, die an solchen Veranstaltungen teilnehmen, sollten die Gelegenheit nutzen, um „links" und die Sozialistische Betriebskorrespondenz bekanntzumachen. „links" und die SBK sollten überall dabei sein. Werbeexemplare durch:

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591

Entwicklungspolitische Korrespondenz.
Einzelheft DM 1,—.
Bisherige Themen u. a.: Cabora Bassa, Antirassismusprogramm des Ökomenischen Rates, Bonns Waffenhandel mit Portugal und Südafrika, Chile, Zur Zusammenarbeit westdeutscher Stellen mit dem brasilianischen Geheimdienst. Probehefte bei Landesjugendpfarramt Hamburg,
2 Hamburg 13, Postf. 8068

Wie man Kapitalismus verkauft

Zum Markttag der CDU/CSU

Mathias Walter

Die Strategen aus Wirtschaft und Politik gaben sich kämpferisch. Denn es ging um das „Gebot der Vernunft", den „Motor des Fortschritts" – die „Soziale Marktwirtschaft". Sie, so der Vorsitzende des Wirtschaftsrats der CDU und Vorstandsmitglied der Kali-Chemie AG, Bismarck, auf dem diesjährigen Wirtschaftstag der CDU/CSU, ist „im Lande ihres Ursprungs und ihrer Bewährung bedroht". Unter dem Motto: „Nicht wackeln, nicht zögern! Stehen und kämpfen!" bot sich Barzel an, „Unheil vom Deutschen Volke zu wehren". Mit dem Ruf: „Der Mensch bleibe größer als seine Werke!" stürzte sich Herr Kiesinger ins Getümmel, das „ethische Prinzip" Soziale Marktwirtschaft guten Gewissens verteidigend. Da fehlten nur noch „Blut, Schweiß und Tränen", die Schädlingsbekämpfer Strauß bemühte, um die Vorstellung, Unternehmer seien eine „Art Sozialschädlinge", als „sozialreaktionäre Gesinnung" zu denunzieren. In solch schweren Zeiten ist auch der „Bündnispartner Lampersbach", Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, willkommen, die bundesdeutsche Variante des entwickelten Monopolkapitalismus vor jeglichen „sozialistischen Utopien" zu bewahren.

Das Kampfgetöse, das die Herren der CDU/CSU für die versammelten Kapitaleigentümer und Kapitalfunktionäre Ende Juni in Bonn inszenierten, dokumentierte jedoch leider nicht die wachsende Stärke der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik, sondern war das alte Geschäft mit der Sozialistenfurcht. Es ging darum, die Unternehmer von Schiller-Lokkungen abzuhalten und mit massiven Versprechungen auf CDU/CSU-Kurs einzuschwören.

Funktion der Parteien

Die aktuellen Bezüge der strategischen Angebote der CDU/CSU an die Unternehmer sind lange von weiterreichenden weltpolitischen Ereignissen überholt. Fragen wie DM-Aufwertung, Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum nehmen im Lichte der nun vollends sichtbaren Krise des kapitalistischen Weltwährungssystems Dimensionen an, die die in Bonn versammelten Partei- und Wirtschaftsstrategen wohlweislich verschwiegen.

Deshalb soll dieser „Wirtschaftstag '71" nicht unter dem Gesichtspunkt seiner tagespolitischen Aussagen analysiert werden. Sehr viel interessanter ist in einem weiteren Zusammenhang die Frage nach der Funktion derartiger Tagungen für das Herrschaftssystem der Bundesrepublik. Präziser: Wie läßt sich das Wechselverhältnis von ökonomischer und politischer Macht bestimmen, das in den Diskussionen und Strategieentwürfen dieses „Wirtschaftstages" zum Ausdruck kommt? Zwar gibt heute sogar ein Herr Giscard d'Estaing zu, daß wirtschaftliche Macht auch politische Macht ist (vgl. Spiegel vom 30. 8. 71). Will man jedoch über die wenig erklärende Aussage hinausgehen, daß im Staatsmonopolistischen Kapitalismus politische Entscheidungen sowieso nur die Profitinteressen der Monopolherren im Auge haben, muß im Interesse der richtigen Einschätzung kapitalistischer Strategien untersucht werden, in welchen Formen sich ökonomische Macht politisch artikuliert und schließlich durchsetzt. Die Durchsetzung der ökonomischen Macht der Kapitaleigentümer und -funktionäre kann am Beispiel „Wirtschaftstag" nicht gezeigt werden, da er mehr der Meinungsbildung und Strategiefindung dient und keine direkten Entscheidungen fällt. Es läßt sich jedoch zeigen, welche Rolle die politischen Funktionäre bei der Umsetzung ökonomischer Machtinteressen in politische Strategien und Entscheidungen spielen. Traditionell wird die Rolle der CDU/CSU dabei mit dem Begriff „Unternehmerpartei" umschrieben. Obgleich richtig und wichtig in der polemischen Auseinandersetzung mit den Reaktionären, ist dieser Begriff oft genug Ausgangspunkt für zwei mögliche Fehleinschätzungen: Zum einen wird die CDU/CSU in einer Art Verschwörungstheorie zum fungiblen Instrument der Entscheidungen einiger weniger, im Geheimen wirkenden Finanzoligarchen hochstilisiert. Dieser Vorstellung folgt dann oft genug die Illusion, die SPD als „Nichtunternehmerpartei" könne und wolle eine grundsätzlich andere Politik als die CDU/CSU machen. Die geheimen Kontakte der Spitzen von SPD und FDP mit führenden Konzernherren (Spiegel vom 6. 9. 71) dokumentieren, daß auch die SPD an einer Vertretung und Umsetzung der kapitalistischen Machtinteressen nicht vorbeikommt. Nur kann sie aufgrund ihrer Tradition und den verschiedenen an sie fixierten progressiven Illusionen derartige Unternehmer-Meetings nicht so offen organisieren wie die CDU/CSU. Wird trotz allem der Begriff „Unternehmerpartei" für die CDU/CSU benutzt, so muß immer im Auge behalten werden, daß sowohl die „Volkspartei" CDU/CSU als auch die „Volkspartei" SPD, ihrer Funktion nach, den Gegensatz von Kapital und Arbeit so vermitteln, daß auf der einen Seite die Interessen der ökonomisch Mächtigen durchgesetzt oder zumindest nicht berührt werden und auf der anderen Seite eine breite Massenloyalität an das kapitalistische System gesichert ist.

Verhältnis von ökonomischen Interessen und politischen Strategien

Die Mechanismen der Umsetzung von ökonomischen Interessen der Unternehmer in allgemeine politische Strategien lassen sich am Beispiel des „Wirtschaftstag" recht gut erkennen. Schon die Struktur der Diskussion zeigt die jeweils spezifischen Ausgangspositionen der drei teilnehmenden Gruppen:

1. die Unternehmer mit ihren genau formulierten Interessen und Machtansprüchen.

2. die politischen Funktionäre, die diesen unumwunden vorgetragenen Interessen allgemeine Interpretationen zu geben versuchen.

3. Wirtschafts- und Politikwissenschaftler, die als Verwalter des profanen Himmels des entwickelten Kapitalismus der durch die antikapitalistischen Proteste angeschlagenen Unternehmermoral

Mahlzeit

seelsorgerische Hilfe zukommen lassen.

Den Unternehmern käme ein „Miteinander" der Tarifpartner sehr gelegen. Doch als Praktiker des Kapitalismus sind sie nicht bereit, die „naturgegebenen Gegensätze" von Kapital und Arbeit auszuklammern. Sie wissen, daß sie nicht aus „altruistischen, sondern aus rein egoistischen Gründen" voll hinter der kapitalistischen Ordnung stehen. Funktion der Spitzenpolitiker der CDU/CSU, die sich den Unternehmern wie auf einem „Kandidatenlaufsteg" (dpa) präsentierten, war es, den anwesenden Großindustriellen und Bankiers allgemeine politische Interpretations- und Legitimationsmuster zu offerieren. Auf diese Weise kam ein Dialog zustande, in dem die politischen Funktionäre, die „Praktiker des Allgemeinen", den besonderen Kapitalinteressen eine Vielzahl von Strategieangeboten entgegenstellten, die die besonderen Interessen der Unternehmer aufnahmen, sie jedoch so strukturierten, daß ihnen als sogenannten „Gemeinschaftsaufgaben" ausreichende Massenloyalität gesichert ist. Das Verhältnis der Politiker zu den Vertretern des Kapitals ist damit nicht als eine einfache Unterordnung der „Politik" unter die „Ökonomie" zu interpretieren, bei der die Parteien automatisch bestimmten Kapitalinteressen zugeordnet werden. Es scheint vielmehr, daß die Parteien nicht mehr Instrumente bestimmter Kapitalfraktionen sind, sondern daß ihnen als Funktionsbestandteil des politischen Herrschaftssystems die Aufgabe zufällt, die verschiedenen besonderen kapitalistischen Zwecke strategisch so zu strukturieren, daß sie der öffentlichen Diskussion als „allgemeine Zwecke" vorgestellt werden können. Die Konkurrenz der Parteien, deren traditionelle Unterschiede hier nicht erörtert werden können, reduziert sich damit auf die Frage, welche Strategien die Machtinteressen der Unternehmer, den gesicherten Fortbestand des Kapitalismus und die Akklamation der Wähler am wirkungsvollsten vereinigt. Die CDU/CSU war auf dem „Wirtschaftstag" bemüht, sich nicht nur als Wahrer der besonderen Kapitalinteressen, sondern auch als politischer Garant für den sicheren Fortbestand des Kapitalismus zu profilieren. Es müsse nun, so der Tenor aller Reden und Diskussionsbeiträge, im Inter-

Die „Praktiker des Allgemeinen"

esse der Industriellen und Bankiers selbst liegen, der CDU/CSU 1973 wieder zu einer Wählermehrheit zu verhelfen. Wie sehr Herr Strauß das relativ gute Einvernehmen von Großkapital und SPD/FDP Regierung beunruhigt, zeigt seine leise Drohung, daß die Unternehmer – „wenn sie als soziologische Schicht überleben wollen" – politisch ganz klar Stellung beziehen müssen.

Um den versammelten Herren über Kapital und Arbeitskraft die Identifikation mit der CDU/CSU zu erleichtern, beschränkten sich die Parteistrategen auf dem „Wirtschaftstag '71" nicht nur auf das traditionelle Geschäft mit der Sozialistenfurcht. Neben Herrn Kloten (Vorsitzender des Sachverständigenrates) war als Attraktion auch der Politikwissenschaftler und „Spezialist für Allgemeines" („Ich darf mich als solcher verstehen") Herr Hennis zum Festvortrag geladen. Waren schon die „Praktiker des Allgemeinen" wie Strauß und Kiesinger bemüht, den durch die antikapitalistische Opposition verunsicherten Unternehmern angemessene Selbstinterpretationen und ein gutes Gewissen (Kiesinger: „Wehe uns, wenn wir zu einer Gesellschaft des schlechten Gewissens würden!") zu offerieren, so gelang es der politikwissenschaftlichen Theologie des „Spezialisten", den praktizierenden Egoismus auch wissenschaftlich einzusegnen. Mit dem Argument, gesellschaftsverändernde Praxis, die auf die Herstellung einer gerecht organisierten Gesellschaft zielt, beruhe prinzipiell auf „weniger als Meinung, zumeist reiner Vermutung", stilisiert er den Kapitalismus auf alte Weise zum undurchschaubaren und damit unveränderbaren Naturereignis. Die kapitalistischen Agenten und Funktionäre dieser „zweiten Natur" können guten Gewissens weiter über den von arbeitenden Massen geschaffenen Reichtum privat verfügen.

Betrachtet man die von den CDU/CSU-Politikern vorgelegten Programme, so sind es neben den überholten wirtschaftspolitischen Argumenten vor allem vier strategisch wichtige Punkte, die in allen Vorträgen und Diskussionsbeiträgen wiederkehrten: 1. Der verschleierte Anspruch auf Hegemonie in der EWG. 2. Die Struktur- und Investitionspolitik 3. Die Bildungspolitik 4. Propagandaaktionen zur Eindämmung der immer weiter um sich greifenden Kapitalismuskritik.

Verschleiertes Hegemonialstreben in Europa

Der Slogan „Soziale Marktwirtschaft – heute und morgen für Deutschland und Europa" ist von den CDU/CSU-Werbetextern gängig formuliert, verheißt aber nichts Gutes. Denn dahinter steht der unverhohlene Anspruch, die Form des monopolkapitalistischen Herrschaftssystems, die sich in der BRD in zwanzig Jahren CDU/CSU-Regierung herausgebildet hat, der erweiterten EWG als „Morgengabe" aufzudrängen. „Was nützt die Marktwirtschaft", so fragt der saarländische Minister M. Schäfer, „wenn im Zuge supranationaler Konstruktionen unsere Partnerstaaten sie nicht oder nicht uneingeschränkt akzeptieren?"

Die alten imperialistischen Hegemonialbestrebungen präsentieren sich im neuen Gewand. Es ist nicht mehr das deutsche Wesen, an dem die Welt genesen soll. Der neue Exportartikel heißt „Soziale Marktwirtschaft" und soll von den „Partnern" – man ist vorsichtiger geworden – auch nicht „postwendend" eingeführt werden. Die Herren von Industrie und Banken fassen es jedoch als „langfristige Zielansprache" ins Auge, daß die übrigen EWG-Länder auf die bundesdeutsche „Ordnungspolitik einschwenken". Der Kampf um die „Marktwirtschaft", der von den Strategen der CDU/CSU werbewirksam inszeniert wird, entwickelt sich zu einer diesmal westwärts gerichteten Vorwärtsverteidigung.

Kämpferische Barzeleien

Einige dieser jungen Menschen beklagen, und nennen sich deshalb Sozialisten, die Eigentumsverteilung in unserem Lande. Andere sind im Herzen angerührt von dem, was man den Prager Frühling nennt. Warum gehen wir da nicht hin und nehmen das Buch eines der Männer des Prager Frühlings, von Ota Sik, und schildern diesen jungen Menschen, wie dieser Mann des Prager Frühlings den Sozialismus in der Realität kritisiert, daß er eben zu mehr Reichtum bei der Öffentlichkeit und zu mehr Armut bei den breiten Schichten führt? Warum diskutieren wir nicht mit diesen Dingen, die dort das Herz ansprechen? Warum haben wir nicht Mut auszusprechen, daß Sozialismus nicht mehr, sondern weniger Freiheit bringt? Warum haben wir nicht den Mut zu sagen: Sozialismus führt nicht zu mehr Reichtum für die Armen, sondern zu mehr Armut für alle. Warum haben wir nicht den Mut zu sagen: Sozialismus ist ein System, in dem die Transparenz und die Mitbestimmung, all diese demokratischen guten Dinge, Schaden nehmen und nicht Fortschritt bringen? Warum sagen wir dies nicht? Die andern sind so stark, wie unser Bekennermut ihnen zu werden erlaubt. Und deshalb meine ich, ich brauche dies hier nicht zu beweisen, wir müssen uns das sagen und argumentieren, warum wir anspruchsvoll erklären und durch einen Rundblick um die Welt beweisen können: Es gibt keine bessere, keine sozialere, keine humanere, keine modernere, keine erfolgreichere und keine demokratischere Ordnung als die der Sozialen Marktwirtschaft. Nur: Davon müssen wir noch kämpferisch reden (Beifall).

Aus: Wirtschaftstag '71

Legale Ausplünderung der öffentlichen Haushalte

Die sehr ausführlichen Beiträge zur staatlichen und kommunalen Struktur- und Investitionspolitik rankten sich polemisch um den Ausspruch des amerikanischen Ökonomen Galbraith von der öffentlichen Armut bei gleichzeitigem privaten Reichtum. Ohne es zu wollen enthüllte der Direktor des Frankfurter Seminars für Bankbetriebslehre, welche Interessen hinter dieser Polemik stehen. In der Bundesrepublik, so Engels, fehlt es an öffentlichen Investitionen „bei gleichzeitigem öffentlichen Reichtum". „Es kommt darauf an, öffentliche Investitionen zu Vermögen in den Händen des Bürgers werden zu lassen". Das heißt faktisch: Einschränkung der öffentlichen konsumtiven Ausgaben zugunsten höherer staatlicher Investitionen und Investitionsförderungen der privaten Unternehmer, Erhöhung von Straßenbahntarifen und Wegfall von kulturpolitischen Ausgaben bei gleichzeitiger legaler Ausplünderung der öffentlichen Haushalte durch unternehmergerechte Umverteilung des Steueraufkommens. Um eine solche Strategie abzusichern, bedarf es allerdings eines direkten Einflusses auf die öffentliche Verwaltung. Deshalb muß „die Trennung von Staat und Gesellschaft, hinter der die öffentlichen Besitzstände zunehmend Schutz suchen, von der Gesellschaft her und damit auch von der Wirtschaft überwunden werden." Das bedeutet aber die Forderung nach „Aktivierung einer Wechselbezüglichkeit zwischen den Innovationsprozessen in Wirtschaft und Verwaltung im Sinne eines Systems der checks und balances...", damit nach stärkeren direkten Interventionsmöglichkeiten ökonomischer Interessen in die öffentliche Verwaltung.

Das Dilemma der CDU/CSU

Als Paradebeispiel für das Ungenügen der autonomen öffentlichen Verwaltung dient den Bossen aus CDU/CSU und Wirtschaft der Ausbildungssektor. Die Ratlosigkeit,

mit der die Herren dabei über die Ineffizienz von Schule und besonders Hochschule räsonieren, offenbart das Dilemma der CDU/CSU in diesem Bereich. Die Strukturpolitiker wissen, daß Bildung schon heute der wichtigste Wachstumsfaktor ist. Aber es muß „richtige" Bildung sein, direkt auf die Bedürfnisse der kapitalistischen Reproduktion zugeschnitten. Noch kritischer wird es im Bereich der Lehrlingsausbildung. Hier gibt es direkte Interessen, die am dualen System der Berufsausbildung festhalten, um die Lehrlinge weiter als billige Hilfskräfte ausbeuten zu können. Gerade dies verhindert jedoch die im kapitalistischen Sinne notwendige Qualifizierung der jungen Arbeiter.

Mit der Entwicklung einer breiten antikapitalistischen Massenbewegung seit der Mitte der sechziger Jahre, ist ein großer Teil der im Bildungssektor Tätigen nicht mehr unbedingt bereit, die für die Kapitalinteressen „richtige" Ausbildung zu vermitteln. Während die SPD viele Lehrer, Hochschullehrer und Studenten für ihre technokratischen Reformen gewinnen konnte, steckt die CDU /CSU in dem Dilemma, mehr Bildung fordern zu müssen, ohne genügend Einflußmöglichkeiten auf deren Inhalte zu haben.

Propagierung des Kapitalismus

Dieses Dilemma ist allerdings nur ein Teil einer viel weiter gehenden Entwicklung. Die Strategen aus Politik und Wirtschaft müssen erkennen, daß die antikapitalistische Opposition, weit über den Ausbildungssektor hinaus, kapitalistische Legitimationsmuster wie Leistungsgesellschaft, soziale Partnerschaft und ähnliches wenn nicht zerstört, dann doch angeschlagen hat. Die Strategie, die dieser Entwicklung steuern soll heißt: Propagieren des Kapitalismus. Unter dem Motto: „Nichts ist so gut, daß es sich von selbst verkauft" sollen Diplomaten und Staatsmänner, die es verstehen, „die Vorzüge des Systems verkaufen". Eine solche Kampagne, die mit der Arbeitgebereinlage in allen großen bundesdeutschen Zeitungen schon begonnen hat, wird sich den Diskussionsbeiträgen des Wirtschaftstags zufolge auf drei Punkte konzentrieren:

1. Aufwertung des Unternehmer-Image: „Der Mann, ohne den unsere Wirtschaft nicht funktioniert".

2. Propagierung der alten Ideologie vom „Tüchtigen", der aufsteigt.

3. Herausstellen von Sozialeinrichtungen, Vermögensbildung usw.

Politisch interessant ist, daß die versammelten Strategen aus Politik und Wirtschaft an keinem Punkt direkt gegen eine bestimmte Organisation der sozialistischen Linken in der BRD Stellung bezogen. Dies scheint darauf hinzudeuten, daß die ökonomisch Mächtigen eine Gefährdung des kapitalistischen Systems noch heute eher in einer breiten antikapitalistischen Aufklärungsarbeit und spontaner Leistungsverweigerung als in straff organisierten revolutionären Gruppen vermuten.

links

Sozialistische Zeitung

12 Ausgaben (Juli 69 — Juni 70), gebunden DM 25,—; sowie Jahrgang 1970 (Ausgaben 7—17) gebunden DM 25,—.
Bestellungen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postf. 591.

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Aus dem Inhalt von Heft 4/71:

- Chemie-Lohnkampf, Urabstimmung und Streikrecht
- Forsthoff — Apologet des Kapitalismus
- Änderung des Verfassungsschutzgesetzes
- Westdeutsche Justiz — Handlangerin der US-Rassenpolitik
- Stören Betriebsversammlungen den „Betriebsfrieden"
- Demokratie in der Schule kann nicht sein
- Private Rechtsschule vorerst gescheitert

Probeheft und Abonnement (6 Hefte im Jahr für 6,— DM plus Porto) bei:

ROTE ROBE - Verlag
69 Heidelberg
Werrgasse 7

ich rechne mit der BfG*)

*) BfG
Bank für Gemeinwirtschaft
Wenn ich Geld anlegen will. Oder wenn ich Geld brauche.

Im Bücher- und Paperdienst vertreibt das Sozialistische Büro ausgewählte Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, Erfahrungsberichte örtlicher und projektbezogener Aktivitäten etc.

Bücher- & Paperliste:
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4
Postfach 591

Schwarzer Befreiungskampf und politische Gefangene

Interview mit Angela Davis

Frage: Erwartest du einen fairen Prozeß ?

Angela Davis: Das Gerichtssystem in diesem Land wird immer mehr zu einem der mächtigsten Unterdrückungsinstrumente. Es wird eingesetzt, um den Befreiungskampf der Unterdrückten zu zerschlagen. Dabei richtet es sich nicht nur gegen bewußte Revolutionäre, sondern gegen die rebellische Haltung aller Schwarzen, Chicanos (in den USA geborene Mexikaner) und Puertoricaner. Wenn man heute jemanden radikalisieren will, ist eine der besten Methoden, ihn einen Tag lang in ein Gericht zu schicken, damit er direkt erlebt, wie wir andauernd in die Gefängnisse und Strafanstalten befördert werden. Jetzt bricht sogar die Fassade von Demokratie zusammen. Deshalb können wir von diesem repressiven Justizsystem keine Gerechtigkeit erwarten, und ich bin überzeugt, daß ein rein legalistisches Herangehen an meine Verteidigung fatal wäre. Stattdessen müssen wir die Gerichte vor Gericht stellen. Die Unterdrückten müssen der herrschenden Klasse in organisierter Form demonstrieren, daß wir bereit sind, jedes uns zur Verfügung stehende Mittel einzusetzen, um Freiheit und Gerechtigkeit für unser Volk zu gewinnen.

Frage: Du hast lange in Ländern wie Frankreich, Westdeutschland und Kuba gelebt. Welche Rolle haben diese Erfahrungen in deiner politischen Entwicklung gespielt?

Angela Davis: Ein Revolutionär muß die Notwendigkeit erkennen, sich mit allen Kräften zusammenzuschließen, die in den verschiedenen Teilen der Welt gegen den Imperialismus kämpfen. In dieser Hinsicht haben meine Auslandsreisen, die großenteils in Zusammenhang mit meinem Studium erfolgten, für mich eine große Rolle gespielt. Die Erfahrungen, die ich 1962 in Paris von Teilnehmern des algerischen Befreiungskampfes vermittelt bekam, standen in krassem Gegensatz zu unserem Kampf um Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten. Die zunehmend aggressivere Position der Algerier gab mir eine konkrete Vorstellung von der Richtung, die unsere Bewegung einschlagen müßte, wenn wir wirklich etwas verändern wollten. Und die Franzosen selber machten mir klar, daß die Unterdrückung ein universelles Phänomen ist, das immer auftaucht, wenn ein Volk für Freiheit und Gerechtigkeit kämpft. In einer Reihe von Demonstrationen habe ich selbst die scharfen Strahlen aus den Wasserwerfern der französischen Polizei zu spüren bekommen. Und meine algerischen Freunde waren natürlich ununterbrochen dem Terror der Polizei ausgeliefert.

In Deutschland wollte ich mehr über die philosophische Tradition erfahren, aus der der Marxismus entstanden ist. Dort habe ich eine grundlegende Tatsache begriffen: Marx hatte mit der elften These über Feuerbach recht, daß die Philosophen als Philosophen die Welt immer nur interpretiert haben, daß es jedoch darauf ankommt, sie zu verändern. Das habe ich durch meine Beteiligung an der Studentenbewegung begriffen. Die Bewegung wurde sich ihrer selbst bewußt. Sie wurde sich der Notwendigkeit bewußt, sich von ihren Lehrern zu lösen – von denselben Professoren, die ihre Schüler zum Verständnis des Marxismus angeregt hatten – und mit Aktionen, direkten Aktionen zu beginnen. Diese Aktion äußerte sich in der Form von immer militanteren Demonstrationen gegen den US-Imperialismus, seine Aggression in Vietnam und seine westdeutschen Marionetten. Und sie äußerte sich in den Versuchen, die Unterprivilegierten an der Basis zu organisieren und die Arbeiterklasse einzubeziehen. Mein Engagement in der demonstrativen politischen Aktivität, die vom SDS geführt wurde, brachte mir dann auch zu Bewußtsein, daß ich zurückkehren mußte, um mit meinem Volk, dem schwarzen Volk in Amerika, zu kämpfen.

Meine Erfahrung in Kuba hat mich sehr viel weitergebracht. Hier habe ich zum ersten Mal längere Zeit direkt in einem sozialistischen Land gelebt. In den Diskussionen mit kubanischen Arbeitern, Studenten und Führern der Kommunistischen Partei wurde mir deutlich, wieviel Engagement, Opferbereitschaft und Wissen notwendig sind, wenn eine Revolution erfolgreich sein soll. Wir haben die Probleme und die Leistungen gesehen, und ich bin überzeugt, daß der Genosse in dem Film „Die Schlacht von Algier" recht hat, wenn er sagt: es ist schwierig, eine Revolution in Gang zu setzen, es ist noch schwieriger, sie bis zum Punkt der Eroberung der Macht weiterzutreiben, aber die schwierigste Periode kommt erst nach der Machtübernahme, wenn es darum geht, eine revolutionäre Gesellschaft aufzubauen.

Revolutionärer Kampf der Farbigen

Frage: Warum bist du hier in den Vereinigten Staaten in die Kommunistische Partei eingetreten ?

Angela Davis: Ich bin überzeugt, daß der einzige Weg zur Befreiung der schwarzen Amerikaner über den vollständigen Sturz der Kapitalistenklasse und ihrer Institutionen geht. Ich habe mich dem Che-Lumumba-Club angeschlossen, einem militanten, ausschließlich aus Schwarzen zusammengesetzten Kollektiv der Kommunistischen Partei in Los Angeles, das den Marxismus-Leninismus in der schwarzen Gemeinde verbreiten will. Aber wir gehen davon aus, daß wir Schwarzen eine selbstmörderische Richtung einschlagen ,wenn wir das kapitalistische System allein zerstören wollen. Die Frage der möglichen Bündnisse spielt eine wesentliche Rolle. Neben den Studenten brauchen wir Bündnispartner auf der Produktionsebene. Ich glaube nicht, daß alle weißen Arbeiter unheilbar konservativ sind. Die Schwarzen müssen die Kämpfe der Arbeiterklasse anführen, um andere, notwendige Teile der Arbeiterklasse zu radikalisieren.

Die praktische Perspektive des Che-Lumumba-Clubs besteht darin, den Kampf unseres Volkes im

Am Beispiel Angela Davis

Seit einem Jahr ist Angela Davis in Haft. Seit einem Jahr wird ihr Prozeß von einem Termin zum nächsten verschoben. Seit einem Jahr weigern sich die Justizbehörden, Angela Davis gegen Kaution freizulassen.

Inzwischen wurde der schwarze Revolutionär George Jackson im Zuchthaus von San Quentin von einem Aufseher ermordet. Inzwischen wurden eine Reihe von Gefangenenrebellionen gegen die unmenschlichen Zustände in den Haftanstalten der USA blutig niedergeschlagen; dabei fanden zuletzt in Attica im Staat New York 48 Menschen den Tod. Inzwischen hat sich die Anzahl der politischen Häftlinge in den USA drastisch erhöht.

Die Fälle Angela Davis, George Jackson und Attica sind Beispiele. Beispiele für die zentrale Rolle von Justiz und Strafvollzug bei der Unterdrückung jeder grundsätzlichen Opposition. Wer seinen Protest gegen das bestehende System nicht in die vorgeschriebenen, wirkungslosen Kanäle lenkt, kommt vor Gericht und in die Gefängnisse. Solche Praktiken greifen auf eine lange Tradition in der amerikanischen Geschichte zurück. Ihre Opfer reichen von den Gegnern der Sklaverei über die ersten Gewerkschaftsorganisatoren bis zu den italienischen Arbeitern Sacco und Vanzetti, die wegen ihrer politischen Überzeugung auf den elektrischen Stuhl kamen. „Dieser Mann ist moralisch schuldig, auch wenn er das ihm zugeschriebene Verbrechen nicht tatsächlich begangen hat, denn er ist ein Feind unserer bestehenden Institutionen," urteilte Richter Thayer über Bartolomeo Vanzetti. Dieses Verdikt gilt auch heute für alle politischen Gefangenen in den USA.

Seit die radikale Bewegung der Schwarzen, Puertoricaner und Mexikaner an Umfang und Intensität zugenommen hat, werden die Justiz und ihr Strafvollzug zu den wichtigsten Waffen der Vertreter der bestehenden Ordnung, um den Status quo zu bewahren, um Krieg, Ausbeutung und Rassismus aufrechtzuerhalten. Das Verbrechen der politischen Häftlinge besteht darin, daß sie eine antikapitalistische Alternative im Inneren der amerikanischen Gesellschaft aufgezeigt haben, daß sie bereit sind, für diese Alternative zu kämpfen. Diesen Mechanismus hat Angela Davis aufgezeigt. Deshalb wurde sie dann selbst von allen Instanzen des Staates gejagt. Deshalb wird sie in Haft gehalten, obwohl nach wie vor kein konkreter Beweis gegen sie vorliegt. Deshalb schwebt sie im Gefängnis in ständiger Gefahr.

Die Massaker in San Quentin, Attica und zahlreichen anderen Haftanstalten in den Vereinigten Staaten demonstrieren, daß Angela Davis und alle anderen politischen Gefangenen ständig das Schlimmste befürchten müssen. Sie brauchen die Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit. Nach den Morden der letzten Monate und unmittelbar vor Beginn des Prozesses gegen Angela Davis sind Solidaritätsaktionen und jede Form von Unterstützung wichtiger und notwendiger denn je.

Freiheit für Angela Davis !
Freiheit für alle politischen Gefangenen in den USA !

ANGELA DAVIS SOLIDARITÄTS-KOMITEE MANFRED CLEMENZ, LOTHAR MENNE, OSKAR NEGT, CLAUDIO POZZOLI, KLAUS VACK.

wesentlichen als nationalen Kampf zu führen und an den spezifischen Unterdrückungsformen anzusetzen, die uns jahrhundertelang auf der untersten Stufe der amerikanischen Gesellschaft gehalten haben. Dabei setzen wir uns als Schwarze an die Spitze einer Massenbewegung, um den Kapitalismus zu zerstören und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Damit befreien wir nicht nur unser eigenes Volk, sondern alle Unterdrückten in diesem Land. Und schließlich sehen wir die Revolution als eine internationale Revolution, besonders in dieser Epoche, da die Schlacht gegen unsere hiesigen Kapitalisten überall geführt wird, in Indochina, Afrika und Lateinamerika.

Frage: Wie siehst du die Beziehung zwischen Schwarzen und Weißen? Glaubst du, daß sie einen gemeinsamen Kampf führen können, und auf welcher Basis?

Angela Davis: Häufig wurde die Position vertreten, daß die Schwarzen das kapitalistische System allein stürzen können. Demnach können wir genügend Gewalt entfesseln, um das gesamte Land zu zerstören. Vielleicht stimmt das, aber ich sehe auf jeden Fall einen grundsätzlichen Irrtum in dem Revolutionsbegriff, von dem diese Position ausgeht. Eine erfolgreiche Revolution in diesem Land wird im wesentlichen nicht darin bestehen, das Land zu zerstören. Vielmehr muß sie die Institutionen zerstören, die den Menschen die Verfügung über ihre eigenen Produkte versperren. Und niemand kann daran vorbeigehen, daß der Ursprung des amerikanischen Kapitalismus unmittelbar mit der Ausbeutung der Sklavenarbeit verbunden ist. Die Schwarzen haben die Grundlage für den Reichtum gelegt, den heute ein paar mächtige Familien in Händen halten.

Deshalb sollte unsere Strategie darin bestehen, diesen Reichtum nicht zu zerstören, sondern die Eigentumsverhältnisse abzuschaffen, durch die diese paar Familien ihre Vermögen horten können, während die Masse der schwarzen Bevölkerung auf einem extrem niedrigen Lebensstandard dahinvegetiert.

Die eine Position begründet ihre Aktivität einzig und allein auf einer militärischen Strategie. Die andere erfordert natürlich eine politische Strategie, in deren Kontext militärische Taktik vielleicht eine Rolle spielt — ebenso wie alle anderen, ständig variierenden taktischen Überlegungen, von denen wir annehmen, daß sie uns den Sieg ermöglichen. Wenn wir also von der Annahme ausgehen, daß wir Schwarzen, die wir im Laufe der Jahrhunderte auf verschiedenste Weise über-ausgebeutet wurden, die vollständige Befreiung vom Kapitalismus benötigen, dann müssen wir unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß unser Befreiungskampf organisch verbunden werden muß mit einer breiten Bewegung von Weißen, die sich in einer sozialistischen Revolution befreien werden. Vor allem Weiße aus der Produktion, denn schließlich wollen wir den Produktionsapparat nicht zerstören, sondern übernehmen, um die Produktionsverhältnisse zu revolutionieren, so daß diejenigen, die in diesem Apparat arbeiten, kollektiv die Früchte ihrer Arbeit erhalten. Nur so können wir Schwarzen zu unserem Recht kommen, und nur so können die Weißen aufhören, Marionetten der herrschenden Klasse zu sein. Was die Unterdrückung der Schwarzen angeht, dürfen wir jedoch einen Punkt nicht aus den Augen verlieren: die Mehrheit der Weißen hat die rassistische Politik der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung nicht einfach akzeptiert, sie hat vielmehr aktiv zur Perpetuierung des Rassismus beigetragen, so daß der Rassismus jetzt als integraler Bestandteil in der Sozialstruktur dieses Landes verankert ist. Und wegen der Allgegenwart des Rassismus kann die Frage der Einheit zwischen Schwarzen und Weißen nur gelöst werden, wenn man davon ausgeht, daß die Schwarzen die Führung des gesamten Kampfes übernehmen müssen.
Der gemeinsame Kampf unter Führung der Schwarzen ist also notwendig, weil Rassismus und Über-Ausbeutung die Schwarzen auf die unterste Ebene der kapitalistischen Gesellschaft verwiesen haben, und weil diese Erscheinungen die Weißen außerstande gesetzt haben, einen radikalen Kampf zu führen. Die reaktionären Tendenzen vieler Gewerkschaften stehen in direktem Verhältnis zu ihrer Unfähigkeit, ihre rassistische Politik zu überwinden. Dagegen haben die Schwarzen eine Antwort auf die Unterdrückung gefunden: ein revolutionäres Verständnis ihrer Lage und eine zunehmend militante Praxis. Wenn die Einheit zwischen Schwarzen und Weißen Wirklichkeit werden soll, müssen die Weißen die Not-

Start einer neuen Reihe:
Texte zur politischen Theorie und Praxis

Fischer Taschenbuch Verlag

Die Reihe
Texte zur politischen Theorie und Praxis

herausgegeben von Hans-Eckehard Bahr, Wilfried Gottschalch, Klaus Holzkamp, Urs Jaeggi, Rudolf Wiethölter

sammelt Beiträge zur Bildung politischer Theorie und Reflexion politischer Praxis.

Autoren und Herausgeber gehen davon aus, daß Wissenschaft von der Gesellschaft neuer, selbstkritischer und differenzierter Entwürfe bedarf, wenn sie ihren emanzipatorischen Anspruch erfüllen soll.

Die Reihe bringt Analysen aus Soziologie, Politologie, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Rechtswissenschaft und Ökonomie.

Wilfried Gottschalch
Marina Neumann-Schönwetter
Gunter Soukup
Sozialisationsforschung. Materialien, Probleme, Kritik. Bd. 6503. DM 3,80

Jutta Menschik
Gleichberechtigung oder Emanzipation?
Die Frau im Erwerbsleben der BRD. Bd. 6507. DM 3,80

Karl Heinz Hörning (Hg.)
Der »neue« Arbeiter
Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen. Bd. 6502. DM 5,80

In Vorbereitung:

Willy Wyniger
Neokolonialismus
Entwicklungspolitik der BRD

Rolf Stefaniak/Werner van Treeck
Literaturproduktion im Spätkapitalismus

Klaus Holzkamp
Kritische Psychologie

Urs Jaeggi
Kritische Soziologie

Texte zur politischen Theorie und Praxis

marxismus bibliothek

Leo Kofler
Technologische Rationalität im Spätkapitalismus
mab 14 ca. 160 Seiten 6 Mark

Leo Kofler, der bekannte, in Köln lebende, freie Wissenschaftler, vertritt in seinem neuen Buch die These, daß die insgesamte Entwicklung der Technologie zu begreifen ist als eine Formbestimmung der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation, deren Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist.

Als bekannter marxistischer Ideologiekritiker setzt er sich auseinander mit den gegenwärtig aktuellen Theorien über technologische Realität. Im Zusammenhang mit der Fragestellung von Herbert Marcuse entwickelt er eine dezidierte Kritik an der Frankfurter Soziologen- und Philosophenschule, insbesondere an Adorno und Habermas.

Sein neues Werk ist ein Beitrag zu einer profilierten Ideologie technokratischer Rationalität in einer irrationalen Gesellschaft.

Hinweis: Koflers Werk ist die ideologiekritische Ergänzung zum RICHTA-REPORT „Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts" (mab 10).

Bezug über
Bücher- & Papervertrieb
605 Offenbach 4, Postfach 591

makol Verlag

KARL RETZLAW
Spartakus — Aufstieg und Niedergang — Erinnerungen eines Parteiarbeiters

Karl Retzlaw ist als Jungarbeiter während des Ersten Weltkrieges in den Spartakusbund gekommen, hat die Novemberrevolution aktiv in Berlin mitgemacht und war in der Münchner Räterepublik Mitglied der Räteregierung unter Eugen Levine als Ko-Polizeipräsident und Volkskommissar für Inneres. Aus diesen Gründen lange Jahre in der Illegalität lebend, war er bis 1923 wesentlich an der Organisation des illegalen Apparates der KPD und der Proletarischen Hundertschaften beteiligt. Seine Opposition gegen die Stalinsche Politik brachte ihn gegen Ende der zwanziger Jahre an den Rand der kommunistischen Organisation, wo er als einer der Leiter des Münzenberg-Verlages arbeitete. So blieb er dennoch in enger Fühlung mit dem inneren Organisationsleben der KPD und der Komintern, bis er diese in der Emigration — erst in Paris, dann in London — verließ.
Retzlaw schreibt seine Erinnerungen als Arbeiter, der für die revolutionäre Bewegung gelebt und gearbeitet hat. Seine Erfahrungen sind für deren Epoche in doppelter Weise dokumentarisch: Der Niedergang der kommunistischen Massenbewegung, den Retzlaw als inneren Zersetzungsprozeß darstellen will, reflektiert sich in einem Individuum, dessen intellektuelle Existenz durch sie bestimmt ist und ihren Emanzipationsvorstellungen hervorragend entspricht. Er erzählt nicht nur Geschichten, sondern will Geschichte darstellen. Sein Versuch, die revolutionären spartakistischen Intentionen durchzuhalten und die Schwierigkeiten, denen er sich dabei konfrontiert sieht, sollen dazu beitragen, daß die sich neu konstituierende Revolutionsbewegung die Fehler der alten nicht zu wiederholen braucht.

ca. 500 Seiten, DM 25,—
Lieferung durch
Bücher & Papervertrieb
605 Offenbach 4, Postfach 591

wendigkeit begreifen, den Rassismus auf allen Ebenen zu bekämpfen. Sie werden die Führung der Schwarzen akzeptieren müssen.

Politische Gefangene und faschistische Tendenz

Frage: Glaubst du, daß die Versuche der Nixon-Regierung, die politische Entwicklung des Landes nach rechts zu forcieren, noch zu stoppen sind?

Angela Davis: Eine objektive Analyse der Situation zeigt, daß wir es in den USA nicht mit einem rein faschistischen System zu tun haben. Das heißt natürlich nicht, daß wir unter der Herrschaft einer perfekten bürgerlichen Demokratie leben — sicher nicht. Dieses Land galoppiert mit hoher Geschwindigkeit in Richtung eines Faschismus nach südafrikanischem Muster. Allein die Tatsache, daß die Anzahl von politischen Gefangenen rasch zunimmt und als wesentlicher Mobilisierungsfaktor für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung dient, weist auf faschistische Tendenzen hin. Und faschistische Methoden werden seit Jahrhunderten gegen die schwarzen Gemeinden eingesetzt. Aber faschistische Methoden sollten nie mit Faschismus verwechselt werden. Wer da nicht deutlich unterscheidet, verschleiert das Wesen unseres Kampfes. Denn gegen reinen, ausgereiften Faschismus führt man einen defensiven Kampf. Reiner Faschismus würde eine solche Verschlechterung und Einschränkung unserer Lebensbedingungen bedeuten, daß wir keinerlei Bewegungsfreiheit mehr hätten, daß wir alle unsere Energien darauf konzentrieren müßten, uns gegen den Angriff der Reaktion zu verteidigen. Dann wäre eine Untergrundorganisation die einzige Möglichkeit. Aber so weit sind wir hier noch nicht, wir verfügen noch über einen gewissen, sicher begrenzten Grad von Flexibilität. Deshalb müssen wir weiterhin die legalen Kanäle benützen, die uns noch offenstehen. Das heißt natürlich nicht, daß wir ausschließlich auf der legalen Ebene operieren. Die Untergrundbewegung spielt selbstverständlich ebenso eine Rolle. Aber es geht vor allem darum, eine Massenbewegung aufzubauen und zu festigen, die nicht nur gegen die Unterdrückung kämpft, sondern auch eine sozialistische Revolution zum Ziel hat. Das heißt natürlich eine offensive Strategie, keine defensive.

Frage: Vor deiner Verhaftung hast du Kampagnen für die politischen Gefangenen geführt, jetzt bist du selbst eine politische Gefangene. Wie siehst du den Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen im Verhältnis zu der gesamten Bewegung?

Angela Davis: Der Erfolg der Bewegung für die Freilassung aller politischen Gefangenen hängt davon ab, ob sie sich weiterentwickelt zu einer Bewegung für die Abschaffung des gesamten Systems. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß politische Gefangene häufig Kommunisten sind, egal ob Mitglieder der KP, wie ich, oder unabhängige Kommunisten, wie George Jackson. Wir müssen der Bevölkerung, vor allem den Schwarzen, klarmachen, daß die sozialistische Politik der eigentliche Grund für unsere Inhaftierung ist. Die Leute müssen begreifen, daß George und die anderen Soledad Brothers nicht nur fälschlicherweise angeklagt wurden, einen Gefängniswärter getötet zu haben, sondern daß George ausgesucht wurde, weil er ein schwarzer Kommunist ist. Schließlich hatte er auch schon zehn Jahre im Gefängnis gesessen wegen eines Vergehens, das normalerweise mit höchstens zwei Jahren bestraft wird. Die Bewährungsinstanz ließ ihn nicht frei, eben wegen seiner Politik, weil er seine Mitgefangenen agitierte, für ihre Befreiung zu kämpfen, für die Zerstörung des Kapitalismus zu kämpfen.

Darüber hinaus müssen wir den Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen mit den konkreten Interessen und Bedürfnissen der schwarzen Bevölkerung verbinden. Denn in den Gettos findet man praktisch keine einzige Familie, die nicht schon auf die eine oder andere Weise mit dem korrupten Justizsystem und dem repressiven Gefängnisapparat in Berührung gekommen ist. Nicht nur für einen schwarzen Revolutionär ist es unmöglich, vor Gericht gerecht behandelt zu werden, sondern das gesamte schwarze Volk ist von jeher nie Nutznießer, sondern Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz gewesen.

Deshalb sollte der Kampf für die politischen Gefangenen aus der Defensive herauskommen und offensiv geführt werden. Das bankrotte Justizsystem und seine Anhängsel, die Gefängnisse und Strafanstalten, müssen angeklagt und vor Gericht gestellt werden.

Zur Rolle der Frauen

Frage: Wie siehst du die Frauenbewegung? Und meinst du, daß schwarze Frauen eine bessere Rolle in der Bewegung spielen sollten?

Angela Davis: Kein Revolutionär sollte an der Feststellung vorbeigehen, daß Erfolg oder Mißlingen einer Revolution fast immer daran gemessen werden können, in welchem Maße die Lage der Frauen radikal verändert wird. Schließlich gingen Marx und Engels davon aus, daß die Geschichte der Menschheit von zwei grundlegenden Faktoren bestimmt wird: Produktion und Reproduktion, die Herstellung der lebensnotwendigen Güter und die Organisation der Familie.

Außerdem wird die Form des revolutionären Kampfes auch den Ausgang der Revolution bestimmen. Deshalb müssen wir schon heute anachronistische Strukturen der bürgerlichen Familie und die unterdrückte Rolle der Frauen in der gesamten amerikanischen Gesellschaft in Frage stellen. Natürlich ist dieser Kampf integraler Bestandteil der gesamten Revolution. Der Kampf für die Befreiung der Frau muß von Frauen geführt werden, aber die Männer müssen sich diese Forderung ebenfalls zu eigen machen. Beim Aufbau einer schwarzen Befreiungsbewegung spielt der Kampf für die Befreiung der Frau eine besonders zentrale Rolle. Denn ohne Zweifel sind die schwarzen Frauen als Gruppe der am stärksten unterdrückte Sektor der gesamten Gesellschaft.

In der Geschichte waren wir auf der wirtschaftlichen Ebene gezwungen, als Sklavinnen zu überleben. Daneben bestand unsere spezifische Geschlechterrolle jedoch darin, neues Eigentum für den weißen Sklavenhalter zu gebären und gleichzeitig Gegenstand seiner perversen Sexualwünsche zu sein. In diesem Zusammenhang haben unsere Feinde eine Reihe von Mythen lanciert, um die schwarze Bevölkerung zu verwirren. Danach sind wir unheilbar matriarchalische Wesen, die unbewußt mit dem weißen Unterdrücker kollaborieren, um die Entmannung unserer Männer sicherzustellen. Leider haben einige schwarze Frauen diese Mythen unkritisch übernommen, ohne ihren Ursprung und ihren konterrevolutionären Inhalt zu bedenken. Deshalb beschränken sie sich innerhalb der Bewegung auf untergeordnete Aufgaben, weigern sich, aggressiv zu sein und führende Rollen zu übernehmen, weil sie fürchten, zur Unterdrückung der schwarzen Männer beizutragen.

Als schwarze Frauen müssen wir uns selbst befreien und den Anstoß dazu geben, die schwarzen Männer von der ganzen Mythologie über die Unterdrückung durch schwarze Frauen zu befreien. Denn diese Lügen spalten uns und bremsen damit den Fortschritt unseres gesamten Befreiungskampfes.

Aus Broschüre:
AM BEISPIEL ANGELA DAVIS

Die Broschüre mit einem Vorwort von Ernst Bloch enthält weitere Beiträge von Angela Davis, Oskar Negt, Herbert Marcuse, Lothar Menne, George Jackson und Detlev Claussen. Die Broschüre kann bezogen werden bei ANGELA DAVIS SOLIDARITÄTSKOMITEE, c/o Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Stückpreis DM 2,50 (bitte in Briefmarken beilegen).

Spenden für den Angela-Davis Solidaritätsfonds an Sonder-Konto bei Bank für Gemeinwirtschaft Niederlassung Offenbach Nr. 17 402 829 -11; das Postscheckkonto der Bank ist Frankfurt Nr. 1724 80.

Ein demokratisches Syndikat im Faschismus?

Die Arbeiterkommissionen - Comisiones Obreras, Teil I

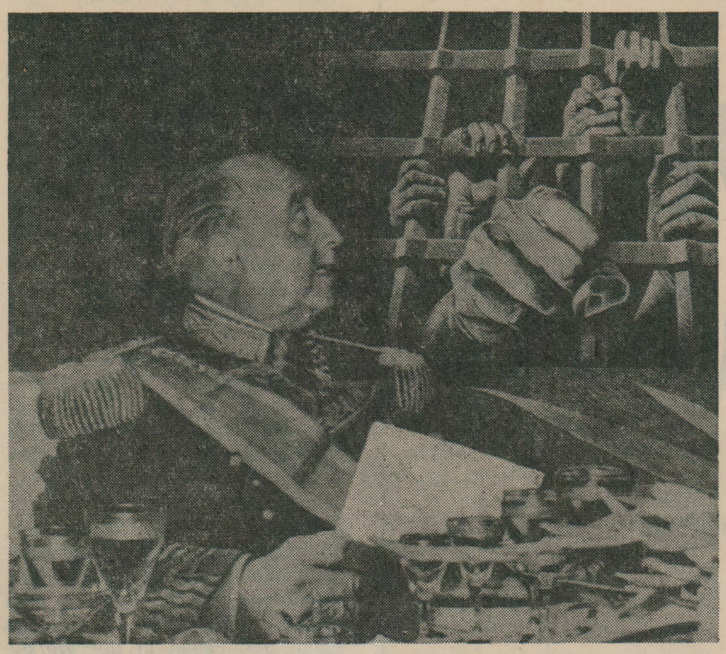
Karl Kuhn
Lothar Maier

Das Entstehen der Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras, CC.OO.) als spontane Selbstorganisation der spanischen Arbeiterklasse ist sowohl als Folge des Scheiterns aller gewerkschaftlichen Bestrebungen der im Exil arbeitenden Oppositionsparteien wie auch als zunächst intuitive Anpassung an veränderte ökonomische Gegebenheiten zu Beginn der 60er Jahre anzusehen.

Die beiden mächtigsten Gewerkschaften der Vorkriegszeit, die der Sozialistischen Partei (PSOE) angeschlossene Unión General del Trabajo (UGT) und besonders die anarchistische Confederación Nacional de Trabajadores (CNT) hatten ihre wertvollsten Kader im Bürgerkrieg und den darauffolgenden schlimmsten Jahren der faschistischen Repression verloren[1] und vermochten angesichts der völligen Illegalität, zu der sie gezwungen waren, keine wirksame gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Beide verwandten ihre Kräfte hauptsächlich auf die Erhaltung und Absicherung der noch verbliebenen Kader. Darüber hinaus entfalteten sie gelegentliche agitatorische Tätigkeiten (Verteilen von Flugblättern u. dergl.) und organisierten exemplarische Protestaktionen wie den Straßenbahnboykott im Januar 1957 in Barcelona[2], die zwar eine gewisse Verdrossenheit in der Bevölkerung aufzeigten, aber ohne jede Folge im Sinne praktischer Zugeständnisse des Regimes blieben. Das Fehlen bzw. die Dürftigkeit des gewerkschaftlichen Unterbaus behinderte wiederum die Entwicklung der Exilparteien.

I. Der ökonomische Hintergrund der neuen Gewerkschaftsbewegung

Zudem standen bis zur Änderung der gesamten Wirtschaftspolitik gegen Ende der 50er Jahre die ökonomischen Gegebenheiten der Entstehung eines neuen Klassenbewußtseins bei den spanischen Arbeitern entgegen: die autarkistische Abschließung des spanischen Marktes und der exzessive Interventionismus der staatlichen Wirtschaftslenkung verhinderten die Entfaltung der in der Wirtschaftsordnung liegenden Widersprüche und führten in der vertikalen faschistischen Einheitsgewerkschaft (Confederación Nacional-Sindicalista) zu Formen neofeudalistischen Hintersassentums. Die Entwicklung der Großindustrie und die verstärkt einsetzende Landflucht schufen neue proletarisierte Schichten, deren Bewußtsein zumeist noch ihrer agrarischen Herkunft und der Kirche verhaftet blieb.



Das Verbot von Streiks und die Unmöglichkeit, auf dem Wege über die von den Unternehmern beherrschte CNS irgendeine Verbesserung durchzusetzen, wurde zu kompensieren versucht durch das den Unternehmern im Arbeitsgesetz (Fuero de Trabajo) auferlegte, die Produktivität nicht eben befeuernde Verbot, einen einmal angestellten Arbeiter wieder zu entlassen, und durch allerlei soziales Blendwerk wie den PIO (Fondo Nacional para el Desarrollo del Principio de Igualdad de Oportunidades), das der Dichotomisierung der Gesellschaftsstruktur ein egalitäres Feigenblatt vorhängte.

Dieses Instrumentarium bewährte sich solange wie die Kapitalakkumulation hauptsächlich vom Staat durch inflationäre Geldschöpfung besorgt wurde und er der Industrie die wölfischeren Formen des in Mitteleuropa noch herrschenden Konkurrenzkampfs ersparte.[3] Erst als im Gefolge der übersteigerten Inflationierung 1957 die idyllische Wirtschaftspolitik der Altfalangisten zusammenzubrechen drohte und die vom Opus Dei in die Regierung lancierten Technokraten eine Gewaltbremsung der Geldentwertung vornahmen, wurde die völlige Übernahme der marktwirtschaftlichen Strukturen des restlichen kapitalistischen Europa unerläßlich.

Liberalisierung der Einfuhr, Abwertung der Peseta und Inflationsstop bewirkten 1959 ein schlagartiges Ansteigen der Arbeitslosenziffer. Mit dem Verlust der wenigen sozialen Sicherheiten, die sie bis dahin noch „genossen" hatte, bezahlte die Arbeiterklasse den Anstieg der Produktivität und die hohen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts. Die Verbindung von staatlicher Beteiligung an Privatbetrieben über das INI (Instituto Nacional de Industria) führte seit 1959 zu einer beispiellosen Konzentration in der spanischen Industrie. „Die 253 Gesellschaften mit mehr als 400 Millionen Pesetas Bilanzsumme, die nur einen unbedeutenden Prozentsatz aller industriellen Gesellschaften bilden (0,1 %), vereinigten mehr als drei Viertel aller industriellen Investitionen auf sich. Mit 17,5 % der Industriearbeiterschaft erzeugen sie über 30 % der Industrieproduktion."[4] Da zudem die Mehrzahl der kleineren Betriebe nur als Zulieferer der Konzerne arbeitet, wird heute der weitaus größte Teil der spanischen Industrie von 0,1 % der Gesellschaften kontrolliert.

Das auch nach der Wirtschaftsreform unzureichende Interesse der Unternehmer an der schnellen Steigerung der Produktivität sollte durch verstärkte Anlockung ausländischen Kapitals angeregt werden. Während vor 1959 der Anlagenwert ausländischen Vermögens in Spanien noch verschwindend gering war, stieg er nun, nach Freigabe der Gewinntransfers und Beteiligungsmöglichkeiten an spanischen Firmen von mehr als 50 %, sprunghaft an: allein in der 1. Jahreshälfte 1969 betrugen die Investitionen US-amerikanischer Konzerne 975 Mio. Pesetas, kanadischer 675 Mio., schweizerischer 226 und westdeutscher 183 Mio. Während des ganzen Jahres 1969 beliefen sich die ausländischen Investitionen auf nahezu 6 Mrd. Pesetas, die jährliche Zuwachsrate liegt bei 30 %.[5]

Die mit der Mechanisierung der Landwirtschaft angestiegene relative Überbevölkerung auf dem Lande, die nicht von der Industrie aufgesogen wurde, konnte durch Entsendung Hunderttausender von Arbeitern in andere europäische Industriestaaten leicht ventiliert werden. Durch die Auswanderung wird nicht nur die Explosion der Unzufriedenheit vermieden, die Lohnüberweisungen der emigrierten Arbeiter tragen auch in gewissem Umfang zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Diese neuen Arbeitsplätze, vorwiegend im Bausektor, werden aber nicht durch Rückwerbung der an mitteleuropäische Löhne gewöhnten spanischen Arbeiter besetzt, sondern durch den Import marokkanischer Arbeiter, die zu einer der größten Profitquellen der spanischen Bauindustrie geworden sind.[6] Z. Zt. befinden sich bereits weit über 100 000 marokkanische und algerische Hilfsarbeiter in Spanien, die nicht (wie viele spanische Auswanderer) im Ausland politisiert wurden, sich häufig mit der Hälfte des staatlich garantierten Mindestlohns von 120 Pesetas zufriedengeben und sich gegen Übergriffe der Unternehmer nicht wehren können, weil sie meist keine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung besitzen. Dieses artifiziell eingerichtete Subproletariat hilft zugleich, die Löhne der spanischen Arbeiter zu drücken.

Die Einführung neokapitalistischer Formen der Wirtschaftslenkung brachte dem spanischen Proletariat verschärfte Ausbeutung bei langsam steigendem Lebensstandard. Am krassesten präsentierte sich das Mißverhältnis zwischen der Zunahme der Löhne und der der Gewinne in den ersten Jahren nach der Reform, da sich eine gewerkschaftliche Gegenmacht noch nicht gebildet hatte und die Wirksamkeit gelegentlicher Protestaktionen durch ihre Vereinzelung beeinträchtigt wurde. Aber auch heute noch sprechen die Zuwachsraten von Löhnen und Gewinnen für sich: während der Mindestlohn für 1971 auf 120 Pesetas festgelegt wurde (eine vierköpfige Familie braucht nach Angabe der Acción Social Patronal, einem Organ der Unternehmer, täglich mindestens 327 Pesetas!) und damit gegenüber dem Vorjahr um 13 % anstieg,

„Diese Zeitschrift setzt neue Akzente.
Die Neue Praxis ist kritisch, progressiv, informativ und unabhänig.
Sie ist das Forum für eine moderne Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Deutschland."

NEUE PRAXIS

Kritische Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

Herausgegeben von Hanns Eyferth, Paul Hirschauer, Klaus Matthiessen, August Oswalt, Hans-Uwe Otto und Kurt Utermann.

Erscheint vierteljährlich mit 80 Seiten im Format 17 x 24 cm.

Neue Praxis ist die neue Zeitschrift für kritische Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Deutschland. Ihr Inhalt: Darstellungen erprobter Praxisobjekte, ausgesuchte wissenschaftliche Beiträge, Interviews, Reports. Die Neue Praxis setzt sich für gründliche und tiefgreifende Reformen in Praxis und Ausbildung ein, sie versucht, Vorurteile und Tabus in der Gesellschaft abzubauen und damit der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik und nicht zuletzt der Gesellschaft selbst neue Wege zu weisen.

Fordern Sie bitte ein kostenloses Probeheft beim Verlag an!

Hermann Luchterhand Verlag GmbH
545 Neuwied, Postfach 1780

erhöhten sich die Unternehmergewinne um durchschnittlich über 20 %. Einige Entwicklungsbanken brachten es 1970 zu Rekordzuwachsraten bei den Gewinnen, wie z. B. 35 % bei Banca Catalana oder gar 166 % bei López Quesada.[7]

II. Spontane Entwicklung neuer Aktionsformen

Die Arbeiter reagierten auf die neue Lage mit spontanen Streiks und Protestaktionen, die zunächst durchweg auf Betriebs- oder Abteilungsebene begrenzt waren und stets einen unpolitischen Charakter trugen. Da der Streik bis Ende 1962 noch mit großen persönlichen Gefahren verbunden war (er konnte u. U. mit dem Tode bestraft werden, wenn ihm die Absicht, das politische System stürzen zu wollen, nachgewiesen werden konnte), wurden vielfältige Formen legalen Protestes entwikkelt, die sich z. T. als recht wirksam erwiesen. Als z. B. die Leitung der Pegaso-Lkw-Fabrik 1960 die Gehälter der leitenden Angestellten um 25 % erhöhte und eine darauffolgende Lohnforderung der Belegschaft mit der Drohung beantwortete, 500 durch Rationalisierungsmaßnahmen überflüssig gewordene Beschäftigte zu entlassen, verweigerte die Belegschaft das Essen in der Werkskantine, boykottierte nach Feierabend die werkseigenen Zubringerbusse und trat einen Massenmarsch zu den öffentlichen Verkehrsmitteln an.[8] Ohne ein Gesetz zu übertreten, war beträchtliches, für die Firma unangenehmes Aufsehen erregt worden. Die Arbeiter der Waggonfabrik von Beasain (Guipúzcoa), ein den Ort beherrschendes Unternehmen, reagierten auf die Streichung von Überstunden damit, daß sie zu festgesetzter Stunde nach Betriebsschluß mit ihren Familien durch das Geschäftszentrum der Stadt „promenierten" und so ein Verkehrschaos hervorriefen. In beiden Fällen hatten die unorthodoxen Kampfmethoden Erfolg.

Der Erfindungsreichtum der spanischen Arbeiter in Augenblicken der Spannung ist eine besonders kennzeichnende Erscheinung des sozialen Kampfes in Spanien. Diese Fähigkeit zu improvisiertem Handeln hat sich trotz Einführung des Streiks als Hauptwaffe eher noch verstärkt: als während des Landarbeiterstreiks im Weinbaugebiet von Jerez (Andalusien) 1970 in einer kleineren Ortschaft eine Anzahl von Mitgliedern der Comisión Campesina verhaftet wurden, unterbrachen ihre Kollegen in Minutenschnelle alle Verbindungen des örtlichen Guardia Civil-Quartiers durch Zerschneiden der Telefonleitungen und Kappen des Funkmasts, drangen mit maskierten Gesichtern in das Gebäude ein, entwaffneten die Polizisten, befreiten die festgenommenen Kollegen und vernichteten alle Personalakten, während andere mit ihren Traktoren die Zufahrtsstraßen blockierten. In weniger als einer Stunde war die ganze Aktion abgeschlossen.[9]

Einen Meilenstein auf dem Wege zur Entstehung einer organisierten gewerkschaftlichen Opposition stellte der asturische Bergarbeiterstreik von 1962 dar. Als Antwort auf Normenerhöhungen (d. h. Lohnerhöhungen, bei steigenden Verkaufserlösen) und Entlassungen in einer asturischen Kohlengrube traten in Nordspanien zum erstenmal über 60 000 Bergarbeiter in den Streik, der bald Unterstützung in anderen Industriezweigen fand und das Regime in den folgenden Jahren zur stillschweigenden Duldung der nach wie vor illegalen Streiks nötigte.[10]

In Asturien hatte sich erstmalig eine inter-betriebliche Kommunikation der von den Arbeitern gewählten Delegierten entwickelt, die eine, wenn auch zeitlich begrenzte Koordination der Kampfmaßnahmen ermöglichte und einen Vorläufer der ständig arbeitenden Kommisionen darstellten, die in den Jahren von 1962-66 organisatorische Gestalt annahmen.

Parade in Madrid

Spaniens Caudillo Franco hat zwei langen Veranstaltungen präsidiert. Um zwölf Uhr mittags nahm er eineinhalb Stunden lang stehend die jährliche Siegesparade der Streitkräfte und der Polizei ab, am späten Nachmittag sitzend die Turner- und Tanzdemonstration der offiziellen Gewerkschaft, bei der auch eine sowjetische Gruppe vor Franco tanzte. An der Militärparade nahmen vierzehntausend Soldaten und Polizisten teil. Neue Waffen wurden vorgeführt. Großen Beifall erhielt, wie gewöhnlich, die spanische Fremdenlegion, an deren Spitze ein in Militäruniform gekleideter und auf einem Ziegenbock reitender Affe erschien.

FAZ 7. 6. 71

III. Die Entstehung der CC.OO. als ökonomische Notwendigkeit

Die erfolgreichen Streiks von 1962, deren Errungenschaften die Industrie durch verstärkte Rationalisierungsbemühungen auszugleichen suchte, enthüllten einen grundlegenden Mangel des Ende der 50er Jahre etablierten neokapitalistischen Systems: es entbehrte des gewerkschaftlichen Faktors als Stimulanz der Produktivität. Die Wirkungslosigkeit der vertikalen Syndikate (im Sinne der Arbeiter) stellte einen immer stärker hervortretenden Widerspruch zu den Notwendigkeiten der neuen ökonomischen Strukturen dar. Darin spiegelt sich auch der Widerspruch zwischen den beiden tragenden Mächten des Regimes: die Technokraten hatten schon 1958, in klarer Erkenntnis dieser Mechanismen, das Gesetz über Tarifabschlüsse (Ley de Convenios Colectivos) durchgebracht, wurden aber an der Realisierung

der ihm zugrundeliegenden Prinzipien durch den altfalangistischen, der lauten Repression mehr vertrauenden Flügel gehindert. Es zeigte sich, daß die entstandene Konsumgesellschaft zum einwandfreien Funktionieren einer gewissen, durch gewerkschaftlichen Druck erzeugten Dialektik bedarf, ja daß gewerkschaftliche Pressionen in bestimmten Phasen der neokapitalistischen Wirtschaft ein

Spaniens Zukunft?

Schlüsselelement des technologischen Fortschritts sind.[11]

Es spricht für die Richtigkeit dieser Überlegung, daß die CC.OO trotz der polizeilichen Verfolgung sich als einzige adäquate Form gewerkschaftlicher Organisation unter den gegebenen politischen Bedingungen dennoch, gleichsam unbewußt, entwickelten - nicht nach irgendeinem Plan, nicht von außen gesteuert (die politischen Parteien im Exil standen der Bewegung anfangs abwartend gegenüber), sondern allein der ökonomischen Dialektik folgend. Ein Zitat von Marcelino Camacho, einem seit 1966 inhaftierten CC.OO. Mitglied, veranschaulicht dies: „Die Undurchschaubarkeit der vertikalen, die Unternehmer mit einschließenden Gewerkschaft und die Abwesenheit oder Wirkungslosigkeit der im Untergrund arbeitenden, zwangen uns Arbeiter, da wir der Staatsgewerkschaft mißtrauten, jedesmal dann eine Kommission zu wählen, wenn es galt, dem Abteilungleiter oder dem Unternehmer eine Forderung vorzutragen. Diese Kommission wurde in den jeweiligen Abteilungen gewählt, versuchte die Forderung durchzusetzen und legte den Arbeitern Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Nach Erreichen einer Verbesserung löste sie sich wieder auf. So entstanden und verschwanden im Laufe mehrerer Jahre Tausende von Kommissionen mit den Problemen, die sie beschäftigten, bis die bewußtesten Kämpfer sich über diese Aktionen hinaus zusammenschlossen und erkannten, daß die neue Form gefunden war, die die Arbeiterklasse spontan zu ihrer Verteidigung geschaffen hatte, unter bestimmten historischen Bedingungen."[12]

Die erste dauerhafte Kommission entstand 1964 in Madrid. In einem Bericht der Provinzkommission heißt es hierzu: „Angesichts der Notwendigkeit, eine 20%ige Lohnerhöhung in der Metallindustrie durchzusetzen, entstanden die ersten Kontakte unter den Metallarbeitern von Pegaso, Marconi, Perkins und CASA. Hieraus entwickelte sich spontan die Provinzkommission der Madrider Metallindustrie, und zwar auf einer Versammlung von ca. 600 Arbeitern dieses Berufszweiges: von Vertrauensleuten, Kommissionsmitgliedern und Gewerkschaftlern aus der CNS. Diese Versammlung fand im Verwaltungssitz der Provinzgewerkschaft Metall in Anwesenheit des Vizesekretärs der Metallgewerkschaft für die Provinz-Sozialabteilung (Sección Sozial), des Vorstands der Metallgewerkschaft und anderer Vertreter der staatlichen Gewerkschaftsorganisation statt."

Diese Darstellung dokumentiert den von den CC.OO. von Anfang an erhobenen Anspruch auf völlige Legalität und das dank der Unterstützung durch die unteren Ränge der Staatsgewerkschaft möglich gewordene öffentliche Auftreten, das die CC.OO. unter Inkaufnahme zeitweiliger Rückschläge (Verhaftungen, Suspension von Delegierten) beibehielten und das zu einem wesentlichen Faktor ihres Erfolges wurde.

IV. Dominierende Kräfte in den CC.OO.

Obgleich die CC.OO. in ihren offiziellen Dokumenten stets den Anspruch parteipolitischer Unabhängigkeit und Offenheit gegenüber allen demokratischen politischen Kräften erheben, operieren sie nicht im politischen Vakuum. Nachdem sie ihre Brauchbarkeit zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen der Arbeiter bewiesen hatten, versuchten vielmehr die bestehenden politischen Gruppierungen der Opposition, mit unterschiedlichem Erfolg, auf die CC.OO. Einfluß zu nehmen. Die Stärke dieser Einflüsse ist sowohl regional als auch nach Produktionszweigen verschieden. Dabei fällt zunächst ins Auge, daß die beiden stärksten gewerkschaftlichen Organisationen der Vergangenheit, die der PSOE angeschlossene UGT und die CNT keinen entsprechenden Einfluß auf die CC.OO. nehmen konnten. Ihre Anhänger finden sich zumeist in Randpositionen und müssen nich nicht selten um ihre bloße Existenz kämpfen. Dazu trägt die inkonsequente Politik der PSOE bei, die zwar die CC.OO. zu unterstützen vorgibt, aber zugleich ihre alte, fast bedeutungslos gewordene Gewerkschaft UGT beibehält. Auch die Haltung der PSOE zu grundlegenden Fragen der Strategie der CC.OO. ist zwiespältig; so empfahl sie den CC.OO., entgegen der von diesen von Anbeginn verfolgten Linie, den Boykott der Syndikatswahlen im Mai 1971 - möglicherweise in der Erkenntnis, daß die CC.OO. schon weithin zu einer Domäne der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) geworden sind und ihre Weiterentwicklung in der bisherigen Weise der Sozialistischen Partei nicht mehr genehm sein kann. Die PSOE findet sich damit eigentümlicherweise in der Gesellschaft der PCE (ML) und der trotzkistischen Liga Comunista Revolucionaria wieder. Die FLP (Volksbefreiungsfront) und die fast gänzlich einflußlos gewordene POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista, Trotzkisten) verhielten sich ebenso. In der Praxis überließen diese Kräfte damit das Feld kampflos der PCE, die sich in den für die CC.00. so überaus erfolgreichen Syndikatswahlen stark engagiert hatte und zu Recht den Wahlerfolg auch als ihren eigenen Triumph bezeichnen konnte.

Bezüglich der PCE kann davon ausgegangen werden, daß sie die

aktion dritte welt

Paperliste

Friedhelm Hemmerich, Entwicklungsschwindel oder wem nützen Privatinvestitionen. 80 Pfg.

Schütt-Mogro, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas. 50 Pfg.

Henning Topf, Privatinvestitionen = Entwicklungshilfe? 50 Pfg.

Arbeitsgruppe Dritte Welt Tübingen, Konzerne der BRD in Brasilien. 50 Pfg.

Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften der Bundesrepublik Deutschland. 30 Pfg.

Georg Stingl, Die Lage Namibias und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopmund. 50 Pfg.

Henning Topf, My Lai in Afrika — Warum wir gegen Cabora Bassa sind. 40 Pfg.

Die Unterstützung des südafrikanischen Nazismus durch Westdeutschland. 60 Pfg.

Frank Kürschner, Rassismus in Südafrika. 30 Pfg.

GIZ Göttingen Unterstützung von Kolonialismus und Rassismus durch die Bundesregierung. 40 Pfg.

Dom Helder Camara, Deutschland schuldet der Welt ein Beispiel. 50 Pfg.

Dokumente zur Entwicklungsländerpolitik 1, Horst Dumke, Bilaterale Kapitalhilfe der BRD. 60 Pfg.

Dokumente zur Entwicklungsländerpolitik 2, Auszug aus „The Concept of Economic Cooperation in Southern Africa". 30 Pfg.

Aktion Dritte Welt, Wirtschaftsstruktur und Individualverhalten. 30 Pfg.

Prof. Gerhard Kade, Umweltverschmutzung nur ein technisches Problem? 50 Pfg.

Prof. Gerhard Kade, Planung der Zukunft — Technokratie im Spätkapitalismus. 70 Pfg.

Prof. Gerhard Kade, Politische Ökonomie heute. 60 Pfg.

blätter des iz3w, Nr. 6/7 1971 (ohne Beilagen) 1,50 DM.

blätter des iz3w, Nr. 8 1971 (ohne Beilagen) 1,— DM.

Stellungnahme der Vereinbarung deutscher Wissenschaftler zu Cabora Bassa. 30 Pfg.

Akafrik-Report 1/71, Kirche, Rassismus und Kolonialismus. 80 Pfg.

Akafrik-Report 2/71, Programm zum „Lusitanischen Popanz". 60 Pfg.

SAALA Heidelberg, Zur Theorie und Praxis der Befreiungsbewegungen. 1,50 DM.

Norbert Lechner, Unterentwicklung und Imperialismus in Lateinamerika. 1,— DM.

PGI Freiburg, Mexico '70, Info Subversiv. 1,— DM.

Sietse Bosgra, Cabora Bassa — ein Damm gegen die Afrikaner. 1,50 DM.

Hellmut Haug, Jürgen Rump, bibel provokativ. 2,50 DM.

Die dritte Welt als Bildungsaufgabe. 1,50 DM.

basis 1/2, Kritik am Ostblock. 1,— DM.

basis 3, Kritik des Strafvollzugs, Kriminalität und Gesellschaft. 80 Pfg.

Otto Kreye, Nicht nur eine Handvoll Reis. (nur Porto u. Verpackungsk.)

Medellin-Dokumente. (nur Porto u. Verpackungskosten).

Dritte Welt — Strukturdaten der Unterentwicklung. (n. Porto u. Verpackungsk.).

Dr. Hartmut v. Lehn, Indien — China. Zwei Entwicklungswege. (nur Porto u. Verpackungskosten).

Plakat „Ordnung muß sein". 50 Pfg.

Plakat „Wohlstand für alle", 40 Pfg.

Plakat „Nicht zuschauen — Ändern". 80 Pfg.

Plakat „Heintje". 30 Pfg.

Plakat „Portugal mordet mit NATO-Waffen in Afrika" (1). 50 Pfg.

Plakat „Portugal mordet mit NATO-Waffen in Afrika" (2). 60 Pfg.

Plakat zur Rohrzuckerkampagne. 50 Pfg.

Plakat „Cabora Bassa — Steckbrief" 1,— DM.

Lieferung nur gegen Vorauszahlung (am einfachsten in nichtentwerteten Briefmarken beilegen).

Bestellungen an

aktion dritte welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20 a

CC.OO. der industriellen Hauptzentren, ausgenommen vielleicht die baskischen Provinzen, beherrscht. Am deutlichsten ist diese Vorherrschaft in den Sektoren der Metall-, Bau- und Druckindustrie, die zugleich die kämpferischsten Teile der CC.OO. darstellen. Auch in der überregionalen Organisation der CC.OO. haben die Kommunisten starken Einfluß; eine Analyse der wichtigsten offiziellen Dokumente der CC.OO. läßt darauf schließen, daß die meisten davon unter maßgeblicher kommunistischer Mitarbeit entstanden sind. Ein grösserer Einfluß der PCE (ML) auf die CC.OO. Bewegung ist nicht erkennbar, wenngleich sie versucht, das Ausbrechen bestimmter Arbeitskämpfe ihrer Agitation zuzuschreiben.[13]

Eine überall minoritäre, aber dennoch beachtliche Position vermochten sich die katholischen Hermandades Obreras de Acción Católica (HOAC, Arbeiterbruderschaften), zu sichern. Sie werden vornehmlich von progressiven jungen Priestern unterstützt, in ihrer Entfaltung aber immer wieder durch die kirchliche Hierarchie behindert.

Im Baskenland dürfte auch die ETA beträchtliches Gewicht in der Organisation der CC.OO. haben, das sich jedoch mangels Informationen nicht gegenüber anderen Gruppen abgrenzen läßt.

V. Zielgruppen der Comisiones Obreras

Die Bezeichnung Arbeiterkommisionen bedeutet nicht, daß die CC.OO. sich ausschließlich an Arbeiter wenden. Zwar gehen die CC.OO. davon aus, daß die Arbeiterklasse die Hauptlast des antifaschistischen Kampfes tragen muß, da sie die am meisten verfolgte und ausgebeutete Klasse ist, sie erkennen aber an, daß der Sturz der Diktatur und der gewerkschaftliche Kampf in den Betrieben nicht ohne das Bündnis mit anderen sozialen Schichten zu leisten ist. Daher wenden sich die CC.OO. in starkem Maße auch an Angestellte und Techniker, besonders bei den letzteren mit zunehmendem Erfolg. Dem kommt eine gewisse Tradition dieser Schichten entgegen: schon während des Bürgerkrieges hatte sich die Masse der technischen Intelligenz auf die Seite der Republik gestellt. Aufgabe dieser Gruppen ist es vor allem, mittels Analysen die Strategie des Kapitals transparent zu machen; z. B. bei Lohnverhandlungen genaue Untersuchungen über die Wirtschaftsweise und -lage eines Betriebs anzustellen, um die von den Unternehmern vorgeschobenen „Sachzwänge" gegen sie selbst wenden zu können, oder neu durchgeführte Arbeitsplatzbewertungen zu überprüfen, um sie anfechten zu können und den Arbeitern das Maß ihrer Ausbeutung vor Augen zu führen. Insgesamt sehen die CC.OO. in der Gewerkschaftsarbeit von Angestellten und Technikern nicht so sehr eine quantitative, als vielmehr eine qualitative Verbesserungsmöglichkeit ihrer Arbeit.[14]

Schließlich ist noch der landwirtschaftliche Zweig der CC.OO., die Comisiones Campesinas (CC.CC.) zu erwähnen, die sich in den letzten 2-3 Jahren gut entwickelt haben. Sie wenden sich hauptsächlich an Landarbeiter und Kleinbauern und treten mit der auch von der PCE ausgegebenen Parole „Das Land dem, der es bearbeitet" auf, die für die Landarbeiter ebenso wie für die zahlreichen Kleinpächter sehr attraktiv ist. Ihre stärkste Position haben die CC.CC. in Andalusien, Extremadura und in Teilen Neukastiliens, wo das Ausbleiben der seit 1936 vom Regime versprochenen Landreform unter den Landarbeitern auf den Latifundien zu einer gewissen Radikalisierung geführt hat. Den Beweis dafür lieferte der Streik im Weinbaugebiet von Jerez, wo 1957 die Gesamtheit der Landarbeiter (überwiegend Taglöhner) mitten während der Ernte die Arbeit niederlegte und eine Reihe von Verbesserungen erzwang. Aber auch in anderen, ökonomisch besser entwickelten Gebieten ohne Latifundienbesitz finden die CC.CC. Widerhall. Dies zeigt z. B. der gegenwärtig im Gang befindliche „Milchkrieg" in Nordspanien.

(Teil 2 folgt in „links" Nr. 27)

Anmerkungen zu den Kapiteln I – V

1) Max Gallo, Histoire de l'Espagne Franquiste, Paris 1969, S. 72 ff. – und Erich Gerlach, Das Organisationskonzept der revolutionären Syndikalisten in Spanien 1931, in: Politikon Nr. 35/1971.
2) Bernhard Schütze, Rekonstruktion der Freiheit, Suhrkamp 298, S. 38.
3) Martin Raisch, Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Spanien, in: Das Argument Nr. 24 (1963) S. 34 ff.
4) Lázaro Mancha, La gran empresa en España, in: Información Española Nr. 58, Mai 1971.
5) Vgl. Emilio Ruiz, Spanien und das ausländ. Kapital, in: links Nr. 9, März 1970, S. 22.
6) Anton Dieterich, Spanien entsendet und empfängt Gastarbeiter, Stuttgarter Zeitung vom 11. 5. 1971.
7) Lázaro Mancha, Salario minimo-beneficio máximo, in: Inform. Espaóola Nr. 57, April 1971.
8) Vgl. Erich Gerlach, Die span. Gewerkschaftsbewegung und die Streiks im Frühjahr 1962, Das Argument Nr. 24, S. 40.
9) Bericht eines nach Frankreich desertierten Guardia gegenüber d. Verfasser.
10) Gerlach, a.a.O. S. 14 ff.
11) Alfonso C. Comin, Politica sindical en la empresa, in: Ruedo Iberico Nr. 8, 1966, S. 14 ff.
12) Marcelino Camacho, Presente y futuro del movimiento sindical, zit. n. Comin, a.a.O. S. 18.
13) Vanguardia Obrera (Hrsg. ZK der PCE/ML), März-April 1971.
14) Vgl. Ignacio Gallego, Las elecciones sindicales en el Campo, in: Mundo Obrero, (Hrsg. ZK der PCE), 30. 5. 1971.

TRIKONT

ZUR TARIFRUNDE

Die Entwicklung der Gewerkschaftsopposition an der Klöckner-Hütte Bremen

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 21
ANTIGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF ODER KAMPF IN DEN GEWERKSCHAFTEN?
WIELAND ESCHENHAGEN
Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie / Erfahrungen in Bremen

Neuerscheinung 183 Seiten DM 9,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 25

GEWERKSCHAFT UND ARBEITERKLASSE

VIKTOR AGARTZ
Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung

Koalition statt Klassenpolitik / Die Sterilisierung durch Neutralität / Die Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System / Sozialer Kapitalismus und Mitbestimmung / Der politische Streik / Die EWG / Expansive Lohnpolitik
Neuerscheinung Herbst 1971 ca. 100 Seiten ca. DM 6,80

ROSTA KINO

ROTES STUDENTEN ARBEITER KINO

Das ROSTA KINO ist ein Filmverleih, der – vor einem Jahr von relegierten Studenten der Berliner Filmakademie gegründet – begonnen hat, den gezielten Verleih progressiver politischer Filme zu organisieren. Unter einem gezielten Verleih verstanden wir dabei den Einsatz der Filme für die aufklärerische und propagandistische Arbeit von Gruppen der sozialistischen Bewegung, wobei es uns ganz wesentlich darum ging, Einsatz und Aufnahme unserer Filme ständig kontrollieren und beeinflussen zu können. Diese Konzeption der Filmverteilung hat sich durch unsere Erfahrungen bestätigt und wird weiterhin die Hauptseite unserer Arbeit bestimmen. Allerdings wurden im Laufe dieses ersten Jahres einige Filme von solcher Qualität und Eindeutigkeit hergestellt, bearbeitet und gesammelt, daß es uns wichtig erscheint, sie einem breiteren – an Politik und Film interessierten – Publikum vorzustellen. Deshalb haben wir die bewährtesten und allgemein verständlichsten Filme unseres Bestands zu fünf abendfüllenden Programmen zusammengestellt, die wir innerhalb der nächsten drei Monate an Universitäten, Volkshochschulen, Filmclubs, Jugendorganisationen, Gewerkschaften etc. verleihen.

Jedes der Programme stellt jeweils einen inhaltlichen Komplex von mehreren Seiten dar und eignet sich vorzüglich als attraktives Anschauungsmaterial für weitergehende Diskussionen und Referate. Keines der Programme gibt sich „objektiv", keiner der Filme verhehlt sein Engagement – um Objektivität besorgte Institutionen mögen unseren „roten" Programmen „schwarze" Programme aus dem Katalog der Landesbildstellen oder amerikanischer Propagandaarchive gegenüberstellen. Zusammengenommen ergeben die vorgeschlagenen Programme die Möglichkeit einer beschränkten Retrospektive des politischen Films aus Europa, USA und Ländern der Dritten Welt, wie er in der Bundesrepublik seit Beginn der Studentenbewegung in zunehmendem Maße eingesetzt wird.

Die einzelnen Programme setzen sich aus je zwei bis drei 16 mm-Filmen zusammen, mit einer reinen Spielzeit von 50 bis 90 Minuten. Jedes Programm kostet bei einmaliger Vorführung 150,– DM. Erträge aus dieser Gebühr dienen ausschließlich zur Erhaltung des Verleihs und zur Anschaffung neuer Kopien. Bei Abnahme mehrerer Programme sind wir bereit, die Gesamtgebühr auf Antrag zu reduzieren (z. B. 5 Programme = 500,– DM).

Interessierten politischen Gruppen können wir das ausführliche Verzeichnis aller von uns verliehenen Filme zuschicken. Bestellungen sollten so bald wie möglich mit mehreren in Fage kommenden Terminen gemacht werden, um uns eine vernünftige Koordination zu ermöglichen.

ROSTA KINO 1 BERLIN 30 EISLEBENER STR. 14
TEL. 03 11 / 24 11 30

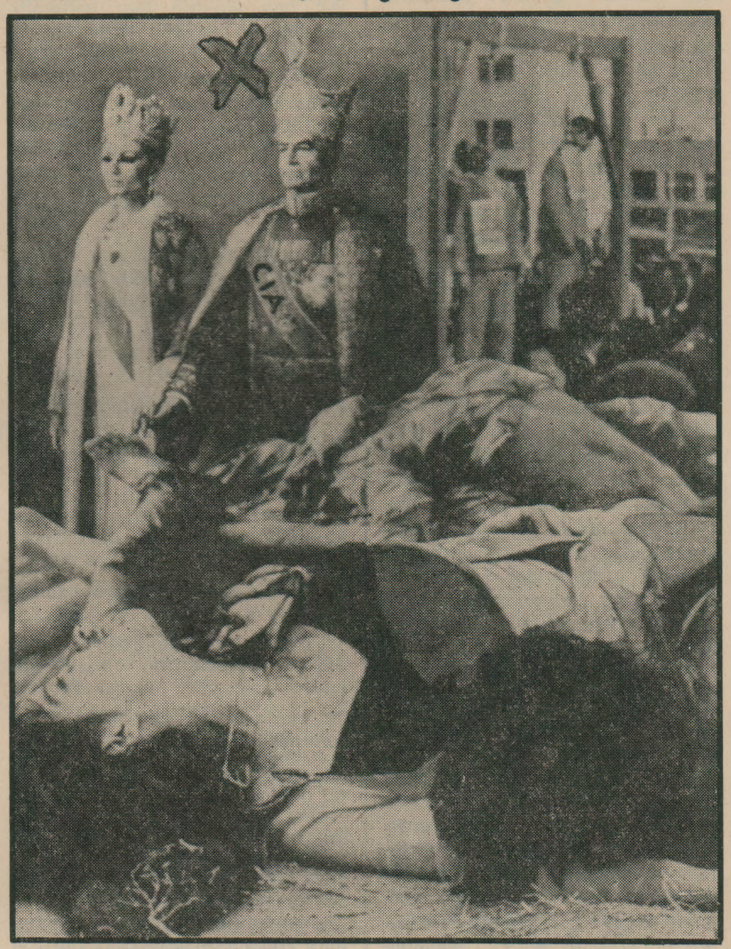
Für ein befreites Persien

Neben einem starken Berufssoldaten-Heer, Polizei und Gendarmerie unterhält der Schah von Persien den 60 bis 80 000 Beamte starken Geheimdienst SAVAK.

20 000 politische Gefangene sind seit Jahren in Zuchthäusern und KZ's den Folterungen der SAVAK ausgesetzt.

WANTED

Reza Pahlewi z. Zt. Schah von Persien, Alter: 51
– gemeingefährlich –



Dieses Plakat (Format DIN A 2) zusammen mit dem „Iran-Report zur Feier der 2500-jährigen iranischen Vorgeschichte" kann bezogen werden durch Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Preis DM 2,– (bitte in Briefmarken beilegen).

In Persien sterben 23 % der Säuglinge im ersten Lebensjahr an Unterernährung und wegen mangelnder medizinischer Versorgung. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Iraners beträgt 38 Jahre.

Für das 30-Millionen-Volk stehen 750 Krankenhäuser und Entbindungsstationen zur Verfügung (davon sind allein die Hälfte in der Zweimillionenstadt Teheran).

70 % der Bevölkerung sind Analphabeten.

Das durchschnittliche Einkommen eines Industriearbeiters mit einer 5-köpfigen Familie beträgt 85 bis 90 DM im Monat (ein Landarbeiter verdient wesentlich weniger).

40 % der Familien leben in einem Raum (für ein Einzelzimmer in Teheran müssen mindestens 50 DM bezahlt werden).

Seit einigen Monaten besteht in Persien praktisch ein Ausnahmezustand: Alle potentiellen Oppositionellen werden vorbeugend in die überfüllten Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt, um einen reibungslosen Ablauf der „Feier" zu garantieren.

Um was für eine Feier geht es?

Vom 13. bis 18. Oktober dieses Jahres finden in Persepolis die „Feierlichkeiten zum 2 500-jährigen Bestehen des persischen Kaiserreiches" statt. Dafür sind auch in der BRD gründliche Vorbereitungen von der Bundesregierung und der Industrie getroffen worden, um den Glanz des „fortschrittlichen persischen Kaiserreiches von heute", in Anlehnung an die „glorreiche Vergangenheit", auszudrücken.

Bundespräsident Heinemann wird nach Persien fahren. Bundeskanzler Brandt, Bundestagspräsident von Hassel, die Bundesminister Scheel und Jahn, der Westberliner Regierende Bürgermeister Schütz, die Herren Kiesinger, Strauß, Wischnewski und Lücke, die Repräsentanten des westdeutschen Kapitals Fritz Berg (BDI-Ehrenpräsident), Joachim Zahn (Mercedes), Josef Rust (Vorstand Wintershall AG), Hans Harms (Merck), Peter von Siemens und ihre Wasserträger Volker von Hagen (ZDF), Immanuel Birnbaum (Süddeutsche Zeitung), die Rundfunkintendanten Mai (Saarländischer Rundfunk) und Steigner (Deutsche Welle), Egon Freiherr von Mauchenheim (Deutscher Presserat), Senator Franz Burda (Bunte Illustrierte etc.) und F. Ziegler (Betreuer der Praktikanten und ausländischen Studenten der C. Duisberg-Gesellschaft) sind unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Heinemann Mitglieder eines „Ehrenkomitees der Bundesrepublik Deutschlands zum 2 500-jährigen Jubiläum der iranischen Monarchie".

Die Feier ist eine Unverschämtheit. Eine geschichtliche Kontinuität des persischen Kaiserreiches über 2 500 Jahre hat es sowenig gegeben wie die Bundesrepublik von Theoderich dem Großen abstammt. Die gegenwärtige Schah-Dynastie ist vor weniger als 50 Jahren im Wege des Staatsstreiches an die Macht gekommen und hat nie aufgehört, eine blutige und barbarische Despotie zu sein.

Die Feier von Persepolis soll das persische Volk eine Milliarde Dollar kosten. Jeder Staatschef, der zur Feier erscheint, erhält einen golddurchwirkten Perserteppich mit seinem Portrait. Die Bundesrepublik wird in diese Farce erhebliche Steuergelder investieren.

Es handelt sich jedoch nicht nur um eine Farce, sondern um eine öffentliche Darstellung eines verrotteten Systems als eine Realität, einer Regierung, die sich durch Verbrechen aufrecht erhält, als fortschrittlich. Dies soll der Weltöffentlichkeit und dem persischen Volk vorgespiegelt werden.

Wir, die Unterzeichner, protestieren gegen die Kollaboration der Bundesregierung und der öffentlichen Massenmedien mit dem persischen Despotismus. Das einzige wahre an dieser persischen Tradition sind 2 500 Jahre Despotie.

Wir solidarisieren uns mit der demokratischen Opposition im Iran und der Conföderation Iranischer Studenten (Nationalunion) CISNU.

Wir rufen auf:

Bildet Solidaritätskomitees,
Organisiert Informationsveranstaltungen und Kundgebungen, macht soviel Gegenpropaganda wie die Bundesregierung und das „Ehrenkomitee" Schah-Propaganda machen. Unterstützt die Aktionen der CISNU!

Initiatoren und Erstunterzeichner: Ernst Bloch, Heinz-Joachim Heydorn, Alexander Kluge, Oskar Negt, Bianca Riemann, Jürgen Seifert, Gert Schäfer, Herbert Stubenrauch, Klaus Vack, Dawud Gholamasad (für die CISNU).

Spenden an Konto Bierig/ Gholamasad „Solidaritätskomitee Persien" Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt Nr. 10 058 990. Kontaktadresse: Bierig, 6 Frankfurt 50, Im Uhrig 22.

Notiz für Feinschmecker

Totalkosten für ein in Teheran errichtetes Denkmal aus Anlaß der „Feier" 35 000 000 DM. 2 Hotels für ausländische Journalisten in Persepolis 100 Millionen DM. Zusätzlicher Bau eines provisorischen Flughafens in Persepolis. Neue Autobahn von Persepolis nach Schiras. Fernsehsatelliten und Telefoneinrichtungen in Persepolis für ungefähr 275 Millionen US-Dollar, um allen ausländischen Gästen einen Telefonanruf direkt von Persepolis ins Heimatland zu ermöglichen. Zeltstadt, bestehend aus 50 Zelten. Ein Zelt heißt: für den jeweiligen Staatsmann mit Diener je ein Badezimmer mit Marmorbadewanne und allem Komfort. Je ein Schlafzimmer für Staatsmann und Diener, mit Perserteppichen ausgelegt, Möbel à la Louis XV aus Paris geliefert, die Zeltwände mit Samtstoff bespannt, alle Räume mit Telefon und anderem Komfort. Durchmesser des Königszelt: 34 Meter. Das Festzelt aus 35 000 Meter indischer Seide erbaut. Für die „Feier" werden extra in Persepolis eingerichtet: 1 Spielkasino, 16 Damenfriseursalons, 1 Herrenfriseursalon, 1 Schönheitsinstitut. Maxim von Paris wird die Speisen zubereiten. Diese, erstklassige Weine und 5000 Flaschen Champagner, werden aus Frankreich eingeflogen. 50 Tonnen persischer Kaviar werden serviert (1/8 der Weltproduktion). Das Festkomitee hat mit der Firma Schufage in Teheran Verträge abgeschlossen über 8,5 Millionen Tuman für Lieferungen von Trinkgläsern und auch über 5 Millionen Tuman für Lieferung von Fahnen und Standarten. 5 Tonnen Goldmünzen wurden geprägt mit dem Schahkopf und Szenen von Persepolis als Gabe für die Gäste. 40 Seitenteppiche als Geschenk für ausländische Herrscher mit deren Portrait aus Goldfäden in die Teppiche eingeknüpft. 4 Millionen bunte Glühbirnen, 11 Millionen Fassungen, 7000 Rollen Draht à 100 Meter für die Beleuchtung der öffentlichen Gebäude in Teheran. Die Einladungen wurden mit goldenen Buchstaben auf Rehhaut, wie zur Zeit Xerxes, geschrieben, in Teakholzkästchen, die mit Einlegearbeiten verziert sind, verschickt.

Versuch eines politischen Verlages

Es hat sich im Zerfallsprozess der „neuen Linken" der schlechte Brauch eingebürgert, jeden kollektiven Versuch, zu neuen praktischen Formen politischer Arbeit zu finden, vorweg mit einem „Selbstverständnis" zu begleiten. Gegenüber manchen naturwüchsigen und konzeptionslosen Initiativen der vergangenen Studentenrebellion mag das zunächst begründet scheinen, falsch aber wird es dann, wenn solche „Selbstverständigungen" durch rezitativen Gebrauch von Klassikersätzen die Lösung eines Problems als erbracht vorspiegeln, das es allererst im einzelnen theoretisch und praktisch zu entfalten gilt: nicht durch Umbenennung studentischer Zirkel in proletarische „Partei"-ansätze auf Beschwörungsformeln eines Zusammenhangs zu bestehen, der praktisch nach wie vor nicht besteht, sondern zunächst zu prüfen, wie eine theoretische und praktische Selbstkritik der vergangenen Rebellion zu führen ist, die überhaupt erst den Aufschluß über das tatsächliche und damit das mögliche Verhältnis von Studenten- und Arbeiterbewegung geben kann.

Im weiteren Umkreis dieser Selbstkritik liegt die Konzeption des MERVE-Verlages, d. h. die Konzeption unserer Reihe „Internationale Marxistische Diskussion". Sie schließt freilich damit schon mehr ein als eine nur auf die deutsche, gar nur auf die Berliner Rebellionserfahrung beschränkte Kritik, nämlich den Blick darauf, wie die westeuropäische und amerikanische „Neue Linke", die von ihrem besten Selbstverständnis her immer schon internationalistisch war, sich weiter entwickelt und, je verschieden, Antworten auf die gleichen Probleme zu geben versucht, die auch die unseren sind.

Daraus wird klar, daß dies nicht bloße Beschreibung der Praxis der ausländischen Gruppen sein kann, sondern immer auch der auf diesem praktischen Hintergrund verallgemeinerte Reflex, der sich in den theoretischen und strategischen Texten der Gruppen ausdrückt; erst so kann ihre Praxis sinnvoll diskutiert werden. Eine Vorbedingung ist dazu allerdings erforderlich: daß das Verlagskollektiv einen, wie immer kritischen, engen Zusammenhang mit den arbeitenden politischen Gruppen in der BRD unnd Westberlin hat, um nicht selbst hinter einen schon erreichten Stand der Diskussion zurückzufallen. — Die Genossen, die vor mehr als einem Jahr mit der Verlagsarbeit begannen, haben diesen Zusammenhang dadurch zu gewährleisten versucht, daß sie als Individuen in den Gruppen, aus denen sie kamen, weiterarbeiteten.

Der Anspruch unseres Kollektivs, ein sozialpolitisches zu sein, erstreckt sich nicht nur auf die kritische Auswahl zu publizierender Texte, sondern ebenfalls auf die Prinzipien unserer Arbeit selbst, also darauf, wo der geheime Ökonomismus anderer mehr oder weniger linker Betriebe oft an-

„Es ist kein Zufall, daß die vielen komplizierten Gedanken, die sich in den letzten Jahren von außen und von oben zum Proletariat 'herabgelassen haben', oder in den Fabriken und Schulen fast wie 'übernatürliche' Wahrheiten 'verkündet' werden, von den Proletariern abgeglitten sind wie das Wasser vom Rücken der Seehunde. So endeten viele Experimente der Gruppen." Aus L. Della Mea: Zur Strategie und Organisation von „Lotta Continua", Internationale Marxistische Diskussion Nr. 18.

fängt. Gemeint ist die „ökonomische Rationalität" der betrieblichen Arbeit oder jene Verwechslung von effektiver sozialistischer Arbeit und technokratischer Rationalität der Arbeitsorganisation.

Die technokratische Arbeitsorganisation ist immer kapitalistisch und schließt in der institutionellen Trennung von Kopf- und Handarbeit Ausbeutung ein, auch dann, wenn der ganze „Apparat" sozialistische Ziele verfolgt und Profite kontrolliert sind. Nicht daß wir meinen, Arbeitsteilung müsse im empirischen Sinn aufgehoben werden, alle müßten alles machen und Arbeitsteilung schlechthin sei der Keim des Kapitalismus; sondern so, daß Arbeitsteilung, wie sie anscheinend so naturwüchsig sich ergibt, ständig diskutiert wird, technologisches Funktionswissen nicht zur Herrschaft verfestigt, Theorievorsprünge solidarisch „vermasst" werden, und Arbeit in diesem politisierten Sinn „geplant" werden kann. Anders nämlich als vor allem dann, wenn man unbefragt kapitalistische Strukturen der Arbeit zur Erreichung sozialistischer Ziele einsetzt, vielleicht noch behauptet, der beste kapitalistische Betrieb sei dem Sozialismus gerade gut genug, — das ist die Verdoppelung des Bewußtseins in ein empirisches und ein abstraktes, als reine Zweck-Mittel Ideologie. Das doppelte Bewußtsein aber ist die Grundstruktur des falschen.

Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen hat so verstandene Kollektivarbeit ihre äußeren, notwendigen Grenzen: Spätestens beim Binden der Broschüren werden Hilfsarbeiter ausgebeutet, die 500 mal und mehr dieselbe Handbewegung machen. Es gehört zur ständigen Agitation des politischen Bewußtseins, dafür nicht blind zu werden.

Daß der Rückendeckel unserer Hefte von „Selbstagitation" spricht, ist buchstäblich, daß wir kein „Profitunternehmen" sein wollen grundsätzlich gemeint. Dem liegt eine politische Erfahrung zugrunde, die im gewissen Sinn das einzige Konstituens der Studentenbewegung war, das sie politisieren konnte: eine Solidaritätserfahrung, die sich durch alle Irrationalismen der bürgerlichen Gesellschaft hindurch als Möglichkeit „nicht-repressiver Kommunikation", auch noch durch die selbst produzierten Aggressionen hindurch, einstellen konnte, und die in der Tat eine, wenn auch durch die studentische Form der Kommunikation stark verkürzten, lebenspraktische Vermittlung politischer Praxis herstellen konnte.

Insofern diese Erfahrung als eine radikale Kritik des bürgerlichen Individuums auch ein „anderes Verhältnis von Produktion und Konsum" (il manifesto) konstituieren konnte und nicht nur in der BRD Ansatz der anfänglichen Strategienbildung war, geht sie ebenso zentral in den Gegenstand unserer politischen Arbeit, also der Publikation von Texten der Internationalen Diskussion ein. Aber hier in ganz anderen, den studentischen Anfängen gegenüber stark kritischen Zusammenhängen: Vor allem in Frankreich und Italien gibt es sowohl eine Kontinuität des politischen Kampfes seit den 30er Jahren, als auch einen sehr frühen Zusammenhang von Studenten- und Arbeiterkampf, so daß jene historisch neuen Emanzipationsstrategien, die verkürzt und antiautoritär auch in der BRD-Rebellion sichtbar wurden, gar nicht bei „den Studenten" allein, sondern in der politischen Kampfbewegung, an der sie Anteil hatten, entstehen konnten.

In den Kämpfen des Pariser Mai und des heißen Herbstes fanden sie ihren Ausdruck darüberhinaus in einer praktischen Revisionismuskritik, da augenfällig wurde, daß die traditionellen Arbeiterparteien völlig unfähig waren, positiv auf die Kämpfe Einfluß zu nehmen, ja sie sogar zu verhindern versuchten. Ein entscheidendes Thema unserer Verlagspolitik ist folglich, diese Entwicklung anhand der theoretischen Reflexionen und Strategien, die die aktiven Gruppen Italiens und Frankreichs auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen entwickelten, systematisch darzustellen.

Ein zweites geht damit zusammen: Auseinandersetzungen um adäquate Revolutionsstrategien sind immer auch zugleich Auseinandersetzungen mit marxistischen Theorietraditionen, in letzter Instanz mit Marx selbst; und wenn in den westeuropäischen Studentenbewegungen vor allem Theorien Marcuses, der Kritischen Theorie und teilweise auch Sartres wirksam sind, wenn man weiterhin betrachtet, welche Kehrtwendung manche Gruppen hin zu einem „reinen Marxismus-Leninismus" als Systemcodex der Revolution unternehmen, wird der Sinn deutlich, den eine mehr innertheoretische Diskussion um Marx'sche Erkenntniskritik, Kritik der Ökono-

internationale marxistische diskussion

Merve-Verlag

1. charles bettelheim: über das fortbestehen von warenverhältnissen in den „sozialistischen ländern" dm 2,—

2. colletti/libertini/maitan/magri: lenins „staat und revolution" — heute dm 5,—

3. martin nicolaus: konkurrenz und mehrwert. zur klassentheorie bei marx dm 4,—

4. edoarda masi: der marxismus von mao und die europäische linke dm 2,—

5. „partei und klasse". eine diskussion zwischen jean-paul sartre und „il manifesto". eingeleitet von rossana rossanda dm 3,—

6. jean laplanche: marcuse und die psychonanalyse dm 2,—

7. l. colletti: zur stalinfrage dm 2,—

8. maurice godelier: system, struktur und widerspruch im „kapital" dm 2,—

9. ernest mandel/martin nicolaus: kontroverse über die möglichkeit einer revolution in den usa dm 4,—

10. louis althusser: freud und lacan dm 2,—

11. die notwendigkeit des kommunismus. die plattform von „il manifesto" dm 5,—

12. mario tronti: extremismus und reformismus. 3 Aufsätze dm 4,—

13. martin nicolaus: die objektivität des imperialismus. anti-mandel /ernest mandel: die widersprüche des imperialismus dm 7,—

15. ralph miliband: marx und der staat dm 2,—

17. rossana rossanda: der marxismus von mao-tse-tung dm 2,—

18. adriano sofri/luciano della mea: zur strategie und organisation von „lotta continua" dm 5,—

19. sohn-rethel: vergesellschaftung der arbeit und materialistische erkenntniskritik dm 3,—

20. „classe e stato": china: die dialektik der revolution dm 2,—

21. salvadori/rieser: rätesystem und maoismus. zur position von „il manifesto" dm 4,—

arbeitspapiere

1. serafini/magri/pintor: nationale arbeiterkonferenz „il manifesto": die einheit der klassen-linken herstellen dm 1,80

2. giampiero mughini: di pci und antireformistischen gruppen dm 2,80

3. revolutionärer kampf (bpg frankfurt): untersuchung — aktion — organisation. zur politischen einschätzung von lohnkämpfen dm 1,50

Die Hefte 13, 18, 19, 20 und 21 sind in Vorbereitung.

Bezug Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591

mie, Soziologie und Psychoanalyse, Strukturalismus und Marxismus etc. haben kann. Sie bildet einen quasi-pluralen Rahmen der Theoriediskussion, den wir für unabdingbar halten. Das hat mit dem Pluralismus des bürgerlichen Buchhandels, der von Hans Habe bis zur Fischer-Ausgabe der Werke Mao's reicht, nichts zu tun. Es geht vielmehr darum, den Rahmen marxistischer Diskussion an der Darstellung und Kritik solcher Theorien beständig zu erweitern, ganz wie Marx selbst, der die Kritik des Kapitalismus nur an der fortgeschrittensten Ideologie, nämlich der politischen Ökonomie Ricardos und Smith's und der Philosophie Hegels, entfalten konnte. Das ist im Stadium des bürgerlichen Wissenschaftspluralismus, d. h. der Zersplitterung der bürgerlichen Ideologie selber, zur Gewinnung einer adäquaten Erkenntnis der Veränderbarkeit der bestehenden Verhältnisse notwendiger denn je.

Verlag zu machen ist nicht politische Praxis in irgendeinem konkreten gesellschaftlichen Bereich. Der Verlag ist Organ der Vermittlung in einem noch weiteren Umfang als die Zeitschrift; er bedarf als politischer der ständig neuen Legitimation und Kritik. In der jetzigen Situation der Linken, die durch isolierte Disparatheit und fraktionelle Zersplitterung gekennzeichnet ist, erscheint der Versuch, einen politischen Verlag aufzubauen, gerechtfertigt: nicht um den überfraktionellen Weltgeist der Bewegung zu inthronisieren, sondern um zwischenfraktionell einen erreichten Diskussionsstand der Strategie- und Theoriebildung zunächst zu erhalten; ihn mit der systematischen Publikation italienischer, französischer und amerikanischer Theorieansätze zu konfrontieren. Nicht zuletzt die an mehreren Orten angelaufene „Manifesto"-Diskussion hat gezeigt, daß eine solche Konfrontation sinnvoll sein kann. Daß solche Initiierung von Diskussionsprozessen durch die bloße Veröffentlichung der „Thesen" (IMD 11) in begrenztem Rahmen gelungen ist, spricht weiter dafür, daß eine solidarische sozialistische Öffentlichkeit zumindest denkbar ist. Ihr gegenüber hätte ein Verlag seine politische Aufgabe gefunden.

Adresse: Merve Verlag GmbH,
1 Berlin 41, Rheingaustraße 15

MERVE-KOLLEKTIV

Von der Kinderladenbewegung zum Basis-Verlag

Der Basis-Verlag ist aus der Kinderladenbewegung hervorgegangen – und zwar in der Phase, in die die Kinderladenbewegung Ende 69 getreten war, als versucht wurde, über die antiautoritäre Bewegung hinaus zu Ansätzen einer politischen Erziehung zu kommen.

Damals entstand bei einigen von uns der Plan, systematisch an die Entwicklung von Kinder- und Jugendliteratur zu gehen, die geeignet sein sollte, eine entsprechende politische Erziehung zu unterstützen. In den damaligen Protokollen finden sich deshalb hauptsächlich Themen, die sich um den gesellschaftlichen Charakter von Literatur drehen: „Es gibt keine unpolitische, wertfreie Literatur. Der Autor produziert nicht gegen seine Umwelt-Tausch- und Konsumsphäre, nicht aus einer isolierten Haltung; vielmehr will er in jedem Fall Verständnis und Wirkung seines Produktes erreichen und bezieht bei der Produktion seines Textes dessen Konfrontation mit dem Publikum mit ein. Die Frage, ob Kinderliteratur politisch sein darf, ist für uns aus diesem Grund nicht existent. Jeder Text ist in einem historischen Zusammenhang zu sehen und eben letztlich nur aus der ökonomischen Basis – die direkt oder indirekt den Überbau formt – zu interpretieren. In diesem Zusammenhang erweist sich die „unpolitische" Literatur als konservativ verstärkender Faktor des gesellschaftlichen Überbaus, als politisch im Rahmen der konservativen Tradition.

Wir werden uns in unseren Büchern darum bemühen, ökonomische Begriffe wie Eigentum, Kapital, Arbeit, Lohn auf der Grundlage marxistischer Kritik der bürgerlichen Ökonomie zu erklären und ebenso Sozialisationsprobleme wie Autorität, Identifikation, Sexualverhalten, Rollentheorie und Gruppenfunktion, die sich aus den bestehenden Produktionsverhältnissen ergeben. An die Stelle der idealistischen Geschichtsbetrachtung soll eine historisch-dialektische Darstellung treten. In unseren Büchern soll das Kollektiv den Platz des herrschenden bzw. abhängigen Menschen einnehmen. Es soll eine Welt aufgezeigt werden, in der es die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr gibt, und es sollen Wege aufgezeigt und Kämpfe geschildert werden, die zu solch einer Gesellschaft führen. Zum Formalen: Sprache hat in unserer Klassengesellschaft notwendig herrschaftsstabilisierenden Charakter, da sie aus unterschiedlichen Sozialisationsprozessen resultiert und Klassenverhalten manifestiert. Die Verständigung über Klassengrenzen hinaus wird erschwert. Wir werden uns bei der Gestaltung unserer Bücher um einen Abbau der Literatursprache bemühen."

Bei dem Versuch, diese Inhalte in das Medium Kinderbuch umzusetzen, ergaben sich sehr schnell Probleme, die im Kollektiv zu starken Auseinandersetzungen führten. Der Anspruch, bei der Gestaltung der Bücher von wissenschaftlich gesicherten Kriterien auszugehen, kollidierte mit dem Umstand, daß es auf diesem Gebiet wenig wissenschaftlich Gesichertes

Schmidt/ Sigusch Arbeiter-Sexualität Luchterhand

Eine empirische Untersuchung an jungen Industriearbeitern. Soziologische Texte Band 75. 181 Seiten. Leinen DM 19,80, Studienausgabe DM 12,80.

Zum erstenmal untersuchen in Deutschland zwei junge Wissenschaftler des Instituts für Sexualforschung in Hamburg das sexuelle Verhalten junger Arbeiter. In einer exakten empirischen Untersuchung erkennen sie an repräsentativen Industriearbeitern, daß deren sexuelles Verhalten keine Ausnahme innerhalb der Konsumsphäre darstellt.

Dr. Gunter Schmidt und Dr. Volkmar Sigusch waren Mitarbeiter von Prof. Hans Giese. Nach dessen Ableben sind sie weiterhin am Institut für Sexualforschung der Universität in Hamburg tätig.

gibt. Sehr bald mußte das Kollektiv erkennen, daß es in seiner Arbeit von eben den „Kriterien" ausging, die es sich vorgenommen hatte zu überwinden: von der Meinung Erwachsener, wie Kinderliteratur zu sein hat. Das Kollektiv sah sich vor folgenden Konsequenzen: a) das Experiment abzubrechen, b) erst einmal einige Jahre Grundlagenforschung zu betreiben, c) sich Maos „Handeln ist Lernen" zu eigen zu machen und die notwendige „Grundlagenforschung" an Hand der produzierten Bücher zu betreiben. Das Kollektiv entschied sich für den letzten Weg, da eine rein theoretische Arbeit über einen längeren Zeitraum hinweg für den einzelnen mit Sicherheit völlig unverbindlich geblieben wäre. Vor allem, da dem Kollektiv selbst alle Möglichkeiten und Voraussetzungen zu solch einer wissenschaftlichen Untersuchung fehlen, es aber sicherlich niemanden, der über diese Voraussetzungen verfügt, zu einer Mitarbeit gewinnen kann, solange solch ein Verlag lediglich als „Projekt" existiert.

Das Kollektiv stellte sich für die Bücher folgendeThemen:

a) Notwendigkeit der Kollektivbildung gegenüber einer repressiven Gesellschaft (Fünf Finger sind eine Faust)

b) Darstellung der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft an Hand ihrer Produktionsverhältnisse (ein erster Versuch zu diesem Thema ist „Martin der Marxmensch").

c) Schilderung der Funktionen, welche Institutionen und Autoritäten, Schule, Berufsausbildung, Polizei, Hausbesitzer in der bürgerlichen Gesellschaft Herrschaft ausüben. (z. B. Zwei Korken für Schlienz)

In der praktischen Arbeit sah das so aus: ein individuell erarbeiteter Entwurf wurde bei den Redaktionssitzungen diskutiert, um danach vom ursprünglichen Autor oder einem anderen Mitglied des Kollektivs überarbeitet zu werden. Diese Fassung wurde mit Kindern aus dem Kinderladen durchgelesen und nach Auswertung der Reaktion der Kinder durch das Kollektiv in die endgültige Fassung gebracht. Auf gemieteten Maschinen wurde dieser Text dann gesetzt und gedruckt. In einem Vorwort wurde versucht, den Kindern ein Bild über die Entstehung des jeweiligen Buches zu geben und sie zu einer Stellungnahme und Kritik anzuregen. Das Kollektiv hatte die Hoffnung, auf diesem Wege empirisches Material zusammenzutragen, das bei Neuauflagen berücksichtigt werden sollte. Die Reaktionen der Kinder jedoch waren spärlich und gingen nur in wenigen Fällen über allgemeine Urteile wie „fand ich sehr gut" und „hat mir nicht gefallen" hinaus. Trotzdem haben wir die wenigen Reaktionen, die zu diesem Text geäußert wurden, in der zweiten Auflage der Bücher berücksichtigt. Das Kollektiv erkannte, daß es nicht möglich ist, Bücher für Kinder allgemein zu machen, sondern daß Kinderliteratur nicht nur alters- und geschlechtsspezifisch, sondern mehr noch klassenspezifisch ausgerichtet sein muß. Nur auf diese Weise sehen wir die Möglichkeit, die Schranke zwischen Konsumenten und Produzenten abzubauen und Literatur den Bedürfnissen der Basis anzupassen, das heißt, Literatur mit komprimierter Problematik für eine begrenzte Gruppe zu machen. Als ein Nachteil erwies sich während unserer Arbeit der Umstand, daß alle Mitglieder des Kollektivs typische Mittelschichtsvertreter sind, ebenso wie die Kinder in den Kinderläden, denen wir unsere Bücher vorgelegt haben. Dem Kollektiv stellte sich die Frage, welchen Stellenwert es einem Kinderbuchverlag in den Auseinandersetzungen der Klassen gibt, wenn solch ein Verlag lediglich Bücher für Kinder produziert, die aufgrund ihrer spezifischen Sozialisation im Kampf mit den Autoritäten und Institutionen der herrschenden Klasse ohnehin begünstigt sind, während Kommunismus nur ein Ziel haben kann: Die Emanzipation der Klasse zu erkämpfen, die durch die Produktionsverhältnisse den geringsten Anteil hat „an der Herrschaft des Menschen über sich selbst, die Gesellschaft und die äußere Natur". Bücher für Arbeiterkinder zu entwickeln, stellt das Kollektiv wieder vor neue, kaum zu bewältigende Probleme. Es macht sich hier stärker noch als in unserer bisherigen Arbeit bemerkbar, daß die Arbeiterklasse sich noch nicht organisiert hat, um unsere Arbeit tragen und unterstützen zu können. Der Grundsatz unserer Arbeit: an den konkreten Lebensbedingungen, den konkreten Bedürfnissen der Kinder anzusetzen, stößt gerade hier auf größte Schwierigkeiten; auf die mangelhafte Kenntnis der psychischen Strukturen und Bedürfnisse eben dieser Klasse.

Hier sind wir völlig auf die Hilfe von Erziehern und Sozialarbeitern angewiesen. Wir suchen sie schon mit unseren bisher produzierten Büchern anzusprechen, indem wir in jedes Buch eine Anweisung und einen Fragebogen beilegen. Hier zeigen sich erste Reaktionen. Einige Lehrer haben die beiden Bücher „Zwei Korken für Schlienz" und „Martin der Marxmensch" mit Schulklassen gelesen und uns entweder ein Protokoll über die Reaktionen der Schüler geschickt, oder aber die Schüler haben selbst in einem Brief Stellung zu den Büchern bezogen. Das Kollektiv versucht nun, diese Schulklassen direkt anzusprechen und mit ihnen gemeinsam Bücher zu konzipieren, die auf die direkten Bedürfnisse dieser Schüler eingehen. Schüler in einer Freiburger Schule, in der hauptsächlich Arbeiterkinder unterrichtet werden, und denen „Martin der Marxmensch" vorgelesen wurde, reagieren auf die überragenden technischen Fähigkeiten von Martin überhaupt nicht. Dagegen registrierten sie sehr genau den Stundenlohn, den die Arbeiter in der Fabrik bekommen. Wir werden also in Zukunft bei der Projektierung von Büchern für Kinder der Arbeiterklasse Vorgänge völlig realistisch schildern müssen, um das Interesse der Kinder zu wecken. Zur Zeit wird das Manuskript eines proletarischen Kinderbuches an zwei Schulen und einem Berliner Schülerladen getestet. Wir hoffen, daß wir dieses Buch noch in diesem Jahr herausbringen können.

Der Verlag wird von einem Kollektiv geleitet. Das Kollektiv besteht aus: 1. den Genossen im Organisationskollektiv, das sind drei Genossen, die schon jetzt soweit als möglich ihre gesamte Arbeitskraft in die Verlagsarbeit einbringen und darin auch eine berufliche Perspektive sehen und 2. den Genossen, die an einer theoretischen Mitarbeit interessiert sind und regelmäßig bestimmte Aufgaben im Verlag übernehmen, die aber ihrem Studium den Vorrang geben. Das Kollektiv vertritt auf der Grundlage sozialistischer gesellschaftspolitischer Vorstellungen keine einheitliche, geschlossene Verlagsstrategie. Ein Konsensus besteht darin, daß der Verlag für alle ein Arbeitsansatz ist, daß aus einer permanenten Diskussion, der gemeinsamen theoretischen Arbeit, sich in einem dialektischen Prozeß jede weitere Entwicklung ergeben wird.

BASIS-VERLAGS-KOLLEKTIV
1 Berlin 15 - Postfach 645

Bücher im Basis-Verlag

Für Vorschulalter

Fünf Finger sind eine Faust. Ein Bilderbuch, farbig illustriert. In diesem Buch soll die Notwendigkeit solidarischen Handelns für Vorschulkinder deutlich gemacht werden.

Für 6-10jährige

Martin der Marsxmensch. Dieses Buch soll die Diskussion und Geldfunktion unterstützen und Zusammenhänge von Arbeit und Profit andeuten.

Zwei Korken für Schlienz. Ein Buch soll die Diskussion und Geld-Macht des Hausbesitzers aufgrund seines Privatbesitzes und über einen Versuch, die Abhängigkeit der Mieter zu beseitigen.

Die Geschichte von der Verjagung und Ausstopfung des Königs. Im Mittelpunkt dieser Geschichte steht die Frage: wer führt den Krieg und wer profitiert davon?

Ab 10 Jahren

Yü gong versetzt Berge. Neunzehn revolutionäre Parabeln aus dem alten China mit begleitenden Texten von Mao-tse-tung.

Die Fabrik gehört uns. Aus dem Schwedischen. Individualerfahrung erweist sich im Verlauf dieser Geschichte als Kollektiverfahrung und ermöglicht gemeinsames Handeln gegen die Ausbeutungsmechanismen des Kapitals.

Geschichtsbuch. Aus dem Schwedischen. Das Geschichtsbuch stellt in Form und Inhalt eine Alternative zu den üblichen Geschichtsbüchern dar.

Lehrlingsfront 1. Ein Comic, das den Lehrlingen neben einigen praktischen Ratschlägen Diskussionssätze geben soll. Die extreme Ausbeutungssituation der Lehrlinge wird an einzelnen Beispielen transparent gemacht.

Bezug über Bücher- & Papervertrieb
605 Offenbach 4, Postfach 591

Machen Sie Freunden, Kollegen, Bekannten oder Genossen ein „links"-Abonnement für 1972 zum Geschenk. Es kostet DM 15,-. Schicken Sie uns Ihre Bestellung frühzeitig. Sie erhalten dann einen Geschenk-Gutschein für den Empfänger, und dieser erhält „links" ab Januar.

Verlag 2000 GmbH,
605 Offenbach 4, Postf. 591

linker digest

Betriebsprojekt-Gruppe, SDS-Göttingen, Juli 71

Die Dialektik der Organisation des ökonomischen Kampfes und des Parteiaufbaues

Wir haben davon auszugehen, daß sich Klassenbewußtsein nicht organisch und naturwüchsig aus dem Kampf um die Tagesinteressen entwickelt, daß es aber diesen Kampf zur unentbehrlichen Grundlage hat, daß sich die Partei erst in diesen Kämpfen der Arbeiterklasse entwickeln kann. Das bedeutet aber, daß sich die Arbeit der Kommunisten nicht darauf beschränken kann, die Avantgarde des Proletariats zu organisieren, sondern daß sie auch den kollektiven Kampf um die Tagesinteressen reorganisieren muß.

Einerseits ist die Konzeption, die die Organisation des Kampfes um die ökonomischen Interessen der „Spontaneität" der Gewerkschaften überläßt, falsch. Praktisch bedeutet sie die Blockierung des revolutionären Gesamtprozesses, in dem die Rekrutierung der innerbetrieblichen Kader vermittelt ist mit der organisierten Mobilisierung der Arbeitermassen für ihre ökonomischen Interessen. Denn die reformistischen Gewerkschaftsorganisationen der Bundesrepublik dienen eben dazu, die Entfaltung der ökonomischen Kämpfe zu verhindern.

Die letzten Lohn-„Kämpfe" zeigten, wie in die Tarifverhandlungen die Kampfbereitschaft in den Betrieben nur noch als fiktive Größe eingeht, wodurch das Verhältnis von Kampfmaßnahmen zu Lohnaufbesserungen sich umgekehrt hat: Kampfmaßnahmen dienen nicht mehr dazu, Lohnaufbesserungen zu erreichen, sondern Lohnaufbesserungen dienen dazu, Kampfmaßnahmen zu verhindern. Und die spontanen Massenrebellionen, die das fast notwendige Korrelat dieser Demobilisierungsstrategie der Gewerkschaftsapparate sind, haben keine autonome organisatorische Perspektive, keine eigenen, kontinuierlich arbeitenden Verhandlungs- und Kampforgane entwickeln können; sie blieben in der momentanen Negation der Gewerkschaftsapparate stecken.

Andererseits ist es unter derzeitigen Bedingungen eine Illusion, den Kampf für die ökonomischen Interessen außerhalb der Gewerkschaften organisieren zu wollen (etwa durch den unvermittelten Aufbau einer „Basisorganisition"). In den Streiks 1969 und 1970 haben die Arbeiter die Organisierung dieser Kämpfe den bestehenden Interessenvertretungsorganen im Betrieb (Betriebsräten und Vertrauensleuten) überlassen. Diese Form der Organisierung betrieblicher Kämpfe entspricht dem Stand der Klassenauseinandersetzung. Für die Kommunisten kommt es darauf an, diese wirklichen Formen der Klassenauseinandersetzungen als Ausgangspunkt der weiteren Entfaltung der Klassenkämpfe zu begreifen.

Die den Vertrauensleuten vom Gewerkschaftsapparat zugewiesene Aufgabe, in den Betrieben für die begrenzten Ziele des Apparates kontinuierliche Mobilisierungsarbeit zu leisten, muß zum Kampf um die Kontrolle des Gewerkschaftsapparates, um Initiativ- und Entscheidungsfunktionen im Kampf für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen ausgeweitet werden. In dem Maße, in dem der Apparat diesen Versuchen Widerstand entgegensetzt, wird sich der innergewerkschaftliche Konflikt verschärfen und werden die auseinanderfallenden Interessen von Gewerkschaftsführung und Massen großen Teilen der Belegschaft deutlich. Aufgabe der kommunistischen Kader wird es sein, in diesen Konflikten durch ihre praktische Politik und durch die Darstellung des Zusammenspiels von Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie, Staat und Kapital die Vertrauensleutearbeit gegen den Apparat zu stärken. Die Entfaltung des innergewerkschaftlichen Konfliktes wird so zu einem wichtigen Moment bei der Erziehung derjenigen Arbeiter zu Kommunisten, die schon die Notwendigkeit des kollektiven Kampfes erkannt haben, aber immer noch im nurgewerkschaftlichen Bewußtsein befangen sind.

Kommunisten müssen sowohl den Fehler des sektiererischen Antigewerkschaftlertums als auch den Fehler des Gewerkschaftsopportunismus vermeiden; sie müssen die Entfaltung der Klassenkämpfe und den Aufbau der Partei als einen Prozeß organisieren, der beide Momente miteinander vermittelt.
Denn einerseits ist der Aufbau der Partei und die Bildung, Festigung und Ausdehnung kommunistischer Betriebszellen gebunden an die Entfaltung ökonomischer Massenkämpfe, die notwendig die große Mehrheit der Arbeiter (in der Abteilung, im Betrieb, in ganzen Industriezweigen) umfassen. Erst in den kollektiven Kämpfen wird es den Betriebszellen gelingen, sich fest in den Betrieben zu verankern.

Andererseits werden sich die ökonomischen Massenkämpfe nur in dem Maße über Scheinkonflikte im Rahmen der Lohnleitlinien hinaus entfalten, als bereits kommunistische Kader existieren, die diese Kämpfe agitatorisch vorbereiten und organisieren, um sie auch gegen die Demobilisierungsstrategie der Gewerkschaftsapparate durchzusetzen. Eine solche langfristige Politik, die sich notwendigerweise verbinden muß mit der bewußten Ausnutzung und Verschärfung des innergewerkschaftlichen Widerspruchs, ist nur möglich im Rahmen einer sich entwickelnden Strategie und Taktik kommunistischer Kader.

Um die ökonomischen Kämpfe zu entfalten, muß eine permanente politische Agitation die objektive Funktion der Lohnleitlinien erklären, muß sie ideologische Parolen wie die von der Lohn-Preis-Spirale analysieren, muß sie das gegen die Arbeiterklasse gerichtete Zusammenspiel von Kapital, Staat, Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführungen entlarven. (Vgl. den anschließenden Exkurs: „Zur kommunistischen Agitation")

Daraus ergibt sich aber auch die Vordringlichkeit des Aufbaus kommunistischer Betriebszellen: Die Entfaltung des kollektiven Kampfes ist einerseits die Voraussetzung für die Entwicklung proletarischen Klassenbewußtseins und damit für die feste Verankerung der aufzubauenden kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse, erfordert andererseits aber auch die möglichst frühzeitige Präsenz kommunistischer Zirkel.

In den Bereichen der Bundesrepublik, in denen es solche in den Betrieben verankerte kommunistische Zirkel noch nicht gibt, haben die kommunistischen Intellektuellen als Vermittler des wissenschaftlichen Sozialismus eine doppelte, schwierige Funktion zu erfüllen: um betrieblich verankerte kommunistische Zirkel aufzubauen, müssen sie gleichzeitig die Entfaltung der inner- und überbetrieblichen ökonomischen Massenkämpfe unterstützen und mit vorantreiben. Indem sie sich zu ihrer Initiierung und im Prozeß ihrer Entfaltung mit den natürlichen Kadern im Betrieb verbinden, fällt ihnen die Aufgabe zu, diese zu kommunistischen Kadern zu schulen.

Allerdings ist hierbei die permanente Gefahr der Isolierung dieser innerbetrieblichen Kader zu erkennen und zu bekämpfen. Es ist zu beachten, daß die Bedingung des Aufbaus und der Existenz kommunistischer Betriebszellen ihre Verankerung im Betrieb ist, daß diese Verankerung nicht durch die Verbindung mit der kommunistischen Intelligenz ersetzt werden kann. Die Schulung und feste Organisierung mit der kommunistischen Intelligenz darf nicht zur Kompensation für die Schwierigkeiten bei der Verankerung im Betrieb werden. Hat die Verbindung zwischen Arbeitern und Intellektuellen diese Funktion, dann wird die Zelle im Betrieb isoliert, wird sie aus der betrieblichen Arbeit „herausgebrochen".

Die Agitation der Kommunisten ist grundsätzlich auf die Entfaltung der proletarischen Massenkämpfe gerichtet. Um die Inhalte dieser Agitation richtig zu bestimmen, muß über die Entwicklungsbedingungen des proletarischen Klassenkampfes und des proletarischen Klassenbewußtseins völlige Klarheit herrschen:

Reihe PASSAGEN

Theodor W. Adorno/Hanns Eisler, Komposition für den Film. 216 Seiten, mit Notenbeilagen, DM 10,–
ISBN 3 920802 27 6

Hugo Ball, Zur Kritik der deutschen Intelligenz. Ein Pamphlet. Herausgegeben von Gerd-Klaus Kaltenbrunner.
328 Seiten. DM 14,–
ISBN 3 920802 52 7

Frank Böckelmann, Befreiung des Alltags. Modelle eines Zusammenlebens.
188 Seiten. 9 Abb. DM 8,–
ISBN 3 920802 53 5

Hans Bunge, Fragen Sie mehr über Brecht. Hanns Eisler im Gespräch. Nachwort Stephan Hermlin. 394 Seiten.
23 Abb. DM 15,–
ISBN 3 920802 37 3

Die Schriften zu J. G. Fichtes Atheismus-Streit. Herausgegeben von Frank Böckelmann. 256 Seiten. DM 10,–
ISBN 3 920802 20 9

Gustave Flaubert, Wörterbuch der Gemeinplätze. Übersetzt und eingeleitet von Dirk Mülder. Zweisprachige Ausgabe. 184 Seiten. DM 9,–
ISBN 3 920802 08 X

Gisèle Freund, Photographie und bürgerliche Gesellschaft. Vorwort H. P. Gente. 24 Photographien. 158 Seiten.
DM 9,50 ISBN 3 920082 09 8

Neuer Roter Katechismus. Herausgegeben von Karl Freydorf. Kommentiert von Frank Böckelmann. 268 Seiten.
DM 5,– ISBN 3 920802 11 X

Edmond de Goncourt, Tagebuch der Belagerung von Paris 1870/71. Deutsch von W. Fred und Karin Sanwald, eingeleitet von Jörg Drews. 208 Seiten.
DM 9,– ISBN 3 920802 28 4

Brecht-Dialog 1968. Politik auf dem Theater. Herausgegeben von Werner Hecht. Mit 32 Abb. 356 Seiten. DM 14,–
ISBN 3 920802 19 5

Alexander Herzen, Vom anderen Ufer. Eingeleitet von Isaiah Berlin. Herausgegeben von Axel Matthes. 256 Seiten.
DM 10,– ISBN 3 920802 29 2

Hugh Kenner, Von Pope zu Pop. Nachwort Gert Mattenklott. 216 S. DM 10,–
ISBN 3 920802 29 2

Alexandra Kollontai, Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin. Herausgabe und Nachwort von Iring Fetscher. 116 S. 12 Abb. DM 6,–
ISBN 3 920802 36 5

Asja Lacis, Revolutionär im Beruf. Berichte über proletarisches Theater, über Meyerhold, Brecht, Benjamin und Piscator. Ca. 240 Seiten. 16 Abbildungen.
DM 10,–. ISBN 3 920802 77 2

Lenin über den Film. Dokumente und Materialien. Herausgegeben v. Günther Dahlke und Lilli Kaufmann. 320 Seiten.
79 Abbildungen. DM 16,–
ISBN 3 920802 60 8

W. I. Lenin, Hefte zu Hegels Dialektik. Einleitung Th. Meyer. 256 S. DM 10,–
ISBN 3 920802 30 6

Elisabeth Lenk, Der springende Narziß. André Bretons poetischer Materialismus. Ca. 280 Seiten. DM 15,–
ISBN 3 920802 78 0

Gert Mattenklott, Bilderdienst – Ästhetische Opposition bei Beardsley und George. 388 S. 25 Abb. DM 16,–
ISBN 3 920802 54 3

Jean Meynaud, Heiner Stück, Jutta Matzner, Robert Jungk, Spekulationen über die Zukunft. 285 S. DM 13,–.
ISBN 3 920802 67 5

Irmtraud Morgner, Gauklerlegende. Eine Spielfraungeschichte. 116 S. 6 Farbtafeln.
DM 10,–. ISBN 3 920802 61 6

Paul Scheerbart, Glasarchitektur und gesammelte architektonische Phantasien. Nachwort Wolfgang Pehnt. 216 Seiten.
DM 10,–. ISBN 3 920802 79 9

Ulrich Sonnemann, Der bundesdeutsche Dreyfus-Skandal. Kommentar Sieghart Ott. 104 S. DM 4,–. ISBN 3 920802 38 1

J. Stalin, Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft; und N. Marr, Über die Entstehung der Sprache. Einleitung Etienne Balibar. 148 Seiten. DM 7,50.
ISBN 3 920802 10 1

Hella Tiedemann-Bartels, Versuch über das artistische Gedicht. Baudelaire, Mallarmé, George. 160 Seiten. DM 15,–.
ISBN 3 920802 68 3

Charlotte Wolff, Innenwelt und Außenwelt. Autobiographie eines Bewußtseins. Deutsch von Christel Buschmann. Ca.
280 Seiten. DM 15,–. ISBN 3 920802 80 2

Rogner & Bernhard

Neu bei

★spartakus

Zur Geschichte der KPdSU (B)

Jakob Moneta: Kommentar zur „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang."

Ernest Mandel: Dreißig Fragen und Antworten zur neuen „Geschichte der KPdSU (B)."

Die Verwendung des „Kurzen Lehrgangs" als Schulungslektüre rechtfertigt politisch die Herausgabe der beiden Texte von Mandel und Moneta. Neben der Entlarvung von Fälschungen und Legenden wird in Ansätzen versucht, eine wirkliche Geschichte der Hauptgedanken der Theorie des Bolschewismus in großen Zügen zu liefern. 180 S. **Preis:** 6,50 DM

Proletarische Erwachsenenbildung

Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger. (1918 – 1923).
Dissertation von Artur Meier, Berlin, Humboldt-Universität, 1964.

A. Meier untersucht Theorie und Praxis der sozialistischen Erwachsenenbildung vor und nach der Novemberrevolution unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses des Leninismus. Anhand von Dokumenten wird **die Entwicklung zu einer revolutionären Bildung erwachsener Werktätiger innerhalb des Spartakus-Bundes und später in der KPD geschildert.** Rechte und „linke" Abweichungen werden kritisiert. Personen- und Sachregister, Quellen- und Literaturverzeichnis. Ca. 300 S. **Preis:** ca. 10,– DM.

Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung.

Ab 10 Exempl. pro Titel 10 % Rabatt.

Weitere große Auswahl an Texten. **Buchliste anfordern!**

Die angebotenen Texte sind auch in den Läden des linken Buchhandels erhältlich.

★spartakus

Verlag, Vertrieb und Versand
2 Hamburg 13, Postfach 117
Telefon 04 11/41 74 84

Das Klassenbewußtsein des Proletariats bildet sich nicht nur aufgrund der Agitation der kommunistischen Avantgarde heraus; nicht nur durch theoretische Erkenntnis gewinnt das Proletariat Einsicht in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft (wenn auch die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus für das proletarische Klassenbewußtsein unabdingbar sind). Vielmehr sind die materielle Basis und der ständige Ausgangspunkt für die Bildung und Weiterentwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins der widersprüchliche Prozeß des Kapitals (dieser Prozeß des Kapitals wird selbst wiederum durch die Entwicklung der Klassenkämpfe beeinflußt) und die Erfahrungen der Massen aus diesem Prozeß.

Revolutionär wird das Klassenbewußtsein und der Kampf des Proletariats aber erst dann, wenn es den Kommunisten in ihrer Agitation und in der praktischen Führung der Klassenkämpfe gelingt, nicht nur die konkreten Aufgaben und Ziele der einzelnen Etappen der sich entwickelnden Klassenkämpfe deutlich zu machen, sondern ihre Entwicklung in eine Richtung zu lenken, in der sich die kommunistische Agitation für die Notwendigkeit und praktische Durchführbarbeit der proletarischen Machtübernahme in der Gesamtgesellschaft entfalten kann.

Kommunistische Agitation hat also die Aufgabe, die Massenerfahrungen des Proletariats zu artikulieren und als Folge des Klassencharakters unserer Gesellschaft erkennbar zu machen; sie hat die Aufgabe, ihre Entwicklungsrichtung zu beeinflussen und die Aktionen des Proletariats auf immer höherer Stufe zu entfalten. Dabei ist der konkrete Inhalt der Agitation von der jeweiligen geschichtlichen Lage abhängig (ohne sie allerdings schlicht zu reproduzieren): er hat auf der objektiven Seite die wirtschaftlichen Gegebenheiten und Entwicklungstendenzen, auf der subjektiven Seite den Grad der Erkenntnis und Kampfbereitschaft der Massen zu berücksichtigen.

Bei der Bestimmung der Inhalte kommunistischer Agitation sind also zwei Notwendigkeiten in das richtige Verhältnis zu bringen: zum einen die Berücksichtigung des gegebenen Standes der Klassenkämpfe, zum anderen das Vorantreiben der Klassenkämpfe in Richtung auf die Diktatur des Proletariats. Erst dadurch, daß beide Notwendigkeiten in das richtige Verhältnis zueinander gesetzt werden, ist die Agitation weder opportunistische Abspiegelung des gegebenen Standes der Klassenkämpfe noch sektiererische Selbstisolation. Erst dadurch werden die Kommunisten die Entwicklung der Klassenkämpfe tatsächlich vorantreiben können.

Was bedeutet das für die gegenwärtige Phase der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik, in der die Entfaltung der kollektiven Kämpfe des Proletariats gering, seine materielle und ideologische Spaltung und Beeinflussung durch Antikommunismus usw. noch stark ist?

Zunächst hat die kommunistische Agitation die Entfaltung der ökonomischen Kämpfe, als der unabdingbaren Voraussetzung für die Entwicklung kollektiven proletarischen Klassenbewußtseins, voranzutreiben.

Das bedeutet: Agitation für die ökonomische Besserstellung der Arbeiterklasse, gegen die Intensivierung der Ausbeutung, gegen Kurzarbeit und Entlassungen usw. unter dem übergeordneten Gesichtspunkt der Vereinheitlichung, nicht der weiteren Spaltung der Arbeiterklasse.

Das bedeutet aber auch: Politische Agitation zur Enthüllung der Rolle des Staates (Wirtschaftspolitik, Eingriffe in Tarifauseinandersetzungen), der Sozialdemokratie usw. in den Klassenauseinandersetzungen, agitatorischer Kampf gegen die konzertierten Abwiegelungsversuche. Eine Agitation, die diese politischen Zusammenhänge ausklammern würde, wäre unter den heutigen Bedingungen nicht einmal mehr „ökonomistisch", da sie die Arbeiterklasse wehrlos der Strategie von Staat, Sozialdemokratie usw. zur Demobilisierung der ökonomischen Kämpfe ausliefern würde: sie wäre integrationistisch.

Das bedeutet aber nicht: eine „politische" Agitation, die die Sozialstaatsillusion bekräftigt, statt sie zu bekämpfen. Da die Entfaltung der ökonomischen Kämpfe die Zerstörung der Sozialstaatsillusion voraussetzt, werden die Kämpfe durch eine solche Agitation nicht vorangetrieben sondern gehemmt. Wenn z. B. die DKP im Kampf gegen das neue BVG einen Sternmarsch auf Bonn propagiert, befördert sie die Illusion, beim jetzigen Stand der Klassenkämpfe könnten im Parlament die Interessen der Lohnabhängigen „vertreten" werden. Da sie in der Kampagne für einen solchen Sternmarsch die Aufmerksamkeit der fortschrittlichsten Arbeiter auf ein außerbetriebliches Ziel fixieren will, unterstützt sie objektiv das von den Gewerkschaftsführungen zu erwartende Manöver, das darauf abzielt, mit scheinradikalen Kampagnen außerhalb der Betriebe von harten Tarifauseinandersetzungen und Massenstreiks (die nicht in das Konzept der konzertierten Aktion und der SPD passen) abzulenken. Die Energien der fortschrittlichsten Teile des Proletariats, die sich jetzt in die Mobilisierung der Belegschaften für den kompromißlosen ökonomischen Kampf umsetzen müßten, werden so auf Kampagnen gelenkt, die unter den gegebenen Bedingungen in den Betrieben ohne Bedeutung bleiben, für die beteiligten Arbeiter selbst aber zur Resignation führen müssen. Diese Funktion haben unter den gegebenen Bedingungen auch die Wahlkampagnen der DKP für ihre organisierten Arbeiter. Wichtig ist in der jetzigen Phase vielmehr eine Agitation, die den Kampf gegen das BVG führt als politische Aufklärung über die objektive Funktion von Staat und Sozialdemokratie für das Kapital, vor allem aber als eine Intensivierung der betrieblichen und Tarifkämpfe, die die Disziplinierungsaufgabe der BVG-Organe durch die Bildung autonomer Kampforgane (Vertrauensleute) außer Kraft setzen und so den Boden bereiten auch für den politischen Kampf des Proletariats um die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

Das bedeutet aber auch nicht: eine „politische" Agitation, die abstrakte Parolen für die Notwendigkeit der proletarischen Revolution veröffentlicht, ohne die konkreten Bedingungen für die Entfaltung der ökonomischen Kämpfe zu berücksichtigen. Politische Agitation, die die Klassenkämpfe bis zur Revolution vorantreiben will, erreicht dann das Gegenteil: die Blockierung der Klassenkämpfe, wenn sie objektiv dazu beiträgt, daß die ideologische Spaltung der Arbeiter zur Paralysierung ihres gemeinsamen Kampfes führt, statt den kollektiven Kampf zur Grundlage und zum Mittel für die Überwindung der ideologischen Spaltung der Arbeiter zu machen. Beispiel: in einem Betrieb, in dem die Belegschaft keine kollektiven Kampferfahrungen hat und ideologisch durch Reformismus und Pazifismus geprägt ist, wäre es falsch, den agitatorischen Kampf gegen eine aktuelle Akkordverschärfung mit dem Hinweis zu verbinden, letztlich könne die Lohnschinderei nur durch die gewaltsame Machtübernahme des Proletariats überwunden werden. Diese Agitation wäre gleichbedeutend mit der Verhinderung des kollektiven Kampfes gegen die Akkordverschärfung, sie wäre auf die Dauer gleichbedeutend mit dem Verzicht, in die Klassenkämpfe einzugreifen und sie zu führen. Das bedeutet wiederum nicht, daß die Agitation auch in dieser konkreten Frage nicht so umfassend wie möglich sein sollte: sie muß den begrenzten Stellenwert eines solchen Kampfes, was seinen unmittelbaren Erfolg betrifft, angeben, aber auch die Bedeutung solcher Aktionen für die Veränderung der betrieblichen Machtverhältnisse.

Auszug aus den Thesen „Über kommunistische Betriebsarbeit". Vollständiger Text: H. v. Bothmer, 34 Göttingen, Düstere Eichen Weg 16.

Politisches Nachtgebet Köln „Nationalismus". Textheft DM 1,–, Dokumentation DM 1,50 (Briefmarken) bei: Marie Veit, 5 Köln 41, Fürst-Pückler-Straße 57

zeitdienst 35/71

Interview mit Georg Lukács

Bernie Taft, Mitglied des Pol-Büros der KP Australiens, veröffentlichte in der „Australian Left Review" (Sept. 71) ein Interview mit Georg Lukács in Budapest, sechs Wochen nach der Invasion der Tschechoslowakei. Bernie Taft nahm als Delegierter seiner Partei an der Konferenz der Kommunistischen Parteien in Budapest teil. Lukács ersuchte ihn, dieses Interview erst nach seinem Tod zu veröffentlichen. Er erklärte, daß er erst kurz vorher wieder in die KP aufgenommen worden war und sagte: „Sie kennen meine Ansichten, aber ich möchte nicht öffentlich gegen die Politik der Partei auftreten".

„Ich bin absolut gegen die Intervention", sagte er, „aber ich will mich nicht der antisozialistischen Hysterie anschließen... Ich möchte nicht an dem Geschrei teilnehmen, die damit zusammenhängenden theoretischen Fragen jedoch klarstellen." Er betrachtete die Intervention als Tragödie, aber auch als ein Symptom für die Krise der sozialistischen Länder. „Die Stalin-Aera und ihre Folgen haben die Anziehungskraft des Kommunismus vermindert. Vergleichen Sie die Anziehungskraft der Sowjetunion heute mit der Rußlands 1917, als das Land hungerte. Es wird ein Jahrzehnt richtiger Politik notwendig sein, um die Anziehungskraft des Kommunismus wiederherzustellen. Leider steht dem großen Prozeß des Niedergangs des kapitalistischen Systems die negative Entwicklung in der UdSSR gegenüber."

Lukács kritisierte einige Erscheinungen in der Tschechoslowakei während der Dubcek-Aera und meinte, daß die völlige Pressefreiheit und die Zulassung mehrerer Parteien falsch gewesen sei. Das sei nicht die Alternative zum Stalinismus: „Die wirkliche Alternative zum Stalinismus ist die Rückkehr zu den Prinzipien der Pariser Kommune, zu 1905 und zu 1917-1921, zu den Arbeiterräten, die von unten entstehen. Diese Fragen müssen klargestellt werden..."

Auf die Frage, was er als Hauptursache für die Intervention betrachte, sagte Lukács: „Der Hauptgrund für die Invasion war die Vernichtung jeder Opposition. Nach Stalins Tod wurde es klar, daß das Wirtschaftssystem ohne eine demokratische Reform nicht überleben kann. Das ist auch jetzt die große Aufgabe. Die Russen fürchten, daß die Reform in eine Opposition übergehen könnte. Solange die Opposition sich auf Künstler und Schriftsteller beschränkt, können sie damit fertig werden — sie können sie einsperren. Aber Sacharows Brief zeigt, daß auch die technische Intelligenz zu rebellieren beginnt. Die Sowjetunion hängt aber in ihrer Stellung als Weltmacht von der technischen Intelligenz ab, sie kann nicht eingesperrt werden. Die Kommissare können mit der alten Arbeiterklasse umgehen, aber mit diesen Leuten können sie nicht fertig werden..."

„Ich war von Anfang an pessimistisch. Ich sagte, sie wollen den Stalinismus mit stalinistischen Methoden überwinden. Sie haben mir das übel genommen, aber es war richtig. Stalin hat das Verhältnis von Theorie und Praxis umgekehrt. Er stellte die Taktik vor die Theorie und schuf Theorien, um die taktischen Notwendigkeiten zu rechtfertigen. Wenn wir das nicht überwinden, bleibt die Entstalinisierung eine Phrase. Ob ein Mann oder ein Kollektiv bürokratisch handelt — das ist nicht die Frage. Die Frage ist, ob die Taktik oder die Theorie den Vorrang hat. Nehmen wir als Beispiel Stalins Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes. Warum hat er sie aufgestellt? Wegen taktischer Notwendigkeiten zur Zeit der Prozesse. Das ist die wesentliche Frage. Solange die Taktik den Vorrang hat, bleiben wir Stalinisten. Daher glaube ich, daß die Rückkehr zum Marxismus eine sehr wichtige praktische und nicht nur eine theoretische Frage ist. Die sowjetischen Führer haben die Frage der Tschechoslowakei auf Grund taktischer Erwägungen behandelt. Das hatte Vorrang. Dann produzierten sie Theorien, die die taktischen Notwendigkeiten begründen sollten." ...

„Wir haben die sozialistischen Perspektiven Marcuse und Bloch überlassen. Manipulation ist nicht nur ein Zug des Kapitalismus, auch im Sozialismus gibt es Manipulation. Jene, die gegen die Manipulation sind, sehen den bestehenden Sozialismus nicht als ein Modell an, und mit Recht. Es war Lenin, der vor langer Zeit sagte, daß man Klassen nicht täuschen kann. Die Rückkehr zu Marx ist eine ideologische Revolution." ...

Taft fragte ihn über seine Meinung zur Perspektive der sozialistischen Länder. „Der Feudalismus hat achthundert Jahre gebraucht, um sich zu festigen. Jetzt sind es über fünfzig Jahre seit der sozialistischen Revolution. Es kann hundert oder sogar dreihundert Jahre dauern, bis der Sozialismus sich entwickelt. Wir müssen eine relativ längere Übergangsperiode erwarten, als wir angenommen hatten. Es wird in hohem Maße von uns abhängen, von dem, was Lenin den subjektiven Faktor nannte. Ich möchte, so viel ich kann, zur Renaissance des Marxismus beitragen. Vielleicht wird es auch nicht so lange dauern. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Geschichte manchmal große Sprünge macht. Viel hängt davon ab, daß jeder Kommunist sich seiner Aufgabe bewußt wird. Die Reformbewegung gegen Stalin wird in langer Sicht siegreich sein. Die wirkliche Gefahr ist heute Passivität. Revolutionäre Kader sind latent vorhanden. Wir dürfen nicht die geringste Konzession gegenüber der bürgerlich-westlichen Ideologie machen, aus Angst als Stalinisten betrachtet zu werden. Ich mache solche Konzessionen nicht."

Auf die Frage, was in den sozialistischen Ländern geschehen könnte, wenn die notwendigen Reformen nicht durchgeführt werden: „Die Restaurierung des Kapitalismus ist sehr schwer, faktisch unmöglich. Sogar in Ungarn ist die Basis für eine Wiederherstellung des Kapitalismus vorbei. 1917 kann nicht eliminiert werden. Ich denke, daß der Übergang lange dauern wird — hier wurde erst wenig theoretische Arbeit geleistet. Was die Bewegung heute braucht, ist eine gemeinsame Perspektive, aber verschiedene Taktiken. Die Russen glauben jedoch, daß sie auch weiterhin die Bewegung führen können wie zu Lenins Zeiten. Sie hatten 1917 eine ungeheure Autorität, heute haben sie sie nicht mehr. Ebensowenig wie der Papst die Verwendung der Pille verhindern kann, kann Breschnew die Beziehung wiederherstellen, die Lenin 1917 zur kommunistischen Bewegung hatte . . ." Stalin hatte nach Lukács' Meinung drei historische Verdienste: die Industrialisierung der Sowjetunion, den Sieg im Zweiten Weltkrieg und die Brechung des Atommonopols der Amerikaner. „Dies sichert ihm einen dauernden Platz in der Geschichte. Gleichzeitig hat er aber die Wirkung des Marxismus und die sozialistischen Perspektiven für ein halbes Jahrhundert zerstört." Als Taft am Ende sagte: „Genosse Lukács, Sie scheinen ziemlich pessimistisch zu sein", antwortete Lukács: „Nein, ich bin optimistisch für das 21. Jahrhundert."

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer (presserechtlich verantwortlich), Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,— (einschließlich Porto), einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 15. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: Druckhaus Reis KG, Beerfelden.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung ☐ ab sofort — ☐ ab 1. 1. 1972

(Bezugspreis für Rest 1971 bis 31. 12. 1972 DM 21,—, oder für das Jahr 1972 DM 15,—, einschließlich Porto — einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 61041, Girokonto Nr. 1/741 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt — erstmals zum 31. 12. 1972 — werden.)

Vor- und Zuname: .....

Postleitzahl und Wohnort: .....

Straße: .....

Datum: ....

Unterschrift

Neuerscheinungen

arbeitsergebnisse

basis

Neuerscheinungen

studienausgaben

Otto Gmelin, Helene Saussure
Bankrott der Männerherrschaft
ca. 160 Seiten, kartoniert ca. 10,– DM

Jürgen Ritsert, Claus Rolshausen
Der Konservatismus der Kritischen Theorie
ca. 100 Seiten, kartoniert ca. 5,– DM

Armin Gutt, Ruth Salffner
Sozialisation und Sprache
ca. 80 Seiten, kartoniert ca. 5,– DM

Hermann Weber
Die Wandlung des deutschen Kommunismus
408 Seiten, kartoniert 9,– DM

Karl Korsch
Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften
192 Seiten, kartoniert 6,– DM

Arthur Rosenberg
Demokratie und Sozialismus
312 Seiten, kartoniert 9,– DM

Alfred Schmidt
Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx
ca. 200 Seiten, kartoniert 9,– DM

Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht

Rolf Schmiederer
Bildungskrise und Schulreform
Modell 13, ca. 130 Seiten, kartoniert ca. 10,– DM

Mechthild Curtius, Wulf D. Hund
Mode und Gesellschaft
Zur Strategie der Konsumindustrie
Modell 12, ca. 96 Seiten, kartoniert ca. 8,– DM

Hansgeorg Conert
Der Kommunismus in der Sowjetunion
Historische Voraussetzungen, Wandlungen, gegenwärtige Strukturen und Probleme
Modell 10/11, 1971, 112 Seiten, kartoniert 10,– DM

Themenkreis Betrieb

Herausgegeben von Adolf Brock, Wolfgang Hindrichs, Reinhard Hoffmann, Oskar Negt, Willi Pöhler, Olaf Sund, Reinhard Welteke

Band 1:
Industriearbeit und Herrschaft
123 Seiten, kartoniert DM 5,–

Band 2:
Der Konflikt um Lohn und Leistung
131 Seiten, kartoniert DM 5,–

Band 3:
Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb
148 Seiten, kartoniert DM 5,–

Band 4:
Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt
162 Seiten, kartoniert DM 5,–

Europäische Verlagsanstalt